

## Besprechungen

**Maciej Dorna: Die Brüder des Deutschen Ordens in Preußen 1228-1309.** Eine prosopographische Studie. Aus dem Polnischen übers. von Martin Faber. Böhlau, Wien u.a. 2012. 473 S. ISBN 978-3-412-20958-2. (€ 69,90.)

Fragen nach einzelnen Amtsträgern, Informationen zu ihren jeweiligen Biografien oder der Nachweis der Tätigkeit von Personen in bestimmten Funktionen finden sich schon in der frühen Forschung zur Geschichte des Deutschen Ordens. Inspiriert durch Fragestellungen der historischen Sozialwissenschaften nahmen Forscherinnen und Forscher in den vergangenen Jahren die soziale Herkunft der Ordensangehörigen sowie deren personale Netzwerke stärker in den Blick. Der Korpus der untersuchten Personen wurde dabei häufig durch die Herkunftsregionen definiert. Gewissermaßen die entgegengesetzte Perspektive hat Maciej Dorna in seiner Posener Dissertation (auf Polnisch erschienen 2004<sup>1</sup>) gewählt, die nun in deutscher Übersetzung vorliegt: Als Kriterium zur Abgrenzung der zu untersuchenden Personengruppe dient ihm ein Aufenthalt bzw. dauerhafter Einsatz in der Zielregion Preußen. Dabei geht es ihm zunächst um die Frage nach der sozialen und geografischen Herkunft sämtlicher in Preußen nachzuweisender Brüder des Deutschen Ordens, die gleichzeitig an die Ergebnisse der vielfältigen Arbeiten zu Herkunftsregionen, d.h. vor allem der Studien über die Balleien im Reich, anschließt. Darüber hinaus interessiert er sich für Karriereverläufe und -chancen innerhalb der verschiedenen Personalkategorien sowie die Bedeutung eines Aufenthaltes in Preußen für die Laufbahnen der betroffenen Brüder. Als Untersuchungszeitraum hat D. die Frühzeit des Deutschen Ordens in Preußen gewählt, deren Beginn die Ankunft der ersten Brüder in den 1220er Jahren und deren Ende die Verlegung des ursprünglich in Palästina, später in Venedig gelegenen Hochmeistersitzes aus dem Mittelmeerraum nach Preußen im Jahre 1309 markierte. Diese Verlegung an die Peripherie rückte umgekehrt die Region Preußen in das Zentrum des Ordens und bietet sich daher als Zäsur in der Tat an.

Auf der Grundlage vor allem gedruckter Urkunden und chronikalischer Überlieferung hat D. zunächst versucht, Brüder, in deren Biografie ein Aufenthalt in Preußen nachzuweisen ist, eindeutig zu identifizieren. Problematisch sind dabei die unterschiedliche Überlieferungsdichte und der Charakter der Befunde in den Quellen. Bisweilen werden Brüder namenlos oder auch in Varianten aufgeführt, die eine eindeutige Zuordnung erschwert oder unmöglich gemacht haben. Ergebnis der Mühen D.s ist ein Katalog von knapp 600 Brüdern, der das Herzstück seiner Arbeit ausmacht und der als zweiter Hauptteil der Untersuchung präsentiert wird. Dabei gelingt es dem Vf. dort, wo es die Quellenlage zulässt, recht ausführliche Biogramme über in Preußen nachweisbare Brüder zu erstellen. Idealerweise umfassen sie einen genauen Namen, ggf. Varianten, Angaben zu Lebensdaten, geografischer und familiärer Herkunft sowie eine Skizze des Karriereverlaufs und Informationen, die die jeweilige Persönlichkeit innerhalb der Geschichte des Ordens verorten. Bisweilen lässt sich aber auch nur wenig Verlässliches über einzelne Personen in den Quellen nachweisen, sodass ein Eintrag im Katalog nur aus Namen, punktuellen Informationen, Funktion der Person und dem Quellenbeleg besteht.

D. hat sich nicht auf die Zusammenstellung eines Kataloges beschränkt, sondern diesen auch ausgewertet. Die Ergebnisse finden sich, teilweise in Tabellenform aufgearbeitet, im systematischen Teil seiner Untersuchung, der dem Katalog vorangestellt ist: Dort stellt der Vf. zunächst allgemein die verschiedenen Personalkategorien und die mit ihnen verbunde-

---

<sup>1</sup> MACIEJ DORNA: *Bracia Zakonu Krzyżackiego w Prusach w latach 1228-1309. Studium prosopograficzne*, Poznań 2004.

nen Funktionen vor, die es gemäß den Statuten des Ordens in der Korporation gab. Dabei arbeitet er knapp die Unterschiede zwischen Ritterbrüdern, Klerikern, Sarianten und ggf. Halbbrüdern heraus, beschreibt die Voraussetzungen für einen Eintritt in den Orden, das Aufnahme-ritual und vermittelt einen Überblick über die Rekrutierung von Mitgliedern des Ordens, die in seiner Frühzeit vor allem aus den Reihen der nach Palästina gezogenen Kreuzfahrer stammten. Später traten interessierte Personen vielfach in den Balleien und Kommenden des Ordens im Reich ein, die sich so zu Rekrutierungspunkten entwickelten.

Für das Ordensgebiet Preußen bestätigt D. den nicht zuletzt dank der Arbeiten Dieter Wojteckis bekannten Befund, dass die Brüder im Untersuchungszeitraum überwiegend aus Thüringen, dem Vogt- sowie dem Pleißenland und dem östlichen Sachsen stammten, es allerdings auch einen bedeutenden Zustrom aus Franken gab. Weniger stark traten Personen aus den übrigen Regionen des Reiches in den Orden ein, auch wenn sich Brüder beispielsweise aus Schwaben oder dem Elsass nachweisen lassen. In ethnischer Hinsicht finden sich in seiner Frühzeit nicht nur Deutsche in den Reihen des Ordens, sondern auch einige Slawen. Bei den Ordensangehörigen, die aus Preußen selbst stammten, handelte sich wohl eher nicht um Pruzzen. Diese tauchen laut Vf. erst später in untergeordneter Stellung in den Quellen auf. Von den ungefähr 300 Brüdern, für die der Vf. zweifelsfrei Namen ermitteln konnte, können nur etwa zwei Drittel hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft sicher verortet werden. Die präsentierten Zahlen und Anteile des hohen oder niederen Adels sowie von Personen aus dem Bürgertum, die sich den Personalkategorien des Ordens zweifelsfrei zuordnen lassen, interpretiert der Vf. vorsichtig allenfalls als Hinweise: Nachrichten über Mitglieder aus bedeutenden Familien hätten überproportionalen Niederschlag in den überlieferten Quellen gefunden, infolgedessen seien entsprechende Effekte in die Interpretation einzubeziehen. Aufgrund seines Materials kommt D. zu dem Schluss, dass Mitglieder des hohen Adels überproportional gute Chancen auf die Übertragung von Ämtern in Preußen hatten, sofern sie nur lang genug im Land (über)lebten. Eine sozial weniger privilegierte Herkunft habe aber kein zwingendes Hemmnis für eine Karriere innerhalb der Ordenshierarchie dargestellt.

Probleme der Überlieferung sind es auch, die D. den Verlauf der Karrieren in den unterschiedlichen Personalkategorien vorsichtig beurteilen lassen. Die Rotation der Brüder auf verschiedene Positionen innerhalb des Ordens sei ein äußerst komplexer Prozess gewesen. Anhand mehrerer Fallbeispiele zeigt D. einige Karriereverläufe auf, die Rückschlüsse auf bestimmte Muster erlauben. Besondere Aufmerksamkeit schenkt er dem Landmeisteramt, das erst nach 1280 überwiegend mit Ritterbrüdern besetzt wurde, die auch schon vorher ein Amt in Preußen ausgeübt hatten. Insbesondere in den ersten dreißig Jahren kamen ausschließlich Kandidaten von außen zum Zuge. Im Vergleich mit den Ritterbrüdern boten sich den Klerikern geringe Aufstiegschancen, überdies waren diese in den Reichsgebieten größer als in Grenzregionen wie Preußen. Als es dem Orden gelang, in Preußen durch Inkorporation die Kirchenorganisation zu dominieren, eröffneten sich hier neue Aufstiegsmöglichkeiten für Kleriker. Unterschiede in den einzelnen preußischen Diözesen werden vom Vf. kurz skizziert.

Ist die Ermittlung gesicherter, genauer Zahlen der Mitglieder des Deutschen Ordens in Preußen aufgrund der Überlieferungslage kaum möglich, so bleibt ihre Diskussion interessant, und auch D. legt eigene Schätzungen vor. Auch die tatsächliche Größe der Konvente jenseits der in den Statuten postulierten Norm ist aufgrund der Quellenlage nicht immer eindeutig zu bestimmen. In Zeugenlisten seien Komture oft zusammen mit fünf bis neun Brüdern genannt, die Konvente in Preußen seien aber stärker besetzt gewesen als die im Kulmer Land. Weniger auf der Basis eines Rechtsaktes als vielmehr auf praktischer Grundlage seien Brüder für verschiedene Aufgaben auch in die Umgebung der preußischen Bischöfe abgeordnet worden.

Neben dem bereits oben vorgestellten Katalog der einzelnen namentlich bekannten Brüder und seiner systematischen Auswertung bietet der Band Amtsträgerlisten und Ver-

zeichnungen der in den Konventen und Bistümern nachgewiesenen Ordensmitglieder. Inhaltlich noch tiefer erschlossen ist die Arbeit durch einen Personennamenindex.

D. hat in seiner umfassenden prosopografischen Studie das überlieferte Material mit der gebotenen Vorsicht verarbeitet und dabei bereits Bekanntes durch eine Variation der untersuchten Personengruppe bestätigt, aber auch differenziert. Auf manche Fragen kann er aufgrund der Quellensituation nur hypothetische Antworten geben, die jedoch im Wesentlichen nachvollziehbare Annahmen darstellen. Mit seiner Arbeit hat er das Bild der Forschung über das Personal des Deutschen Ordens in Preußen in dessen Frühzeit verfeinert.

Kiel

Maike Sach

**Markus Cerman: Villagers and Lords in Eastern Europe, 1300-1800.** Palgrave Macmillan. Basingstoke u.a. 2012. XVII, 156 S. ISBN 978-0-230-00460-3. (€ 20,99.)

Es scheint unmöglich, die vorindustrielle Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Mittel- und Osteuropas zu untersuchen und dabei nicht über Gutsherrschaft, Gutswirtschaft, Leibeigenschaft oder ökonomische Rückständigkeit zu diskutieren. Marcus Cerman fasst nun auf 135 Seiten (Bibliografie und Index ergänzen seine Darstellung) auf filigrane Weise alle historiografischen Debatten zusammen, die mit diesen Konzepten verbunden sind, und weist auf die neuesten Erkenntnisse hin. Insofern erfüllt diese Publikation den Anspruch der Buchreihe *Studies in European History*.

C. vertritt in seinem Buch die Ansicht, dass man die Agrarentwicklung in Osteuropa nicht als ein einheitliches Gebilde betrachten bzw. einseitig charakterisieren kann. Handelte es sich doch um ein Gebiet, das zwei Drittel der Fläche und am Ende des 18. Jh. etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung Europas umfasste. Die vergleichende Analyse der wichtigsten ostelbischen Regionen gehört zweifellos zu den größten Leistungen dieser Publikation. Des Weiteren kann dieses Buch als die neueste Zusammenfassung der Forschungsergebnisse über Gutsherrschaft und Leibeigenschaft betrachtet werden; ähnlich hat Heinrich Kaaks Studie *Die Gutsherrschaft* vor 20 Jahren als ein wichtiger historiografischer Zwischenbericht fungiert.

In dem ersten, einleitenden Kapitel unternimmt C. eine kritische Diskussion des Konzepts der Gutsherrschaft und stützt sich dabei auf seine früheren Arbeiten. Nach seiner Überzeugung ist es erstens nicht begründet, von einem Dualismus der Grund- und Gutsherrschaft diesseits und jenseits der Elbe zu sprechen, und zweitens habe es keine einheitliche Agrarverfassung der Gutsherrschaft gegeben. Stattdessen solle man regionalen und zeitlichen Differenzierungen und Ähnlichkeiten zwischen den sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Ost-, West- und Südeuropa mehr Aufmerksamkeit schenken (S. 5). Wenn C. auch empfiehlt, das Konzept der Gutsherrschaft vorsichtig anzuwenden, schlägt er doch nicht vor, diesen etwas künstlichen Begriff gänzlich aufzugeben.

Sicherlich lässt sich auch nicht von einer allumfassenden Leibeigenschaft in Osteuropa sprechen. C. behauptet, dass es sich bei der „zweiten Leibeigenschaft“ in Osteuropa um einen „Mythos“ handle, sie in den meisten Regionen gar nicht existiert habe (S. 132). Eine der charakteristischen Eigenschaften der Leibeigenschaft sei nämlich eine persönliche Beziehung zwischen dem Leibeigenen und seinem Herrn (S. 11) gewesen. Wenn man von dieser Annahme ausgeht, bildete sich die vollständige Leibeigenschaft („full serfdom“) in der frühen Neuzeit nur in einigen Teilen der Herzogtümer Schleswig Holstein, Mecklenburg und Pommern sowie in Russland und „möglicherweise“ in Estland und Livland aus, aber weder im Großteil von Brandenburg noch in Polen, Ungarn, Transsilvanien, Moldau und Walachei (S. 11 f., 15-22). Diese Argumentation überzeugt jedoch nicht ganz. Der Versuch, eine relativ enge Definition universell einzusetzen, führt zur Fortsetzung der langen und fruchtlosen Debatte darüber, was Leibeigenschaft eigentlich ist, wie man sie „richtig“ beschreibt und welche Termini man in Bezug auf bestimmte Regionen oder Perioden verwenden sollte. Anstatt Leibeigenschaft in den meisten ostelbischen Ländern generell zu verneinen, sollte man präziser über die Bedeutung und das Wesen der Leibeigen-

schaft in unterschiedlichen Regionen sprechen. Eigentlich wäre es korrekter, über „Leibeigenshaften“ im Plural zu reden, denn wir haben es in Osteuropa nicht mit einer einheitlichen Leibeigenschaft, sondern eher mit unterschiedlichen Ausprägungen zu tun. Man könnte den vagen Begriff „Leibeigenschaft“ auch ganz aufgeben und stattdessen über verschiedene Aspekte der Abhängigkeit oder Unfreiheit der Bauern reden – dieser Versuch wurde in letzter Zeit auch in der Geschichtsschreibung immer wieder unternommen.

C. versucht auch andere „Mythen“ zu widerlegen, zum Beispiel den über das massive Bauernlegen in Osteuropa (S. 58-61). Der Autor gibt zwar zu, dass das Bauernlegen in Mecklenburg und Pommern vorgekommen sei. In anderen ostelbischen Regionen sei es jedoch kaum praktiziert worden – und wenn, dann unsystematisch. Allerdings vergisst er Estland und Livland zu erwähnen, obwohl dort relativ häufig Bauernhöfe durch Gutsherren gewalttätig eingezogen wurden. Das heißt, dass es sich beim Bauernlegen nur dann um einen „Mythos“ handelt, wenn man generell über die ostelbische Region spricht; will man sich jedoch mit einer konkreten Gegend oder dem Schicksal eines einzelnen Bauern befassen, hat man es nicht mit einem Mythos, sondern der Realität zu tun.

Die vorliegende Publikation folgt dem Forschungstrend der letzten 20 Jahre und fokussiert die Wirkungsräume der Bauern. Es wird nicht mehr nur über Grausamkeit und Gewalttätigkeit der Gutsherren gesprochen, so wie es noch in den marxistisch gesinnten Forschungen (Johannes Nichtweiß u.a.) der Fall war. Schon der Titel des Buches weist darauf hin, dass der Autor sich auf die Beziehungen zwischen zwei beteiligten Parteien – Dorfbewohnern und Herren – konzentrieren will. Die Rolle des Staates hat C. nicht ganz außer Acht gelassen, widmet ihr jedoch keine besondere Aufmerksamkeit. Der frühneuzeitliche Staat hatte aber eine große Rolle bei der Gestaltung der osteuropäischen Agrarverfassungen gespielt, weshalb es sinnvoll gewesen wäre, über drei beteiligte Parteien zu reden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass C.s Buch viele Generalisierungen in Frage stellt. Der Autor zweifelt konsequent alles an, was über die Leibeigenschaft und Gutsherrschaft in Osteuropa im Allgemeinen geschrieben worden ist. Sehr treffend beschreibt er die regionalen Unterschiede in Osteuropa sowie die Mannigfaltigkeit einer konkreten Region (etwa die sog. „freien Bauern“ in den von Leibeigenschaft geprägten Regionen) und zeigt, dass man sogar in Bezug auf eine einzelne Gegend keine verallgemeinernden Kriterien anwenden kann. Jedoch scheint sich diese Herangehensweise manchmal zu sehr auf Ausnahmen zu konzentrieren und den rechtlichen und wirtschaftlichen Zustand der meisten Bauern zu ignorieren.

Zu den Schwächen dieses Buches gehört C.s etwas vage und wenig fundierte Präsentation seines eigenen Standpunktes. Im letzten Kapitel behauptet er, dass die Rückständigkeit Osteuropas und die dortige wirtschaftliche Stagnation nicht durch Leibeigenschaft und Gutsherrschaft verursacht worden seien, bietet aber auch keine alternative Erklärung dafür, warum sich die Verstädterung in Osteuropa oder die Kaufkraft der meisten Bauern in Grenzen hielt. Die Beweise, mit denen der Vf. die traditionelle Sichtweise zu revidieren versucht, hinterlassen oft einen eher tendenziellen und zufälligen Eindruck (etwa hinsichtlich einiger guter Ernten in Osteuropa, S. 99 f.). Obwohl C. verlangt, dass man nicht mehr von einer einheitlichen ostelbischen Region sprechen sollte, versucht er immer wieder seine eigenen Schlussfolgerungen auf die ganze Region anzuwenden. So haben etliche jüngere Forschungen gezeigt, dass einige Dorfgemeinschaften unter Gutsherrschaft relativ autonom waren und gesellschaftlich eine Rolle spielten (S. 35), aber es ist dennoch nicht berechtigt, solche Schlussfolgerungen gleich für ganz Osteuropa geltend zu machen.

Jedenfalls motiviert C.s Buch dazu, das Quellenmaterial, mit dem die negativen Seiten der Leibeigenschaft in Osteuropa bisher belegt worden sind, neu und kritisch durchzuarbeiten, um die Besonderheiten bzw. die Allgemeingültigkeit dieses Phänomens zu zeigen. Die Studie wird sicherlich eine ganze Reihe von Debatten auslösen, was sich auch schon auf der Konferenz „Slavery and Serfdom in the European Economy from the 11th to the 18th Centuries“ in Prato im April 2013 gezeigt hat. Der Einfluss dieses Buchs wird be-

stimmt noch lange zu spüren sein, weil es ein breites Spektrum an Argumenten, Gegenargumenten, Fragen und Perspektiven anbietet.

Tartu

Marten Seppel

**Memel als Brücke zu den baltischen Ländern.** Kulturgeschichte Klaipėdas vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Hrsg. von Bernhart Jähniġ. (Tagungsberichte der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, Bd. 26.) Fibre-Verl. Osnabrück 2011. 246 S., Ill., Kt. ISBN 978-3-938400-76-0. (€ 36,-)

Der vorliegende Band versammelt eine Auswahl von Beiträgen zur Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung in Klaipėda (Memel) im Jahre 2009. Zweck dieser Tagung war es unter anderem, einen Beitrag zu den deutschen Kulturwochen der Stadt zu leisten – die Jahrestagung war die letzte, quasi krönende Veranstaltung in diesem Rahmen – und auf diese Weise auch ein nichtakademisches Publikum zu erreichen. Darüber hinaus diente sie als Treffen deutscher und litauischer Wissenschaftler, die sich zur Aufgabe gesetzt hatten, die Vermittlerrolle Memels (Klaipėda darf ab hier immer mitgedacht werden) und Litauens insgesamt zwischen dem Westen und Osten Europas zu bestimmen.

Nicht alle Vorträge der Tagung wurden hier veröffentlicht. Einige sind an anderer Stelle erschienen. Einige wurden gar nicht gedruckt. Die verbliebene Auswahl von Aufsätzen bezieht sich auf drei Epochen bzw. Themenkomplexe: 1. die Betrachtung einzelner Aspekte der Geschichte Memels in der Vorgeschichte, im Mittelalter und in der frühen Neuzeit; 2. den Zusammenhang von Literatur und „Selbstverständnis“ – tatsächlich sind in den Beiträgen Identität und Kulturtransfer am Beispiel Memels gemeint; 3. „politische Memellandprobleme“, d.h. innen- und außenpolitische Fragen Memels in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Den ersten Abschnitt eröffnet ein Beitrag von Vladas Žulkus, der einen kurzen Abriss zur Geschichte Memels von der Stadtgründung im 13. Jh. bis zum Ende des 17. Jh. bietet und dabei besonders der Frage nachgeht, auf welche Weise der behandelte städtische Raum schon vor der Stadtgründung besiedelt war. Zudem legt er einen Schwerpunkt auf den Ausbau der Ordensburg Memel zur Festung im 16. Jh. Der Beitrag von Bernhart Jähniġ behandelt die litauischen Kriege mit der Stadt Memel im 14. und 15. Jh. und ihre wahrscheinliche Folge, nämlich die Verhinderung einer frühen Stadtsiedlung. Stefan Hartmann interpretiert Memel als Knotenpunkt bzw. Brücke zwischen den preußischen und den livländischen Territorien des Deutschen Ordens in Mittelalter und früher Neuzeit. Die reichlich sprudelnden Quellen aus der Korrespondenz Herzog Albrechts von Preußen mit Livland bieten hierfür eine gute Grundlage. Der vierte Beitrag, eine Untersuchung des polnischen Wirtschaftshistorikers Andrzej Groth über die Geschichte des Memeler Hafens in der frühen Neuzeit, beschließt den ersten Abschnitt. Eine zusammenfassende Darstellung der Hafengeschichte ist zuletzt in den 1920er Jahren versucht worden; Groth hat also Gelegenheit, die inzwischen entstandene reichhaltige Detailforschung in eine Gesamtdarstellung zu integrieren, die im Kern in die Aussage mündet, dass der Memeler Hafen eine wesentlich geringere Bedeutung als andere Hafenstädte der Ostsee besaß, allen voran Danzig, Königsberg und Riga.

Fragen der konfessionellen Identität bilden das Thema zweier Beiträge von Arūnas Baubl̄ys und Silva Pocytė und leiten den zweiten Abschnitt über „Literatur und Selbstverständnis“ ein. Baubl̄ys betont die prinzipielle Multikonfessionalität, und damit -identität, der Stadt vom 17. bis zum 20. Jh. Andere Identitätsfaktoren wie Sprache, Geschichte, Gebräuche etc. spielten demgegenüber offenbar eine untergeordnete Rolle. Erst nach der Flucht der Deutschen, und damit meist der Protestanten, 1945, kristallisierte sich ein neues Identitätsmuster heraus. Pocytė, die dies am Beispiel der lutherischen Gemeinde von Wanaggen (Kirchspiel Memel) untersucht, entwirft ein komplexes, dabei aber in seiner identifikatorischen Zuweisung nicht immer eindeutiges Bild. Zwei weitere Beiträge widmen sich der Identitätsfrage in literarischen Werken der Zwischenkriegszeit. Inga

Rinau diskutiert Übersetzungsprobleme der deutschen Texte Hermann Sudermanns (1857-1928) ins Litauische und kann vor dem Hintergrund unterschiedlicher Begriffssysteme in beiden Sprachen die unterschiedlichen Lebensverhältnisse von Deutschen und Litauern im Memelgebiet während der Zwischenkriegszeit deutlich machen. Renate Knoll eruiert Traditionen der deutschen Mystik in Werken des Königsberger bzw. memelländischen Lyrikers Fritz Kudnig (1888-1979).

Den dritten Abschnitt leitet ein Beitrag von Lutz Oberdörfer ein, der die Politik der Großmächte hinsichtlich der Memellandfrage in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg analysiert. Eine der Folgen von deren Schwäche und Rücksicht auf Polen, so Oberdörfer, sei der Einmarsch Litauens 1923 gewesen. Rikako Shindo untersucht die unterschiedlichen Interessen des Oberpräsidenten von Ostpreußen – Ernst Siehr (1869-1945) –, Litauens und der Sowjetunion hinsichtlich der Binnenschifffahrt, die 1923 in einen trilateralen Vertrag mündete. Schließlich deckt ein Beitrag von Dietmar Willoweit die Widersprüche und Konflikte zwischen dem Parlament im Memelgebiet und dem Versuch der litauischen Regierung auf, ihre staatliche Autorität gegenüber dem okkupierten Memelgebiet durchzusetzen. Dass Litauen dabei im internationalen Kontext die bessere Ausgangsposition besaß, ist forschungsgeschichtlich keine Überraschung, doch die Begründung erscheint interessant: Weil der Internationale Gerichtshof in Den Haag, der den Fall behandelte, mehrheitlich von autoritär geführten Staaten und nicht von parlamentarischen Demokratien (wie dem Memelland) besetzt wurde, schlugen sich die meisten Vertreter auf die Seite Litauens.

Wie häufig bei Tagungsbänden handelt es sich bei der vorliegenden Veröffentlichung um ein Sammelurium von Beiträgen, die vom Hrsg. notdürftig nach übergeordneten Themen sortiert wurden. Warum solche Sammelbände nicht einfach ohne weitere Gliederung erscheinen und damit ein reales Abbild des Tagungsverlaufs wiedergeben, bleibt dem Rezensenten ein Rätsel, ist aber ein eigenes Thema. Um zum Schluss auf die äußere Form zu sprechen zu kommen: Die Ausstattung des Bandes gibt sich bescheiden. Einige Schwarzweißfotos, Skizzen und Pläne sowie ein Autorenverzeichnis mögen den ansonsten trockenen wissenschaftlichen Inhalt kaum zu überdecken. Ein Index nach Personen sowie Ortsnamen wäre schön gewesen, fehlt aber leider. Bleibt nur zusammenzufassen: Vieles von dem, was hier ausbreitet wird, haben wir noch nicht gewusst, einiges davon vermittelt über den reinen Erkenntnisgewinn hinaus sogar ein gewisses Lesevergnügen. Ob wir das vorgetragene Wissen aber wirklich brauchen und wer genau es braucht – diese Antwort mag sich der Leser selbst geben.

Berlin

Ralph Tuchtenhagen

### **Herrschaft, Netzwerke, Brüder des Deutschen Ordens in Mittelalter und Neuzeit.**

Vorträge der Tagung der Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens in Marburg 2010. Hrsg. von Klaus Militzer. (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Bd. 72; Veröffentlichungen der Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens, Bd. 12.) VDG, Verl. und Datenbank für Geisteswissenschaften. Weimar 2012. IX, 260 S., Kt. ISBN 978-3-89739-741-5. (€ 36,-)

Die seit 1966 in unregelmäßiger Folge zunächst im Bonner Verlag Wissenschaftliches Archiv, ab den 1970er Jahren dann bei N.G. Elwert in Marburg, nunmehr seit 2012 in bewährter Ausstattung bei VDG in Weimar erscheinende Reihe *Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens* ist nicht nur eine anerkannte und in der Fachwelt geschätzte Plattform für herausragende wissenschaftliche Einzelstudien, Dissertationen zumeist, sondern – wie im vorliegenden Fall – zugleich auch Publikationsorgan der 1985 in Wien gegründeten Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens. 2010 fand sich die Kommission in Marburg zusammen, um sich über neue Ansätze in der Forschung zu Herrschaft, Netzwerken und Brüdern des Deutschen Ordens

in Mittelalter und Neuzeit auszutauschen. Der geografischen Verbreitung des Ordens über weite Teile Europas und im Heiligen Land ist geschuldet, dass der hier vorrangig interessierende ostmitteleuropäische Raum nur in einer Auswahl von Beiträgen berührt wird, die somit auch Gegenstand dieser Besprechung sind.

Eingeleitet wird der Band von einer Darstellung des Hrsg. Klaus Miltzer über „Unterschiede in der Herrschaftsauffassung und Herrschaft und Verwaltung in den Zweigen des Deutschen Ordens“, die zugleich einen Ausblick auf die nachfolgend abgedruckten Referate gewährt und dabei die heterogenen Rahmenbedingungen der Herrschaftsbildung des Ordens sowohl in Palästina als auch auf dem europäischen Kontinent beleuchtet. M. entwickelt dabei ein vielschichtiges Panorama territorialer Sonderentwicklungen einer Korporation, die modernen Auffassungen zufolge vermeintlich keine Partikularismen aufgewiesen habe. Seine bemerkenswerten Ausführungen gipfeln in dem Postulat, bei künftigen Untersuchungen zur Geschichte des Deutschen Ordens stärker die regionale Herkunft seiner Mitglieder zu berücksichtigen und dabei die einschlägige landesgeschichtliche Forschung zu rezipieren. Exemplifiziert wird dieser Ansatz in der Abhandlung von Helge Wittmann über „Netzwerke und Karrieren von Thüringern im frühen Deutschen Orden“. Sowohl die Landgrafen als auch thüringische Ministerialen und Adelige haben gerade während der Frühzeit des Ordens eine führende Rolle in der Korporation eingenommen und sich hierzu ihrer regionalen bzw. lokalen Netzwerke bedient. Bernhart Jähniß umreißt in seinem Beitrag sowohl die materiellen als auch die ideellen Grundlagen des Aufbaus der Landesherrschaft im Ordensland Preußen. Sein Augenmerk richtet sich dabei zum einen auf die frühe urkundliche Überlieferung als Interpretationsgrundlage für die Herrschaftsvorstellungen des Ordens, zum anderen auf die verschiedenen Instrumentarien des Landesausbaus (Burgenpolitik etc.) als Mittel zur dauerhaften Herrschaftssicherung. In welchem Umfang regionale Machtverhältnisse Stellung und Geschehnisse des Ordens insbesondere dort beeinflussten, wo sich die Führungsebene der Bruderschaft zwar überwiegend aus Deutschen rekrutierte, diese aber wiederum zugleich auf die Unterstützung einheimischer und teilweise anderssprachlicher Milieus angewiesen war, erhellt die kurze Studie „Zu den Beziehungen zwischen der Deutschordensballei Böhmen, dem Böhmenkönig und dem Hochadel“ aus der Feder von Libor Jan. Anders als etwa den Johannitern gelang es dem Orden in Böhmen nicht, mit der Adelsgesellschaft des Landes zusammenzuwachsen. Landfremdheit konnte allerdings auch in solchen Territorien zu Konflikten führen, in denen das deutschsprachige Element vorherrschend war, somit also sprachliche Barrieren zwischen den Ordensbrüdern auf der einen und der ortsansässigen Bevölkerung auf der anderen Seite als Ursache für Meinungsverschiedenheiten oder wechselseitiges Misstrauen ausfielen. Roman Czaja zeigt in seinem Beitrag, wie vom 13. bis 15. Jh. das Verhältnis zwischen den Ritterbrüdern des Ordens und den Eliten der großen preußischen Städte von anfänglicher sozialer Nähe hin zu offener Auseinandersetzung tendierte, macht aber zugleich deutlich, dass die Beziehungen je nach lokalen Voraussetzungen und Besonderheiten zwischen Kooperation und Konfrontation oszillierten.

Von besonderen strukturellen Rahmenbedingungen geprägt war die Existenz des Ordens in Livland. Juhan Kreem überschreibt seine diesbezügliche Abhandlung mit der Frage: „Wie landfremd war der Deutsche Orden in Livland? Regionale und interregionale Beziehungen des Deutschen Ordens im 16. Jahrhundert“. Am Beispiel der Ritterbrüder aus Westfalen erläutert K., dass diese häufig denselben Familien entstammten wie viele der weltlichen Vasallen des Landes oder sogar manche Angehörige des Stadtbürgertums. Die engen familiären Bande begünstigten in einigen Fällen die gezielte Karriereförderung und Netzwerkbildung. Im 16. Jh. konnten livländische Adelige sogar Verwendung in der Ordensverwaltung finden, auch wenn die wichtigen Schlüsselpositionen weiterhin den Mitgliedern der Korporation vorbehalten blieben. Das Schicksal des Deutschen Ordens im Zeichen der Reformation steht auch im Mittelpunkt der Untersuchung von Udo Arnold. Eindrucksvoll schildert A. den ordensinternen Kampf um das Erbe des zum Herzog in

Preußen mutierten letzten Hochmeisters Albrecht von Brandenburg-Ansbach und die sukzessive Fusion der Würden des Hoch- und Deutschmeisters.

Dass Menschen Netzwerke ausbilden und sich zunutze machen, ist sozialgeschichtlich zwar keine neue Erkenntnis, doch in Verbindung mit einer geistlichen Korporation wie dem Deutschen Orden noch weitgehend unbekanntes Terrain. Dem von einem Orts- und Personenverzeichnis beschlossenen Tagungsband gebührt das Verdienst, ein in der Deutschordensforschung bislang nur in Einzelstudien tangiertes Problem auf breiter Grundlage sowie in unterschiedlichen Facetten zu erörtern. Wie aktuell das Thema ist, belegt auch die Schwerpunktsetzung der nächsten Colloquia Torunensia Historica (Ordines militares) zu Thorn im September 2013 auf „Die Brüder der geistlichen Ritterorden in den sozialen, religiösen und politischen Netzwerken in Mittelalter und früher Neuzeit“.

Regensburg

Jan-Erik Beuttel

**Die baltischen Lande im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung.** Livland, Estland, Ösel, Ingermanland, Kurland und Lettgallen. Stadt, Land und Konfession 1500-1721. Teil 1-4. Bearb. von Matthias Asche, Werner Buchholz und Anton Schindling. (Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung, Bd. 69-72.) Aschendorff. Münster 2009-2012. 305, 216, 184, 215 S., Ill., Kt. ISBN 978-3-402-11087-4, 978-3-402-11088-1, 978-3-402-11089-8, 978-3-402-11090-4. (Teil 1 und 2 je € 26,80; Teil 3 und 4 je € 24,80.)

This unusually rich four-volume collection of essays on the subject of the Baltic Lands in the age of the Reformation and confessionalisation appears in the series *Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung* (Catholic Life and Church Reform in the Age of Schism, KLK) produced by the Freiburg „Gesellschaft zur Herausgabe des Corpus Catholicorum“ (Society for the Edition of the *Corpus Catholicorum*). It stands as a welcome addition to similar collective volumes devoted to the Reformation and confessionalisation in the territories of the Holy Roman Empire (KLK 49-53, 56-57), Hungary (KLK 60), and Denmark, Norway, and Sweden (KLK 62). The authors of the series under discussion here are Estonian, Latvian, Swedish, Danish, and German early modern historians, as well as historians of languages, literatures, art, and architecture. The volumes are in part the result of three conferences held in Greifswald, one in Tallinn, and one in Riga over the years 2004-2008.

The term “Baltic” as it is used here excludes the Grand Duchy of Lithuania and avoids terms such as “Baltische Länder” and “Balticum”, as these may be considered anachronistic and as concepts developed in nineteenth- and twentieth-century nationalism and nation-building projects; in the period under consideration, Lithuanian fates were tied up much more with the fate of the Rzeczpospolita *utriusque gentis* of Poland-Lithuania than they were with that of the largely German-, Latvian-, and Estonian-speaking inhabitants of and successors to the old Confederation of Livonia. The geographical focus here is on the lands from the Gulf of Finland in the north, the Baltic in the west, the northern Lithuanian border in the south, and Lake Peipus and the River Narva in the east – more or less the land of the modern Republics of Latvia and Estonia and, historically speaking, the lands of the Confederation of Livonia, which, upon its demise in 1561 and together with some neighbouring lands, became the object of Danish, Swedish, Polish-Lithuanian, and Russian competition for expansion into and hegemony over the region. The chronological limits are generally from the introduction of Lutheran reform ideas, which came early in the three major cities with their Low German speakers (Riga, 1521; Tallinn, 1523; Dorpat, 1524), to the end of Swedish rule over most of the area under discussion in 1710 (capitulation of Swedish Livonia to Russia in the Great Northern War) and 1721 (Treaty of Nystad).

Although the volumes – indeed, even most of the articles – continue to use the terms “Reformation and confessionalisation” in their titles and elsewhere, in the “Prolegomena” to the collection, the editors note that this usage has been retained in part because of its



presence in the preceding volumes in the KKK series to which the present volumes make reference. Even though the concept of confessionalisation may indeed be said to have been “fundamentally criticised, relativised, and have grown dull in multiple ways through an inflationary, unspecific use as an incisive scientific category” (Part 1, p. 29), it is still used here in order to bring out the complexity, ambiguity, and compound nature of the processes taking place in these lands over this period.

Full Lutheran confessionalisation occurred only with the consolidation of Swedish rule in large parts of the region beginning in the 1620s. These articles are particularly good at bringing out the differences of city versus countryside; or Low German speakers versus the *Undeutsche* (as speakers of Latvian and Estonian were then known); of areas where Russian speakers (and Russian armies) brought Orthodoxy into the picture in the north-east (Ingermanland); of areas in the south and south-west directly or indirectly under the rule of the Polish-Lithuanian Commonwealth (Inflanty or Polish Livland/Lettgallen and the Duchy of Courland and Semigalia, established as a secular state under the direct rule of the last Livonian Master in 1562 on the model of Ducal Prussia), where Catholicism and Catholics coexisted with Lutherans. In fact, we can speak of multiconfessionalism for much of the period before the 1620s (a full century after the Reformation first took hold in the area) as well as the notion of a certain “confessional no-man’s land” (Part 1, p. 188), especially for the Estonian- and Latvian-speakers in the countryside, where nominal Lutheranism or Catholicism coexisted with lingering adherence to elements of a pre-Christian nature religion, above all when it came to rites of passage such as marriage and funerals.

Two longer articles provide the foundation for the many more specialised articles, ranging from a page or two in length to twenty-some. The foundational articles are those of Aleksander Loit on the Reformation and confessionalisation in the countryside (Part 1, pp. 49-215) and Enn Tarvel in the cities, above all Riga, Tallinn, and Dorpat, but also the lesser ones (Part 3, pp. 17-99). In addition to Loit’s almost book-length contribution, Part 1 contains articles devoted, among other things, to the role Reformation and Counter-Reformation played in the development of Latvian and Estonian literary languages and literatures (Raimo Raag, Pēteris Vanaags). Part 2 is highly interdisciplinary and focuses on histories of art, architecture, language, music, and literature. Part 3 dwells in the cities and adds an article on German and Latin spiritual and humanistic literature in the period (Martin Klöcker). Part 4 is largely art-historical, with especially welcome illustrations and analyses of the Livonian “Ruler-Iconography”, a genealogical table of the Kettler ducal dynasty in Courland and Semigalia (1561-1737) and short essays on portraits and other physical artifacts pertaining to the dynasty (works above all by Markus Gerstmeier, Ojārs Spārātis, Jens E. Olesen, Wolf von Buchholtz, Julia Trinkert, and others). Julian Kreem and Valda Kļava provide fascinating overviews of how the Livonian Reformation was a problem for, and problematised in, modern Estonian and Latvian historiographical narratives.

Most of the articles are, at least in some part, sophisticated works of synthesis and presentations of the *Stand der Forschung*, and end with extensive bibliographies of secondary literature and some printed sources. That said, most articles also contain new views on old questions, and the series as a whole will come to be seen as simply revolutionary in the treatment of the topics as a complex. The volumes are richly illustrated with helpful commentary to such things as sculpture, paintings, architecture, old printed books, contemporary city panoramas and maps made for these volumes giving detailed pictures – indeed, the reader would be lost without them – of such things as the ecclesiastical jurisdictions before the Reformation, the lands of the Livonian Confederation in the XV and XVI c., the Baltic Lands after the Peace of Stolbovo (1617), the Baltic Lands from the Peace of Oliva (1660) to the time of the Great Northern War (1700) and the provinces of the Lutheran Church during Swedish rule, all of which introduce Part 1. Part 2 contains many illustrations of art, sculpture, and architecture. Part 3 offers detailed maps of the sixteenth-c. cities. Part 4 is rich in illustrative material.

Although the authors have striven to avoid anachronistic nationally and confessionally based historiographic treatments of their topics, the secondary literatures of two of the major interested traditions – the Polish (and Polish and Lithuanian) and the Russian – are almost totally missing in the bibliographies. Most authors – Tarvel is a welcome exception – avoid all identification of sources and secondary literature in their narrations, so the reader is left trying to guess where to go next in his reading for specific issues. But this is merely a quibble. A short review cannot do justice to the richness and sophistication of what will become a required first stop on a tour of the multifaceted story of Reformation and confessionalisation in the Baltic Lands. I can only hope that the KLK will soon add the Grand Duchy of Lithuania to its agenda.

Berkeley

David Frick

**Tallinn ajaloolistel linnaplaanidel 1634-1989/Maps of the City of Tallinn/Tallinn auf den Stadtplänen/Plany goroda Tallinna.** Hrsg. von Tõnu Raid. Grenader. Tallinn 2011. 184 S., überw. Kt. ISBN 978-9949-448-54-8. (€ 24,90.)

**Eesti linnade plaanid 1584-2011/Maps of the Towns of Estonia/Pläne der estnischen Städte/Plany gorodov Ėstonii (i Sankt Peterburga i Rigi).** Hrsg. von Tõnu Raid. Grenader. Tallinn 2013. 304 S., überw. Kt. ISBN 978-9949-512-09-6. (€ 39,-)

Die beiden opulent ausgestatteten Bände bieten mit 108 (Tallinn) und annähernd 300 (Estland) zumeist in mehrfarbigen Gesamtansichten abgebildeten Karten einen umfassenden Überblick über die Geschichte der Pläne estnischer Städte von der Zeit der schwedischen Herrschaft bis zur jüngsten politischen Wende und darüber hinaus. Einführung und Kartenbeschreibungen sind in estnischer, englischer, deutscher und russischer Sprache verfasst. Dem jeweiligen Hauptteil folgen im Anhang ein Literaturverzeichnis, ein Autorenindex zu den behandelten Karten und Plänen sowie eine Liste der kooperierenden Institutionen. Der Tallinn-Band enthält zudem verschiedene Straßenverzeichnisse.

Im 19. Jh. entwickelte sich der Stadtplan zu einem Gebrauchsgegenstand in der breiten Bevölkerung. Die „Stadt auf Papier“ versprach eine schnelle und einfache Orientierung in einem unüberschaubar gewordenen Raum und hatte um 1900 ihren festen Platz in den Taschen der Einwohner und Touristen eingenommen. Für die Erforschung der Stadtgeschichte stellen historische Stadt- und Katasterpläne bedeutendes Quellenmaterial dar, wie der Kartenhistoriker Tõnu Raid in seiner Einführung zum Tallinn-Band bemerkt. Nur im Stadtplan spiegeln sich die einzelnen Phasen der Stadtentwicklung wider, in der Anordnung der Straßen, Plätze und Häuser sowie in der Standortwahl der öffentlichen Gebäude. Er gibt Auskunft über die Struktur der Stadt, über die Anordnung der einzelnen Quartiere und deren Parzellengefüge sowie – bei entsprechendem Maßstab – über die topografische Orts- und Gebietslage der Stadt.

Im Fall der vorliegenden Bände dokumentieren die behandelten Stadtpläne zudem vier Jahrhunderte der äußerst wechselvollen politischen Geschichte des Landes. Dementsprechend sind die in den Bänden abgebildeten Pläne zunächst von schwedischen, danach von deutschen und russischen Kartografen gezeichnet, bevor Ado Grenzstein 1883 die ersten estnischsprachigen Stadtpläne von Tartu (Dorpat), Paide (Weissenstein) und Narva (Narwa) publizierte. 1907 erschien der erste Stadtplan von Tallinn in estnischer Schrift.

Den Auftakt im Tallinn-Band macht der erste bekannte und bis heute erhaltene handschriftliche Stadtplan Tallinns bzw. Revals von 1634, erstellt von einem unbekanntem schwedischen Offizier in zeitüblicher, schematischer Darstellungsart mit Straßennetz, Stadtmauer, Wallgraben und Domberg. Die im zweiten Drittel des 17. Jh. beginnende Befestigung ist u.a. durch einen Plan der projektierten Befestigungsanlagen von 1686 dokumentiert; er stammt von dem Schweden Erik Dahlberg, dem späteren livländischen Generalgouverneur. Bis weit ins 19. Jh. hinein bleiben die Darstellungen recht schematisch und stellten bei entsprechendem Maßstab auch die Vorstädte, Hafenanlagen und die Grenzen der Polizeidistrikte von Reval dar. Sie dienten vornehmlich militärischen Zwecken. Erst

zur Mitte des 19. Jh. wurden die Pläne genauer und fanden zunehmend in der Stadtverwaltung und für zivile Zwecke Verwendung. Abgebildete Beispiele hierfür sind ein russischer Stadtplan von 1849, dessen umrahmende Gebäudeansichten romantische Ziele in der Stadt darstellen, und der erste auf örtlichen Vermessungsangaben beruhende *Geometrische Plan der Gouvernements-Stadt Reval*, verlegt von Franz Kluge in Reval, 1856 – dies war der bis dahin wohl aussagekräftigste Plan der Stadt.<sup>1</sup> Das umfassendste Planwerk entstand in den Jahren 1879-1882 im Maßstab 1:2100. Auf der Grundlage von Vermessungen durch Friedrich Johann Eurich wurden 19 großformatige Tafeln von denjenigen Stadtteilen Revals angefertigt, die sich außerhalb der Festung befanden. Leider ist ein Teil der ursprünglichen Pläne verloren gegangen. Im Farbdruck ist der *Situationsplan der Stadt Reval* dann 1885 im Maßstab 1:4200 erschienen.

Seit der Eröffnung der Eisenbahnlinie Paldiski-Tallinn-St. Petersburg 1870 erschienen bis zum Ersten Weltkrieg zahlreiche Stadtpläne, die auch für die europäische Verlagsgeschichte interessant sind. Neben mehreren russischen Verlagen waren auch der Pharus-Verlag und der Berliner Verlag von Julius Straube vertreten. Letzterem wird zu seinem 100. Todestag 2014 im Landesarchiv Berlin eine Werksausstellung gewidmet werden. Mit dem Ausbau des Hafens und der Gründung zahlreicher Industrieunternehmen in Tallinn stieg die Zahl der Einwohner im letzten Drittel des Jahrhunderts bis 1897 von 29 000 auf 59 000. Damit und mit dem Einzug estnischer Abgeordneter in die Stadtverwaltung 1904 wuchs auch der Bedarf an estnischsprachigen Stadtplänen, sodass der erste Stadtplan von Tallinn auf Estnisch 1907 erscheinen konnte. Für die Zwischenkriegszeit sind ausschließlich estnische Pläne dokumentiert, darunter auch die für militärische Zwecke erstellte topografische Karte 1:50 000 von 1936.

Die Phase der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik beginnt mit einem russischsprachigen Stadtplan von Tallinn aus dem Jahr 1947, der für die neue sowjetische Stadtverwaltung bestimmt war. Bald jedoch galten Stadtpläne als Geheimmaterial, sodass ein vom Estnischen Staatlichen Verlag 1957 zusammengestellter Stadtführer von Tallinn aus dem Verkauf genommen werden musste. Ab 1973 gab die sowjetische Hauptverwaltung für Geodäsie und Kartografie hauptsächlich russischsprachige Touristenkarten heraus, die geometrisch verzerrt waren und in denen nicht alles dargestellt werden durfte.<sup>2</sup>

Der Band über die estnischen Städte verzeichnet Pläne zu folgenden Orten: Haapsalu/Hapsal (28 Stück), Kuressaare/Arensburg (35), Narva (30), Narva-Jõesuu/Hungerburg (6), Paide/Weißenstein (18), Paldiski/Baltischport (19), Pärnu/Pernau (44), Rakvere/Wesenberg (19), Valga/Walk (18), Viljandi/Fellin (23), Võru/Werro (17), Nõmme (15), Otepää/Odenpäh (4), Petseri (5).

Etwa ein Drittel dieser vom Vf. getroffenen Auswahl sind handgezeichnete Pläne, die hier erstmals veröffentlicht werden. Der älteste, bis heute erhaltene Plan stellt die Burg Weißenstein im Jahr 1584 dar. Der Plan befindet sich heute im Reichsarchiv Stockholm. Darüber hinaus befinden sich dort weitere, in der Publikation nicht berücksichtigte Pläne u.a. von folgenden Städten: Narva (110), Reval (106) und Pernau (50), die alle vor 1721 angefertigt worden sind.

Aufgrund der starken Verkleinerung der Abbildungen sind allerdings die Karten nicht in allen Fällen gut lesbar – doch ist dem interessierten Nutzer Genüge getan: Die jeweiligen Standorte der Pläne sind im Anhang angegeben. Auch vermisst man hier und da etwas

<sup>1</sup> Vgl. HEINZ HINKEL: Der Revaler Raum. Ein Überblick nach Karten, Plänen und geographisch-statistischen Quellen des 19. und 20. Jahrhunderts, in: JÜRGEN VON HEHN, CSABA JÁNOS KENEZ (Hrsg.): Reval und die baltischen Länder. Festschrift für Hellmuth Weiss zum 80. Geburtstag, Marburg 1980, S. 215-231, hier S. 218.

<sup>2</sup> Vgl. DIRK BLOCH, GERALD NOACK: Auf der Straße des Fortschritts. Die Stadtpläne der DDR – Zeugnisse vom Leben im Sozialismus, Berlin 2009.

ausführlichere Beschreibungen der Karten, welche die Bände zu spannenderen Lesebüchern gemacht hätten. Insofern bleiben sie als lexikalische Quellenwerke unentbehrliche Instrumente zur Grundlagenforschung über die Geschichte estnischer Städte. Sehr nützlich sind zudem die im Anhang des Tallinn-Bandes publizierten Straßenverzeichnisse von 1885, 1909, 1916, 1925, 1939, 1944 und 1972 sowie eine Liste der Veränderungen der Straßennamen von Tallinn 1987-2009. Auch anhand von Straßennamen lässt sich mitunter die politische Geschichte einer Stadt nachvollziehen.

Marburg

Wolfgang Kreft

**Russland an der Ostsee.** Imperiale Strategien der Macht und kulturelle Wahrnehmungsmuster (16. bis. 20. Jahrhundert)/Russia on the Baltic. Imperial Strategies of Power and Cultural Patterns of Perception (16th-20th Centuries). Hrsg. von Karsten Brügge mann und Bradley D. Woodworth. (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte, Bd. 22.) Böhlau. Köln u.a. 2012. XIV, 423 S., graph. Darst. ISBN 978-3-412-20671-0. (€ 49,90.)

The question of who really “owned” the eastern littoral of the Baltic Sea remained highly contentious for centuries until the end of World War I when the three new Baltic States – Estonia, Latvia, and Lithuania – believed themselves to have answered the question in perpetuity by declaring independence. Henceforth, if international law meant anything and if ringing declarations by great-power leaders about the rights of small nations to “self-determination” were to have credibility, Europe and the rest of the world would be required to believe that the eastern Baltic region was “owned” by the inhabitants of the three Baltic States. We know, of course, that the rest of the twentieth century in the Baltic region was marked by the intertwined stories of how the peoples of the region struggled to maintain “ownership”, lost it for many decades, and then regained it again. Unfortunately, they had advanced their claims late: much larger and determinedly expansion-minded neighbors had come to believe that History favored the populous and strong and that desires of small peoples did not matter.

The long-term history of these claims, counterclaims, declarations, incursions and expulsions about, into, and from the region is very complicated and analysis can proceed from very different starting points. The chapters of the volume under review examine the Baltic region as it looked from tsarist Russia and the USSR – the “Russian factor” – though a few contributions use a slightly different angle of vision. Also, the Baltic-regional anchor of most of the essays is the pre-WWI *Baltikum*, i.e. the *Ostseeprovinzen* of Estland, Livland, and Kurland that eventually became the independent states of Estonia and Latvia. Again, a few contributions cast the reference net wider to including the Lithuanian territories and Finland as well. Considerable attention is paid to what the editors in their introductory essay call the “discursive environment” (p. 13): how the eastern neighbor conceptualised, pictured, wrote, and talked about the *Baltikum* even when times were more relaxed and there was no immediate action.

A careful reading of this collective work, all but two of the components of which originated in two separate 2007 conferences, reveals immediately that the editors have taken an admirable amount of care in selecting excellent authors and excellent papers and in merging the contributions so that they form an intellectually coherent volume. Such an outcome does not always characterise collective endeavors. To successfully merge the research results (here presented in English and German) of eighteen authors based in Estonia, Germany, Switzerland, the Russian Federation, Latvia, Finland and the US could not have been an easy task, but in this case the result is commendable and in many respects path-forming. The contributors could all be described (cautiously) as a younger generation of Baltic-area specialists (although many have other specialties as well) and therefore the volume probably signals continuing future publication on the specific subjects and in the manner displayed in it. All the authors are engaged in productive research in academe and research institutes, and the presence of so many Russian scholars is particularly satisfying

since they tap somewhat different archival and secondary sources than their “western” colleagues.

The editors have divided the contributions into four large sections. After a substantial introduction in which Karsten Brügge mann and Bradley D. Woodworth explain the main themes of the work, the first section deals with the tricky subject of perceptions and how these tended to be formed to almost always justify the projection of Russian power into the Baltic region. Anti Selart explores the idea of Livland (Livonia) as Russia’s hereditary “property”, and Aleksandr I. Filjuškin describes how the Livonian War in the sixteenth century was seen differently from the European and the Russian sides. Ralph Tuchtenhagen carries this line of inquiry into the eighteenth century; Brüggemann into late Imperial Russia; and Tobias Privitelli into the interwar period of the twentieth century, when the USSR seemed to be laying down the ideational justification for reclaiming the Baltic region. The imagination of the proponents of Russian imperial and non-imperial expansion could not absorb the ideas that other powers had similar claims, that the peoples of the region might not want to live under Russian control, or even that they had the ability and skills for doing so. The second section examines Russian imperial policy as a factor in Baltic-area history, with Nikolai N. Petrukhintsev reviewing the strategies of Peter the Great, Svetlana N. Kovalchuk analysing the career of Governor-General Alexandr A. Suvorov and his attitudes toward the Old Believers in the Baltic region, and Theodore R. Weeks revisiting the question of whether Russian policy in the Lithuanian lands (part of the larger western “borderlands”) really aimed to “Russify” the population, and how effective the policy was. Robert Schweitzer examines the complicated constitutional questions generated by Russian governance of an “autonomous” land such as the Duchy of Finland, and Natalia S. Andreeva offers an exceptionally probing essay on imperial reform policy in the Baltic region at the turn of the twentieth century.

The third section assembles the contributions that deal directly with the representation of the Baltic region in Russian-language writing, both literary and propagandistic. Katja Wiebe examines how Estonian lands and Finland were pictured in Russian *belles lettres* in the late tsarist period, and two separate chapters deal with the image of Estonia in Soviet propaganda in the early post-1917 revolution period (Timur Guizarov) and during the entire interwar period (Jelena Nõmm and Guizarov). The literary intelligentsia (mostly from St. Petersburg) of the tsarist period idealized Finland and Estonia – the “North” – as a place where a sensitive soul could regain balance and renew spiritual energy. But after Estonian independence, official Soviet propaganda changed Estonia’s image to that of a class-divided “Other” in which “the working people” were held in thrall by the bourgeoisie and the “fascists” and longed for liberation at the hands of their fraternal Soviet comrades. The fourth section, consisting of three separate chapters, focuses on what the editors call “the local factor in the imperial context” (p. 25), and examines the hundreds of *chinovniki* of Latvian origin who held posts in the tsarist administrative apparatus (Evgeniya L. Nazarova), how agricultural innovations in Estland and Livland in the nineteenth century became a model for progressive agriculture in the rest of the Empire (Ülle Tarkainen), and the attitudes of the Baltic Germans toward the Empire and toward the Baltikum itself at the turn of the twentieth century (Olga Kurilo).

This valuable collection offers very little for a reviewer to be critical about. Two suggestions, however, could be pertinent. In their introduction, the editors express the conviction that “the Russian-Baltic encounter will fruitfully inspire further research” (p. 26). The probability is that they are right and, more than likely, the present volume will become an important launching pad. As future work unfolds, it would surely benefit from inclusion in the overall research strategy of a systematic review of the interpenetration of demogra-

phic patterns in the Baltic and surrounding Russian regions.<sup>1</sup> Also, although the secondary sources used by the authors comprise a very rich collection, one is a little surprised that among the English-language titles, George Yaney's study<sup>2</sup> appears to have been overlooked even in the chapters where it might have been suggestive. But these are relatively small things, made even smaller by the general significance of this exceptionally well-wrought collective endeavor.

Ames/IA

Andrejs Plakans

<sup>1</sup> Case in point: ANSLEY J. COALE, BARBARA ANDERSON, ERNA HÄRM: *Human Fertility in Russia since the Nineteenth Century*, Princeton/NJ 1979.

<sup>2</sup> GEORGE L. YANEY: *The Systematization of the Russian Government. Social Evolution in the Domestic Administration of Imperial Russia 1711-1905*, Urbana et al. 1973.

**Damien Tricoire: Mit Gott rechnen.** Katholische Reform und politisches Kalkül in Frankreich, Bayern und Polen-Litauen. (Religiöse Kulturen im Europa der Neuzeit, Bd. 1.) Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen u.a. 2013. 462 S., 16 Ill. ISBN 978-3-525-31018-2. (€ 80,-)

Damien Tricoire unternimmt in seiner in fünf Kapitel gegliederten Paris-Münchener Dissertation den Versuch, die in der Historiografie zur ersten Hälfte des 17. Jh. zumeist getrennt behandelten Bereiche von Religion und Politik durch die Untersuchung des religiös-politischen Kalküls zusammenzufügen, das vor allem der zentralen Rolle Gottes und des Himmels in der Vorstellung der Zeitgenossen Rechnung trug. Das breitgefächerte Spektrum seiner Untersuchung erhellt T. durch einen Vergleich dreier Fallstudien am Beispiel Frankreichs, Bayerns und Polen-Litauens, deren Geschichte in den ersten sechs Jahrzehnten des 17. Jh. nicht von außen, sondern von innen betrachtet wird, um die kausalen Zusammenhänge des Verhältnisses von Religion und Politik in diesen Staaten transparent zu machen. Während nach seiner Auffassung die ersten Einflüsse der Katholischen Reform auf die Politik um 1600 zu beobachten sind, dienen in Bayern das Todesjahr Kurfürst Maximilians I. von Bayern 1651, in Frankreich der Regierungsantritt Ludwigs XIV. 1660 und in Polen-Litauen die Abdankung Johann Kasimirs 1668 als chronologische Endpunkte seiner Analyse. Dass in der Studie Polen-Litauen mehr Platz als Frankreich und dieses mehr Aufmerksamkeit als Bayern erhält, begründet T. mit dem ungleichen Forschungsstand und der „unterschiedlichen Komplexität der kausalen Mechanismen“ (S. 22).

Umfangreiche Archivrecherchen bieten dem Vf. die Grundlage für die Erforschung und Verbindung der inhaltlichen, prozessualen und institutionellen Dimensionen der Politik (*policy, politics* und *polity*), die alle in gleicher Weise zum Verständnis des religiös-politischen Kalküls erforderlich sind. Positiv ist zu bemerken, dass die einzelnen Kapitel der Analyse in logischer und kausaler Hinsicht aufeinander abgestimmt sind und dem Leser das vielfältige Beziehungsgeflecht zwischen Katholischer Reform und politischem Kalkül unter den unterschiedlichsten Perspektiven vor Augen führen. Zunächst wird die Katholische Reform religionsgeschichtlich interpretiert, wobei sich T. gegen die Bezeichnung des Tridentinums als Epochengrenze ausspricht. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Religion der universalen Liebeshierarchie, die mit den „kollektivistischen Heilserwartungen des Mittelalters kontrastierte“ und die Stellung des Einzelnen durch Verschmelzung von Individuum und Gesellschaft neu definierte (S. 71). Die universale Betrachtung von Himmel und Erde und die damit verbundene Erhöhung und Glorifizierung der Gottesmutter schufen ein neues Frömmigkeitsbild, das die Vorstellungen der Gläubigen stärker integrierte und den Herrschern einen festen Platz in der Universalordnung zuwies.

Mit der nach außen präsentierten Einheit der Katholischen Reform korrelierte eine Pluralität in ihrem Inneren, die bei allen Unterschieden, u.a. zwischen den religiösen Orden, den Bedürfnissen der Elite und denen der breiten Bevölkerung in gleicher Weise Rech-

nung trug. Das Phänomen eines nationalen Sonderwegs der Reform – beispielsweise in Frankreich und Polen – zu konstruieren, lehnt T. ab. So habe der Begriff „französische Spiritualitätsschule“ eine Einheitlichkeit konstruiert, die es in Wirklichkeit nicht gab. Noch entschiedener bestreitet er den von einem Großteil der polnischen Geschichtsforschung vertretenen starken Zusammenhang zwischen Katholizismus und nationaler Identität, der in der „Einzigartigkeit des polnischen Marienpatronats“ zum Ausdruck komme (S. 89). Dabei setzt er sich vor allem mit den Thesen von Janusz Tazbir von der engen Verbindung zwischen der Adelsnation und dem Katholizismus im Zeitalter der Gegenreformation und den Begriffen „Polonisierung“ und „Sarmatisierung“ des Katholizismus auseinander, die nach seiner Ansicht keine konfessionellen Sonderausprägungen, sondern vielmehr den Einfluss allgemeiner reformkatholischer Vorstellungen in Polen-Litauen belegen, die dort allerdings eine schwächere Wirkung als in Frankreich und Bayern gehabt hätten. Dafür macht der Vf. vor allem das verspätete Auftreten der Reformorden in der Adelsrepublik und die geringere Zahl ihrer Angehörigen im Verhältnis zum beachtlichen Umfang des Doppelreichs verantwortlich. Ausgeklammert bleibt bei T. die wachsende Xenophobie als Ergebnis der sich im Sarmatismus vollziehenden Abschließung der Adelsnation nach außen, die durch den polnischen Katholizismus gefördert wurde und in den Dissidenten nicht nur Häretiker, sondern auch mit ausländischen Mächten kollaborierende Staatsfeinde sah. Nach mehrheitlicher Meinung der polnischen Fachliteratur trat der Gleichung „Pole = Katholik“ die Gleichung „Deutscher = Lutheraner“ als Feindbild entgegen. Hinzu kommt, dass eine Symbiose der verschiedenen Konfessionen in Polen-Litauen durch die Vermengung religiöser mit ethnischen Kriterien erschwert worden ist, was für Frankreich und Bayern kaum gilt.

Im zweiten Kapitel werden die Einflüsse des entstehenden Universalismus auf die Konstruktion politischer Legitimität und die Frage nach der Gestaltung des Verhältnisses zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt entsprechend dem Ideal des frühen 17. Jh. sowie in einem zweiten Schritt das neue Herrschaftsmodell, dessen Reformprogramme und die Umsetzung der Harmonie zwischen beiden *potestates* in den drei Ländern erörtert, die in Frankreich unter dem Einfluss der früheren Religionskriege die meisten Divergenzen aufwies. Einheitsstiftende Kraft hatte hier besonders die Entwicklung einer katholischen Staats- und Kirchenräson, die das Weltliche und Geistliche als Teile eines harmonischen Ganzen anerkannte und die Überlegenheit des einen Bereichs gegenüber dem anderen verwarf, wobei man eine doppelte Eingliederung in die universale Ordnung anstrebte. Die Behandlung der Fragen nach der Stabilisierung der Königsherrschaft in Frankreich, der Konfessionalisierung in Bayern und dem Adelsaufstand von Sandomir 1606/07 (*rokosz* des Mikołaj Zebrzydowski) beleuchtet die Auswirkungen der Katholischen Reform in verschiedenen politischen Systemen, wobei T. in diesem Aufstand weniger einen interkonfessionellen als einen innerkatholischen Konflikt sieht, indem er dafür „einen klaren Gegensatz zwischen der Katholischen Reform und älteren religiösen Vorstellungen“ verantwortlich macht (S. 137).

Das dritte Kapitel untersucht das Verhältnis zwischen Krieg und Katholischer Reform, das nach Auffassung T.s auf einem universalistischen Rechnen mit Gott beruhte. Große Bedeutung kommt hier der *Patrona Bavariae* im Dreißigjährigen Krieg und der Frage zu, wieweit deren Etablierung eine Vorbildfunktion bei der Verbreitung ähnlicher Marienpatronate in Europa gehabt hat. Die 1637 in München von Maximilian I. errichtete Mariensäule auf einem von der Kirche getrennten Platz, der der Öffentlichkeit zugänglich war, lässt Züge der Verstaatlichung des Marienpatronats erkennen, wurden doch nun die Untertanen durch Gesetz und Kult in die Kommunikation des Kurfürsten mit Gott einbezogen. Ein wichtiges Ereignis für die Propagierung des staatlichen Marienpatronats in Europa dürfte die Schlacht am Weißen Berg (8. November 1620) gewesen sein, wobei T. mehr als einen Zufall darin sieht, dass in Frankreich die Eroberung La Rochelles (1628) und der polnische Sieg bei Chocim über die Türken (1621) den Kult der Maria vom Sieg beförderten.

Weil für die Behandlung der religiös-politischen Geschichte Polen-Litauens 1620-1648 im Verhältnis zu Bayern und Frankreich die gemeinsame Klammer des Dreißigjährigen Krieges fehlt, wird ihr ein eigenes Kapitel eingeräumt. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen hier zwei Aspekte, die das Verhältnis des Doppelreiches zu Gott beleuchten: der Krieg gegen andersgläubige, als heidnisch bezeichnete Nachbarstaaten, vor allem das Osmanische Reich und seine tatarischen Hilfstruppen, und die sakrale Rolle der Monarchie. Die geistliche und weltliche Publizistik wies Polen als *Antimurale* der Christenheit nach dem Sieg bei Chocim eine zentrale Funktion als rechte Hand Gottes und im katholischen Universalismus zu, was auch im seit 1630 häufiger verwendeten Begriff „Imperium“ zum Ausdruck kommt. Nach Auffassung T.s erlebte die polnische Monarchie am Ende der Regierung Sigismunds III. und in den ersten Jahren seines Nachfolgers Ladislaus IV. den Höhepunkt ihrer Sakralität, was das Bild einer ständisch stark beschränkten Königsherrschaft in der ersten Hälfte des 17. Jh. korrekturbedürftig mache (S. 257). Zu Recht weist er auf die unzureichenden Begrifflichkeiten der Geschichtsschreibung wie „Toleranz“ oder „Hass“ zur Analyse der Projekte Ladislaus' wie des Thorner Religionsgesprächs von 1645 hin, dessen Ziel die Wiederherstellung der religiösen Einheit und damit der inneren Festigung seines Reiches gewesen sei.

Das abschließende fünfte Kapitel zieht einen Vergleich zwischen den politischen Problemen der französischen und denen der polnischen Monarchie nach 1648. Diskutiert wird hier die Frage, inwiefern die innerstaatlichen Konflikte, ausgelöst durch die Fronde in Frankreich und den Kosakenaufstand in der Ukraine, in die Geschichte des religiös-politischen Universalismus einzuordnen sind. Während die französische Monarchie letztlich alle Wirren überstehen konnte, vollzog sich in der Adelsrepublik eine allmähliche Desakralisierung der Monarchie, die mit einem erheblichen Macht- und Prestigeverlust der Krone einherging. T.s These, die Schwächung der Zentralgewalt sei das Ergebnis der politisch-religiösen Vorhaben der beiden letzten Wasas gewesen, und schon die Wahl Johann Kasimirs 1648 habe die Uneinlichkeit des Adels in der Kosakenfrage erkennen lassen, hätten sich doch hier die Befürworter einer Bestrafung der Schismatiker und Rebellen und die eines Bündnisses mit den Kosaken gegenüberstanden, ist sicherlich ein wichtiger Forschungsansatz. Eine kleine Korrektur sei noch am Rande erwähnt. Statt „Szlachta“ sollte man den Begriff „Magnaten“ verwenden, weil diese durch den Besitz umfangreicher Lati-fundien im Osten der Republik zum bestimmenden Machtfaktor und damit zu den eigentlichen Kontrahenten der Krone geworden waren. Das zeigt, dass neben den religiösen auch strukturelle und wirtschaftliche Aspekte im Blickpunkt der Analyse bleiben müssen, wurde doch durch diese Entwicklung das Gleichgewicht der ständischen Verfassung erheblich beeinträchtigt. Das schmälert allerdings nicht den Wert der vorliegenden Studie, vermittelt diese doch Einblicke in Vorstellungen, die die Denk- und Handlungsweise der Menschen der Vormoderne entscheidend geprägt haben und damit der Forschung neue Wege weisen.

Berlin

Stefan Hartmann

**Maximilian Eiden: Das Nachleben der schlesischen Piasten.** Dynastische Tradition und moderne Erinnerungskultur vom 17. bis 20. Jahrhundert. (Neue Forschungen zur schlesischen Geschichte, Bd. 22.) Böhlau. Köln u.a. 2012. X, 460 S., Ill. ISBN 978-3-412-20694-9. (€ 59,90.)

Das polnische Königshaus der Piasten hatte sich im Mittelalter in mehrere Linien geteilt, deren dynastischer Hauptzweig 1370 in Polen erlosch. Seitdem lebten nur noch in Schlesien Herzöge piastischer Herkunft. Ihr Versuch zu eigener Landespolitik brachte sie in Kontakt und Konflikt mit ihren westlichen Nachbarn, bis sie ihre politische Eigenständigkeit verloren und zu Mediatherzögen der Krone Böhmen wurden. Mit dem Übergang Böhmens an das Haus Habsburg 1526 gerieten sie unter die Oberherrschaft des deutschen Königs und Kaisers, der die ihnen verbliebenen Souveränitätsrechte weiter beschnitt. Die Piasten reagierten darauf, indem sie die politischen und kulturellen Möglichkeiten des



frühmodernen schlesischen Ständestaates nutzen und ausbauen, sich der Reformation anschlossen, eine eigene Hofkultur förderten und somit eine eigene Tradition ihrer Dynastie ausbildeten. Wie erfolgreich sie darin waren, sollte sich erweisen, als ihre Mediatherrschaft 1675 mit dem Tod des letzten schlesischen Piasten endete. Dieses Ereignis war politisch eher marginal, schuf aber ein emotionales Vakuum, das sich bald mit einem „Nachleben“ füllte, das bis zur Gegenwart anhält. Die Fülle und Breite dieser Erinnerungskultur hat Maximilian Eiden in einer ungemein belesenen und erkenntnisreichen Studie ausgebreitet, die das Bild der schlesischen Geschichte um einen bisher wenig beachteten Aspekt bereichert.

Vor dem Nachleben stand das reale Leben der Piasten, das von E. gleich anfangs in seinen genealogischen Zusammenhängen und ikonografischen Themenstellungen vorgestellt wird. Dazu gehört die bemerkenswerte Feststellung, dass nur die schlesischen, genauer die niederschlesischen Piasten der letzten Generationen ein dynastisches Bewusstsein entwickelten, das zur Selbstbezeichnung als „Piasten“ führte. Den älteren polnischen Königen gleicher Herkunft war dieser Begriff noch fremd, und wenn bei den späteren polnischen Königswahlen der Ruf nach Piasten laut wurde, so verstand man darunter Kandidaten allgemein polnischer Herkunft, im Unterschied zu den ausländischen. Den Liegnitz-Brieger Herzögen aber war der Verweis auf ihre königlich-polnische Abstammung ein „symbolisches Kapital“ (S. 63), mit dem sie erfolgreich zu wuchern wussten. Das eindrucksvollste Schauspiel dieses dynastischen Anspruchs war die Torfassade der Brieger Residenz mit ihrer in Stein gehauenen Ahnenreihe, beginnend bei Stammvater Piast. Konkreter Anlass war die Eheverbindung zwischen Georg II. von Brieg und Barbara von Brandenburg im Jahre 1545. Davor lag die sogenannte „Hohenzollernsche Erbverbrüderung“ von 1537, deren Anlass aber sicher nicht in der gegenseitigen Festigung der Reformation lag, denn Kurfürst Joachim II. von Brandenburg sollte erst 1539 zum Luthertum übertreten. Dessen ungeachtet erfuhr dieses Ereignis später eine politische und protestantische Überhöhung, die sich geradezu verselbständigte. Bemerkenswert aber war, wie sich im 17. Jh. die Elite der schlesischen Dichter in den Dienst der piastischen Fürsten stellte und kein Geringerer als Daniel Casper von Lohenstein das Programm für das letzte Liegnitzer Mausoleum entwarf. Eine andere Frage ist hier, ob man dieses Mausoleum als „Hort der konfessionellen Identität“ Schlesiens bezeichnen kann (S. 92), wenn keiner der dort posierenden Fürsten dem Luthertum angehörte und die letzte Piastin gar zum Katholizismus konvertierte – zwar nicht 1680, aber doch 1687.

Was die Träger und Formen der Erinnerungskultur bis zum Ende des Hauses der Piasten angeht, so bestand für sie schon länger ein Interesse der Forschung. Die Erweiterung der Fragestellung auf das Nachleben der Piasten, mit anderen Worten die Instrumentalisierung dieses kulturellen Erbes, die konfessionelle, politische oder auch nationale Vereinnahmung oder Zurückweisung der piastischen Traditionen, haben aber erst durch dieses Buch eine solide Untersuchung erhalten. Hier liegt das Hauptverdienst des Vf., der in drei umfangreichen Kapiteln die Zeiträume bis 1806, bis 1918 und bis zur Gegenwart behandelt. Die Belege für dieses Nachleben finden sich in der preußisch geprägten öffentlichen Meinung nach 1740, in der kirchlichen Traditionsbildung beider Konfessionen, in der bürgerlichen Historisierung und Trivialisierung der schlesischen Geschichte, in der Vermarktung und Werbung, nicht zuletzt auch in der nationalsozialistischen Indoktrinierung. So lässt sich die schlesische Geschichte immer wieder aus der Sicht ihres Umganges mit dem Erbe der Piasten erzählen. Die herangezogenen Quellen und Autoren sind variabel und zahlreich, weil die niedere Literatur, die darstellende Kunst, die Festkultur und das Volksschauspiel ausgewertet werden. Das lässt sich im Einzelnen kaum referieren. Zentrale Themen sind die 1740 einsetzende Adaption des piastischen Erbes durch Preußen, was angesichts der fadenscheinigen Kontinuität eine erstaunliche Umdeutung darstellt. Die schlesische Eroberung veranlasste Friedrich II. zur Gewährung der Hedwigskirche in Berlin, die freilich nicht 1821, sondern erst 1930 zur bischöflichen Domkirche erhoben wurde (S. 212). Immer wieder erscheinen die Figuren der heiligen Hedwig und ihrer Familie,

insbesondere der Tod Heinrichs des Frommen bei Wahlstatt, in neuem Licht. Auch die Sicht auf die Verdienste der Piasten für oder gegen die deutsche und polnische Kultur wechselt je nach Zeit und Ort. Am Ende bemächtigte sich die nationalsozialistische Ideologie dieses Erbes. Sie deutete das Grabmal Heinrichs des Frommen in der Breslauer Vinzenzkirche als ein deutsches „Führergrab“, das mithin dem ganzen deutschen Volke gehöre (S. 340). Deshalb marschierten hier 1941 am Vorabend des Gedenktags von 1241 fackeltragende SS-Männer in die Kirche und Gauleiter Karl Hanke legte am „Heldengrab“ Heinrichs II. einen Kranz nieder. Folgerichtig erhielt derselbe Herzog bald eine Art „Arier-nachweis“ (S. 354), während eine interne Dienstsanweisung veranlasste, den Gebrauch des Wortes „Piasten“ und anderer davon abgeleiteter Bezeichnungen zum Verschwinden zu bringen. E.s Buch ließe sich fortsetzen, denn natürlich haben die Piasten im heute polnischen Schlesien ein ganz neues und wiederum wechselndes Nachleben erfahren. Das ist dem Vf., der auch die einschlägige polnische Literatur kennt, natürlich bewusst, denn er versteht seine Gedächtnisgeschichte ohnehin als transnational und kulturgeschichtlich übergreifend. Das verdient alle Anerkennung.

Stuttgart

Norbert Conrads

**Jerzy Lukowski: Disorderly Liberty.** The Political Culture of the Polish-Lithuanian Commonwealth in the Eighteenth Century. Continuum. London 2010. XII, 349 S., Kt. ISBN 978-1-4411-4812-4. (£ 65,-)

Die Forschungen zur polnisch-litauischen Adelsrepublik im 18. Jh. konzentrieren sich zumeist auf die äußeren Verhältnisse dieses Staates, auf die militärischen und diplomatischen Aktionen, die am Ende in den Prozess der Teilungen mündeten. Als Akteure in diesem Prozess gelten die europäischen Großmächte. Polen selbst hingegen wird eher als machtloses Opfer gesehen, dessen innere Verhältnisse deshalb auch nicht weiter interessieren. Am ehesten bekannt sind in der Historiografie, zumal in westlichen Sprachen, die Reformbemühungen der Aufklärer in der Zeit unmittelbar vor dem Untergang Polens. In dieser Hinsicht hat die Arbeit von Jerzy Lukowski das große Verdienst, die Entwicklung des politischen Denkens in Polen während des gesamten 18. Jh. in den Blick zu nehmen. Er beschränkt sich dabei auch nicht auf die Reformbestrebungen, sondern macht deutlich, dass die Reformer während des gesamten Zeitraums mit konservativen Gegenkräften zu kämpfen hatten, die das seit dem 16. Jh. etablierte System der Adels Herrschaft in Polen-Litauen energisch verteidigten. Eine solche Darstellung steht gerade der Historiografie der letzten Jahre eher entgegen. So hat Anna Grześkowiak-Krwawicz in einer Arbeit, die soeben in gekürzter Form auch auf Englisch erschienen ist, versucht zu beweisen, dass eigentlich alle Polen im 18. Jh. die gleichen, demokratischen Vorstellungen von Freiheit gehabt hätten. Ähnliches gilt für die Arbeiten von Edward Opaliński zum 17. Jh.<sup>1</sup> L. hingegen geht nicht von der Konzeption einer einheitlichen „politischen Kultur“ aus, sondern zeigt die immensen Unterschiede auf, die zwischen den politischen Vorstellungen der von der westeuropäischen Aufklärung inspirierten Reformer und denen der „sarmatischen“ Konservativen bestanden. Gerade die Darstellung dieser Konflikte macht das Buch zu einer durchaus spannenden Lektüre, auch wenn es zu einem großen Teil aus der ausführli-

<sup>1</sup> ANNA GRZEŚKOWIAK-KRWAWICZ: Regina libertas. Wolność w polskiej myśli politycznej XVIII wieku [Regina libertas. Freiheit im polnischen politischen Denken des 18. Jh.], Gdańsk 2006; DIES.: Queen Liberty. The Concept of Freedom in the Polish-Lithuanian Commonwealth, Leiden 2012; EDWARD OPALIŃSKI: Kultura polityczna szlachty polskiej w latach 1587-1652. System parlamentarny a społeczeństwo obywatelskie [Die politische Kultur der polnischen *szlachta* in den Jahren 1587-1652. Parlamentarisches System und Bürgergesellschaft], Warszawa 1995.

chen Besprechung einzelner Texte besteht. Es sind dies Texte, die der Autor für besonders typisch für das politische Denken in Polen-Litauen im 18. Jh. hält. L. räumt in seinem Vorwort ein, dass es sich dabei nur um „the tip of a scholarly iceberg“ (S. XII) handele, aber die Auswahl kann als gelungen gelten. Der Inhalt von vielen dieser Texte wird damit zum ersten Mal in einer westlichen Fremdsprache zugänglich gemacht. Somit kann das Buch Frühneuzeithistorikern, die des Polnischen nicht mächtig sind, eine wichtige Hilfe sein, um die Vorgänge in Polen im 18. Jh. zu verstehen, die für die Geschichte Europas eine so große Bedeutung hatten.

In seinem Einleitungskapitel gibt L. einen Überblick über die Entwicklung des polnisch-litauischen Staates seit dem 16. Jh. und macht bereits hier deutlich, dass für die politische Klasse dieses Staates, den immens zahlreichen Adel (*szlachta*), der Erhalt ihrer Standesprivilegien das wichtigste politische Ziel war: „That state was the sum of its liberties; its *raison d'être* was their preservation. Without them, the Commonwealth meant nothing“ (S. 9). Dies führte zur Entwicklung der konservativen Ideologie des Sarmatismus, nach der die adligen Vorfahren unter Einsatz ihres Lebens einen idealen Staat geschaffen hätten und nun jede Änderung in der Verfassung schädlich sei. In den folgenden drei Kapiteln unternimmt es L. fast<sup>2</sup> als Erster, die verschiedenen Elemente dieser Ideologie in ihrem Zusammenhang darzustellen. Anhand seiner reichhaltigen Quellen belegt er die Glorifizierung der „polnischen Freiheit“, die die *szlachta* ständig für bedroht hielt, durch das angebliche Streben der (vom Adel selbst gewählten) Könige nach einem *absolutum dominium*. Bestandteil dieser Ideologie war auch das berühmte *liberum veto*, das Einstimmigkeitsprinzip im Reichstag, das oft als eine unbeabsichtigte Fehlentwicklung interpretiert wird. L. hingegen kann auf die vielen ausdrücklichen Verteidigungen des Vetos durch adlige Autoren verweisen und bezeichnet es zu Recht als „a natural outgrowth of Polish politics“ (S. 21), ein bewusst geschaffenes Verfassungsinstrument, um Reformen verhindern zu können. Dabei war der polnische Adel sich durchaus über die Schwäche seines Staates nach innen und außen und über die Gefahren, die das barg, im Klaren. Er sah aber die Ursachen dafür nicht im politischen System, sondern im Verfall der Sitten im Lande, die es zu bessern gelte. Auch im Fall des *liberum vetos* sollte es nur darum gehen, dessen missbräuchliche Verwendung zu beenden. Ebenso wurde die katholische Konfession mehr und mehr zum Instrument, um das bestehende System zu stabilisieren. Die Politik religiöser Toleranz im 16. Jh. hatte dem Adel nur zeitweise als Mittel gedient, um – solange er zu einem großen Teil noch protestantisch war – keine inneradligen Konflikte aufkommen zu lassen (S. 61).

Bis über die Mitte des 18. Jh. hinaus war die sarmatische Ideologie im polnischen Adel so stark verwurzelt, dass sie von niemandem grundsätzlich in Frage gestellt werden konnte. Reformen wie Stanisław Dunin Karwicky und der Autor des *Głos wolny* konnten höchstens die Änderung von Verfahrensweisen in bestehenden Institutionen fordern und hoffen, dass dies die Probleme des Staates lösen würde. Der erste Publizist, der Polen konsequent als rückständig in Europa ansah und den polnischen Adelsstaat für grundlegend reformbedürftig erklärte, war Stanisław Konarski in seiner großen Programmschrift *O skutecznym rad sposobie*, die sich vor allem gegen das *liberum veto* richtete. L. widmet der Besprechung dieses Werkes ein ganzes Kapitel, in dem er aber auch auf den Widerspruch eingeht, auf den Konarskis Werk sofort traf. Ähnliches gilt für die Behandlung der Publizistik in der Zeit nach der Königswahl Stanisław August Poniatowskis im Jahr 1764. Neben der Darstellung des aufgeklärten Reformprogramms der Zeitschrift *Monitor* steht eine ausführliche Besprechung der Briefsammlung von Feliks Czacki, der dieses Programm gänzlich

<sup>2</sup> Zuvor hatte dies in Polen schon Stanisław Cynarski getan, vgl. etwa STANISŁAW CYNARSKI: The Ideology of Sarmatism in Poland (16th-18th Centuries), in: Polish Western Affairs 33 (1992), 2, S. 25-43.

ablehnte, weil es ein Angriff auf den Adel und seine Freiheit sei. Ebenso wird nicht nur das Projekt eines reformierten Rechtskodex durch Andrzej Zamoyski besprochen, sondern auch dessen nahezu vollständige Ablehnung durch die adligen Landtage von 1780. Ein weiteres Kapitel ist den Schriften der französischen Aufklärer Jean-Jacques Rousseau und Gabriel de Mably über Polen gewidmet. Ihr polnischer Informant in Paris, Michał Wielhorski, hatte ihnen eine Reformbereitschaft der Adelskonföderation von Bar suggeriert, und so plädierten sie für gemäßigte Veränderungen der polnischen Verfassung und eine vorsichtige Übertragung politischer Rechte auch an Nichtadlige. Doch nichts davon wurde auch nur erwogen, und Wielhorski sah sich veranlasst, eine eigene Schrift herauszubringen, nach der alle politische Macht beim Adel bleiben und Reformen lediglich die bisherigen Dysfunktionen lindern sollten. Parallel dazu konnte die neue Kommission für Nationale Erziehung immerhin einige Verbesserungen im Bildungswesen im Geist von Aufklärung und Physiokratismus durchsetzen.

Breiten Raum widmet L. der Zeit des Vierjährigen Sejms (1788-1792) und den intensiven publizistischen Debatten, die in dieser Zeit geführt wurden. Die zur Besprechung ausgewählten Texte geben einen guten Einblick in die Diskussionen um die Gewährung von Freiheitsrechten für Bauern und Stadtbürger, um die Einführung eines Zensuswahlrechts und einer Erbmonarchie. Ein besonderes Verdienst ist die Einfügung eines Kapitels zur Rolle der Juden in Polen-Litauen. Auch hier diskutierte man kontrovers über die Bedingungen einer Integration in die polnische Gesellschaft und über den Grad der dafür erforderlichen Assimilation, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Das wichtigste Resultat des Sejms war vielmehr die Verfassung vom 3. Mai 1791. Dieser Verfassung war zunächst im Sommer 1790 ein Entwurf vorangegangen, der den adligen Parlamenten die Kontrolle über den Staat belassen wollte, allerdings sollten dabei die Verfahren zur Beschlussfassung verbessert, Nichtadligen zusätzliche Rechte eingeräumt und das Königtum erblich gemacht werden. Selbst diese gemäßigte Reform wurde von der adligen Basis bei den Landtagen im Herbst 1790 abgelehnt. Paradoxe Weise führte aber genau das zu der umfassenderen Reform der Verfassung von 1791, indem den Reformern klar wurde, dass eine neue Staatsordnung ohnehin nur mit Unterstützung des Königs und mit einem Staatsstreich gegen den Adel durchzusetzen war. Entsprechend stieß die Verfassung auch danach noch auf den wütenden Protest von adligen Publizisten, konnte aber angesichts der neuen Kräftekonstellation nach dem 3. Mai in der Gesellschaft weitgehend durchgesetzt werden, bis die Führer der Opposition sich in der Konföderation von Targowica mit Russland verbündeten und in Polen einmarschierten.

Der Autor schreibt in seinem Vorwort, dass die Erforschung des 18. Jh. in Polen-Litauen lange Zeit unter der moralisierenden Tendenz der polnischen Geschichtsschreibung gelitten habe, die weniger nach Ursachen für die Entwicklung als nach den Schuldigen für die Teilungen suchte. Ganz frei von dieser Tendenz ist allerdings auch L. nicht, wenn er den Staatsstreich von 1791 als historische Notwendigkeit betrachtet (S. 243) und dessen Gegner moralisch zu diskreditieren versucht. Zwischenzeitlich erweckt er gelegentlich den Eindruck, dass die *szlachta* nur deshalb so konservativ gewesen sei, weil sie in einer falsch verstandenen Pietät gegenüber ihren angeblich tugendhaften Vorfahren deren politische Einrichtungen nicht antasten wollte. Aber in seinem Schlusswort formuliert er dann doch klar, dass im 18. Jh. in Polen ein starker Staat nur hätte geschaffen werden können um den Preis der Reduzierung adliger Privilegien (S. 256).

Freiburg

Martin Faber

**Nikolaus Olaf Siemaszko: Das oberschlesische Eisenhüttenwesen 1741-1860.** Ein regionaler Wachstumssektor. (Regionale Industrialisierung, Bd. 6.) Steiner. Stuttgart 2011. 410 S., Kt., CD-ROM. ISBN 978-3-515-09880-9. (€ 73,-)

Im Einklang mit Ernst Hinrichs' Postulat, Regionalgeschichte sei letztlich „die übertragene Anwendung der Historischen Sozialwissenschaft auf den kleinen Raum“<sup>1</sup>, ist gerade die historische Industrialisierungsforschung bereits seit den 1970er und 1980er Jahren zu einem der beliebtesten Gegenstände der Regionalgeschichtsschreibung geworden. Einen reichen Erkenntnisgewinn verspricht in diesem Kontext vor allem das Konzept einer „vergleichenden Regionalforschung“<sup>2</sup>, die sich, im Gegensatz zur traditionellen, „politischen“ Landesgeschichte, eines stärker funktionalen Raumbegriffs bedienen kann und schon von daher prinzipiell auf den internationalen Vergleich hin angelegt ist.<sup>3</sup> Das ostoberschlesische Montanrevier, wo der Industrialisierungsprozess bis weit in das 19. Jh. hinein nicht in der Hand bürgerlicher Unternehmer, sondern vornehmlich hochadeliger „Magnaten“ lag, ist gerade aufgrund seiner sozialen Spezifik immer wieder in den Fokus der Forschung gerückt: Auf deutscher Seite sind hier die Arbeiten von Toni Pierenkemper und Konrad Fuchs oder die auf das Fürstentum Pless bezogene Spezialstudie von Klemens Skibicki<sup>4</sup> zu nennen, auf polnischer Seite vor allem die Forschungen von Zbigniew Kwaśny.

Die hier zu besprechende Studie von Nikolaus Olaf Siemaszko zum oberschlesischen Eisenhüttenwesen im 18. und 19. Jh. weiß sich zwar ebenfalls „dem regionalen Ansatz in der Wirtschaftsgeschichte verpflichtet“ (S. 11), zugleich betont ihr Autor jedoch, ihm gehe es nicht um „eine Erforschung regionaler Eigentümlichkeiten, die für die Regionalgeschichtsschreibung typisch ist“, sondern vielmehr darum, „den Prozess der deutschen Industrialisierung aus einer neuen Perspektive“ zu beleuchten (S. 21). Sein Augenmerk liegt auf Aspekten des technischen Wandels – konkret auf der Substitution von Holz durch Steinkohle bei der Produktion von Roh- und Stabeisen –, wobei die privaten Eisenhüttenwerke im Zentrum stehen. Räumlich bezieht die Untersuchung aber nicht das gesamte oberschlesische Industriegebiet mit ein, sondern beschränkt sich auf den Kreis Beuthen und Teile des Kreises Tost-Gleiwitz. Näher betrachtet werden in diesem Rahmen die allmähliche Ausbreitung von Kokshochöfen im privaten Sektor, die Entwicklung privater Puddel- und Walzwerke sowie – gleichsam als inneroberschlesische Vergleichsebene – die Entwicklung der staatlichen Eisenhüttenwerke bis 1860. Innerhalb seines (mit der Eroberung des größten Teils von Schlesien durch Preußen einsetzenden) Untersuchungszeitraums betont S. den Zäsurcharakter des Jahres 1832: Von da an habe der technische Wandel „eine gänzlich neue Qualität erhalten“ und sei „Teil einer großen Modernisierungswelle“ geworden (S. 21). Als Quellenbasis dienen in erster Linie die in den Staatsarchiven von Breslau (Wrocław) und Kattowitz (Katowice) zugänglichen Akten des schlesischen Oberbergamtes.

Dass sich die Lektüre des Buches reichlich mühsam gestaltet, ist nicht allein dem eher sperrigen Gegenstand geschuldet, sondern auch dem Vorgehen des Vf., der den Leser mit ausufernden Statistiken und technischen Details streckenweise förmlich erschlägt. Die Gliederungsstruktur ist sehr „mechanisch“, manche Kapitelüberschriften geraten zu lang

<sup>1</sup> ERNST HINRICHS: Regionalgeschichte, in: CARL-HANS HAUPTMEYER (Hrsg.): Landesgeschichte heute, Göttingen 1987, S. 16-34, hier S. 19.

<sup>2</sup> So bereits das Plädoyer von PETER STEINBACH: Zur Diskussion über den Begriff der „Region“ – eine Grundsatzfrage der modernen Landesgeschichte, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 31 (1981), S. 185-210, hier S. 189 f.

<sup>3</sup> HINRICHS (wie Anm. 1), S. 22.

<sup>4</sup> KLEMENS SKIBICKI: Industrie im oberschlesischen Fürstentum Pless im 18. und 19. Jahrhundert. Zur ökonomischen Logik des Übergangs vom feudalen Magnatenbetrieb zum modernen Industrieunternehmen, Stuttgart 2002.

und wirken in ihrer stilistischen Geschraubtheit geradezu abschreckend (als Kostprobe die Überschrift zu Abschnitt 5.6.2, S. 378: „Auswirkungen des Einstiegs des Staates in die Steinkohlentechnik auf die Diffusion derselben im privaten Sektor“). Die hinter jedem Hauptkapitel angefügten Zusammenfassungen erzeugen Redundanzen, indem sie vieles von dem wiederholen, was auch schon in der Einleitung beziehungsweise dann am Schluss in der Gesamtzusammenfassung dargelegt wird. Und schließlich darf der Hinweis nicht fehlen, dass die Benutzung des Bandes durch das Fehlen eines Registers unnötig erschwert wird.

Die Auflistung solcher formalen Monita soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass dem Autor an vielen Punkten seiner unbestritten fleißigen Studie aufschlussreiche Beobachtungen und Feststellungen gelingen, die vor allem die markanten Ungleichzeitigkeiten in der wirtschaftlichen Entwicklung von privaten und staatlichen Eisenhüttenwerken im Untersuchungszeitraum betreffen. Betrachtet man die zentralen Ergebnisse der Untersuchung – etwa die Feststellung, dass sich „die Ausbreitung der Steinkohlentechnik im privaten Sektor [...] im überregionalen Vergleich eher verspätet und in zahlreichen Fällen nicht erfolgreich“ vollzog, während umgekehrt deren Einführung „im staatlichen Sektor zunächst nicht ohne Protektion realisiert werden konnte“ (S. 387, 389) –, so verfestigt sich gleichwohl der Eindruck, dass es weitere Teile der Darstellung hierfür nicht bedurft hätte. Dass der Vf., wie eingangs von ihm selbst schon angekündigt, „regionale Eigentümlichkeiten“ weitgehend links liegen lässt und einen „überregionalen Vergleich“ eben nicht anstellt, rächt sich am Ende. In dieser fehlenden Kontextualisierung bleibt die Studie hinter den Methoden und Chancen einer modernen regionalgeschichtlichen Industrialisierungsforschung zurück. Das seinem Thema innewohnende Potenzial hat S. damit leider bei weitem nicht ausgeschöpft.

Stuttgart

Roland Gehrke

**László Péter: Hungary's Long Nineteenth Century. Constitutional and Democratic Traditions in a European Perspective.** Hrsg. von Miklós L o j k ó . (Central and Eastern Europe. Regional Perspectives in Global Context, Bd. 1.) Brill. Leiden – Boston 2012. XIX, 477 S. ISBN 978-90-04-22212-0. (€ 162,99.)

Die von der Central European University Budapest, der Zeitschrift *East Central Europe* und dem Brill Verlag ins Leben gerufene Reihe *Central and Eastern Europe. Regional Perspectives in Global Context* soll die historischen Probleme Zentral- und Osteuropas im 19.-21. Jh. unter der Ägide komparativer Methoden untersuchen und dabei den engen Rahmen der *big narratives* der nationalen Geschichtsschreibungen sprengen. Neben Historikern sollen Vertreter der verschiedenen Sozialwissenschaften als Verfasser gewonnen werden. Die gesammelten Abhandlungen von László Péter wurden nun als der erste Band dieser Serie veröffentlicht.

P. (1929-2008) nimmt unter den ungarischen Historikern eine Sonderstellung ein. Als Heranwachsender verließ er Ungarn im Jahre 1956, dann studierte er in Oxford und war jahrelang als Professor an der School of Slavonic and East-European Studies in London tätig. Er interessierte sich vor allem für Verfassungsgeschichte, wollte jedoch keine trockenen rechtsgeschichtlichen Studien betreiben. Ihn inspirierte die Geschichte der politischen Institutionen, des Weiteren die Erforschung der mit ihnen eng verbundenen Konventionen, Mentalitäten und Ideen sowie derjenigen Mechanismen, durch die all diese Faktoren auf die politischen Prozesse sowohl kurz- als auch langfristig Einfluss ausüben: „fact hardly ever shape history – ideas do“ (S. 211), hat P. selbst sein Hauptinteresse formuliert. Seine Themen hatten streng historischen, seine Methode aber hatte analytischen Charakter. Der zeitliche Schwerpunkt seiner Forschungen liegt nämlich, wie es auch im Titel heißt, auf dem „langen“ 19. Jh. (1790-1918); aber damit die historischen Prozesse verstanden und dargestellt werden können, reichen seine Erläuterungen viele Jahrhunderte zurück – mitunter sogar bis zum Hl. Stephan, dem ersten ungarischen König am Anfang des 11. Jh. Ande-

rerseits hat er mehrmals versucht, bestimmte Lehren aus seinen Forschungen auch in bezug auf die jüngste Vergangenheit zu ziehen und zeitgenössische politische Tendenzen mit geschichtswissenschaftlicher Terminologie und Methodologie zu interpretieren und zu bewerten. Den Kern seiner analytischen Methode bildet die Untersuchung von Begriffen in der Politik, deren Beständigkeit und Wandelbarkeit. Er hielt an der Rekonstruktion und Verwendung ehemaliger verfassungsrechtlicher und politischer Begriffe fest und lehnte es ab, hierfür die Terminologie späterer Epochen zu benutzen.

P. hat keine großen Monografien geschrieben. Seine einzige umfangreiche Zusammenfassung über die Verfassungsgeschichte Ungarns im 19. Jh. wurde im siebten Band der Serie *Die Habsburgermonarchie 1848-1918* in deutscher Sprache veröffentlicht.<sup>1</sup> Sein Œuvre besteht größtenteils aus Zeitschriftenaufsätzen und Essays, und dieser Band präsentiert erstmals eine Auswahl in englischer Sprache. P. legt in seinem Vorwort knapp die Schwerpunkte fest und hebt seine wichtigsten Feststellungen hervor, um die Abhandlungen zu einem Ganzen verschmelzen zu lassen. Die einzelnen Texte wurden nicht zu Abschnitten gruppiert, die Aufsätze folgen nacheinander mit nicht nummerierten Unterkapiteln, was auch den Synthese-Charakter des Bandes unterstreichen mag. In der Einleitung zeichnet der Hrsg. Miklós L o j k ó ein Porträt des Vf.

Die hier erörterten Themen (die Komponenten und Sprach(n) der Verfassungskonzeption der adeligen Elite in Ungarn in der ersten Hälfte des 19. Jh.; die entscheidende Rolle des Gewohnheitsrechtes; die staatsrechtlichen Konsequenzen des großen politischen Wandels von 1848; der Charakter des zwischen Franz Joseph I. als ungarischem König und den ungarischen Liberalen ausgehandelten staatsrechtlichen Ausgleiches im Jahre 1867; die politischen Institutionen in Ungarn in der Periode der Österreich-Ungarischen Monarchie; der eng mit dem Liberalismus verbundene ungarische Nationalismus) haben natürlich auch in seiner bereits erwähnten großen Synthese eine zentrale Rolle gespielt, trotzdem lassen diese Beiträge vor allem infolge zweier Faktoren neue Nuancen in P.s Gedankenwelt hervortreten. Erstens wird in seinen Abhandlungen auch die Vorgeschichte der für Ungarn so wichtigen und für das 19. Jh. einzigartigen Elemente der Verfassungsideen dargestellt, wie z.B. die „Idee der Heiligen Krone von Ungarn“, das *ius resistendi* (das kollektive Widerstandsrecht des Adels gegenüber der als ungesetzlich betrachteten Königsmacht) oder der Kult um das von dem Rechtswissenschaftler István Werbőczy im 16. Jh. geschriebene Werk *Tripartitum*. Zweitens decken diese Texte die konkreten historischen Probleme auf, die die minutiösen, sowohl sprachlichen als auch politischen Analysen P.s inspiriert haben. Dieser hatte nämlich stets die Absicht, die Geschichte von bestimmten „Problemen“ und nie von „Themen“ zu schreiben.

Lojkó weist mit präzisiertem Blick auf eine Paradoxie von P.s Werken hin: Sie sind von hungarozentrischem Interesse geprägt, beschäftigte sich P. doch fast ausschließlich mit der Geschichte Ungarns. Andererseits aber war seine Auffassung entschlossen antinationalistisch, und er war bestrebt, mehrere in der ungarischen Historiografie als allgemeingültig angenommene Thesen bezüglich der ungarischen Nationalbewegung vom 19. Jh. oder der ungarischen Verfassungsgeschichte teilweise oder vollständig zu überprüfen. Er enthielt sich jedoch sowohl einer Idealisierung als auch Dämonisierung. P. hat keine komparativen Forschungen *par excellence* betrieben, hat aber die politischen Prozesse und Ideale in Ungarn stets durch Vergleiche mit den zeitgenössischen liberalen Theorien des Verfassungsrechts in Westeuropa interpretiert. Das Festhalten an präziser und konsequenter Analyse

<sup>1</sup> LÁSZLÓ PÉTER: Die Verfassungsentwicklung in Ungarn, in: ADAM WANDRUSZKA, HELMUT RUMPLER (Hrsg.): *Die Habsburgermonarchie. 1848-1918*. Bd. 7,1: Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, zentrale Repräsentativkörperschaften, Wien 2000, S. 239-540.

auf begriffsgeschichtlichem Gebiet, frei von nationaler Voreingenommenheit, konnte ihn davor bewahren, den *big national narratives* zu verfallen.

Budapest – Szeged

Ágnes Deák

**Dirk Mellies: Modernisierung in der Provinz?** Der Regierungsbezirk Stettin im 19. Jahrhundert. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 201.) Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2012. 380 S., graph. Darst. ISBN 978-3-525-37023-0. (€ 59,95.)

Pommern gehört nicht zu den bevorzugten Untersuchungsgebieten deutschsprachiger sozialgeschichtlicher Forschung zum gesellschaftlichen Wandel im 19. Jh. Dies lässt sich nicht zuletzt darauf zurückführen, dass ein Nachweis umfassender Strukturänderungen in Wirtschaft, Politik und Kultur für Pommern während dieses Zeitraums von vornherein als wenig aussichtsreich gelten konnte. Denn die Region wurde, abgesehen von der Großstadt Stettin, kaum von der Industrialisierung erfasst, ihre ländliche Wirtschaft blieb stark von Gutsbetrieben mit adligen Besitzern geprägt und die Bevölkerung wählte im Kaiserreich mehrheitlich konservativ. Auch der Umstand, dass ein Großteil des Quellenmaterials nur über Archive in Polen zugänglich ist, mag zur Randlage pommerscher Geschichte in der deutschsprachigen Forschung zum 19. Jh. beigetragen haben.

Umso erfreulicher ist es, dass Dirk Mellies sich in seiner Dissertationsschrift der Aufgabe gestellt hat, für einige gesellschaftliche Teilbereiche der Frage nach den Zeiträumen, dem Umfang und den Trägerschichten strukturellen Wandels in Pommern nachzugehen. Der Autor konzentriert sich dabei auf den Regierungsbezirk Stettin, der neben dem von der Gutswirtschaft geprägten Raum und einer Vielzahl kleiner Ackerbürgerstädte mit der Großstadt Stettin auch ein Entwicklungszentrum von überregionaler Bedeutung umfasst. Für dieses Untersuchungsgebiet werden nacheinander die Entwicklung des Schulwesens, der Ausbau der Infrastruktur und die Entfaltung von Öffentlichkeit sowie Vereinskultur zwischen 1815 und 1890 beschrieben. M. erörtert dabei die Veränderungen und ihre Protagonisten auf dem Lande, in den kleinen Städten und in der Großstadt Stettin jeweils in einzelnen Unterkapiteln. Die Arbeit stützt sich dabei auf umfangreiches Archivmaterial aus dem Staatsarchiv in Stettin (Archiwum Państwowe w Szczecinie), dem Geheimen Preußischen Staatsarchiv sowie dem Landesarchiv Greifswald und verweist wiederholt auch auf Ergebnisse der polnischen Forschungen zur Untersuchungsregion. Die Angabe polnischsprachiger Publikationen im Literaturverzeichnis hätte allerdings ein gründlicheres Lektorat verdient.

Das Fragezeichen im Buchtitel lässt angesichts der in den letzten Jahren zunehmenden Kritik an modernisierungstheoretischen Vorannahmen historischer Forschung zunächst eine kritische Auseinandersetzung mit dem Modernisierungskonzept am Beispiel der Untersuchungsregion vermuten und damit auch Fragen nach alternativen Erklärungsmodellen und Narrativen. Aber die neueren Diskussionen werden nur erwähnt, ohne dass konzeptionelle Konsequenzen gezogen würden. Die Frage im Titel bezieht sich letztlich nur darauf, ob sich in Pommern bis zu den 1880er Jahren überhaupt etwas in Richtung „Moderne“ verändert habe, und die Antwort lautet für alle drei Untersuchungsbereiche: ja, aber nur partiell. Mit „partieller Modernisierung“ ist dabei nicht im Sinne der Sonderwegsdebatte, von der M. sich abgrenzt, eine Beschränkung der Modernisierung auf die Wirtschaft unter Ausklammerung des Politischen gemeint, sondern die Unvollständigkeit des Prozesses, die sich in „Rückständigkeit“ gegenüber den westlichen Provinzen Preußens, an den fortbestehenden Stadt-Land-Unterschieden und an der konservativen Intention eines Großteils der Trägerschichten von Modernisierungsprozessen gezeigt habe. Deutlich tritt hier die Ausrichtung der Untersuchung an der Vorstellung eines Endziels der „Moderne“ hervor, das sich zunächst im Westen abgezeichnet habe, während sich im sowieso schon „rückständigen“ Osten erst mit Verspätung und durch rückwärtsgewandte soziale Gruppen wie den Adel gebremst ähnliche Entwicklungen abgezeichnet hätten. Für eine kritische Auseinan-



dersetzung mit dem Modernisierungsparadigma bleibt dabei ebenso wenig Raum wie für die Herausarbeitung eigenständiger Entwicklungswege der Untersuchungsregion.

Die teleologische Sicht schlägt sich deutlich in Kapitelüberschriften wie „Hebung des Schulwesens“ und „Entfaltung der Zivilgesellschaft“ (zu der – etwas überraschend – auch Konviktikelbildung, Hungerunruhen und Wahlbeteiligung gezählt werden) nieder. Entgegen der modernisierungstheoretisch inspirierten und auf den langfristigen Wandel fokussierten Argumentation des Autors sprechen die einzelnen von ihm vorgelegten Untersuchungsergebnisse aber eher dafür, das Einsetzen eigendynamischer Veränderungen in den untersuchten Feldern erst im letzten Drittel des 19. Jh. und damit am Ende des hier gewählten Untersuchungszeitraums zu verorten. Erst ab diesem Zeitpunkt lassen seine Befunde tatsächlich ein signifikantes Absinken der Analphabetenquote und ein Auftreten der Lehrerschaft als eigenständiger Akteur erkennen. Auch von einem stark wachsenden zivilgesellschaftlichen Engagement im engeren Sinne, das sich in einer breitgefächerten Vereinskultur niederschlug, kann erst ab diesem Zeitraum wirklich gesprochen werden, ebenso wie von einer Erschließung der ländlichen Regionen durch Straßen- und Kleinbahnbau. Diese späten Entwicklungen werfen aber gerade vor dem Hintergrund der in der Forschung intensiv geführten Debatten zu den Entwicklungspotenzialen, -perspektiven und -narrativen in anderen als „rückständig“ geltenden Regionen des östliche Europas einige Fragen auf: etwa danach, ob die Entwicklungen der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums adäquat erfasst werden, wenn sie als Vorgeschichte für eine erst später deutlich erkennbare Dynamik der Veränderungen interpretiert werden, und danach, welche Auswirkungen der Zeitpunkt, zu dem der beobachtete stark beschleunigte Wandel einsetzte, auf dessen Richtung, Perspektiven und Deutungen hatte. Die Erläuterung der Bemühungen verschiedener Akteure seit der Reformzeit und der von ihnen als defizitär wahrgenommenen Strukturbedingungen gibt auf solche Fragen nur sehr eingeschränkt Antworten.

Die im Detail äußerst interessanten Beobachtungen von M. verdichten sich so nicht zu einer grundlegenden Auseinandersetzung mit der Komplexität und den Paradoxien gesellschaftlichen Wandels, zumal die getrennte Darstellung von Land, Kleinstädten und Stettin einer Erörterung größerer Zusammenhänge und einem Einblick in die grundsätzliche Ausrichtung zeitgenössischer Programmatiken nicht förderlich ist. Bei allen konzeptionellen Bedenken bleibt aber dennoch festzuhalten, dass es M. gelungen ist, eine Vielzahl von interessanten Informationen zu gesellschaftlichen Entwicklungen des 19. Jh. in einer von der deutschsprachigen Forschung bisher eher vernachlässigten Region zusammenzutragen.

Halle

Karsten Holste

**Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts.** Bd. 10. Schwerpunkt: Jewish Participation in Municipal Self-Administrations in East-Central Europe. Hrsg. von Hanna Kozłowska-Witt und Marcos Silber. Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2011. 529 S., graph. Darst. ISBN 978-3-525-36937-1. (€ 71,95.)

Diese Rezension widmet sich einem der Schwerpunkte des zehnten Bandes des *Jahrbuchs des Simon-Dubnow-Instituts*. Auf rund zweihundert Seiten (S. 113-306) sind neun Beiträge einer im Mai 2009 in Leipzig veranstalteten Konferenz versammelt, die den jüdischen Anteil an der Lokalpolitik in Ostmitteleuropa zum Thema hatte. Für alle Forscherinnen und Forscher, die sich mit Stadtgeschichte beschäftigen, sind diese Beiträge wertvoll, da sie die Rolle von Juden im politischen Diskurs des östlichen Europas beleuchten. Im Gegensatz zu Westeuropa, wo der Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion auf der bürgerrechtlichen Integration aller Stadtbürger lag, zirkulierte man in Osteuropa viel stärker um die ethno-konfessionelle Dimension der Einbindung von Juden.

Zwar sind die meisten Beiträge für sich genommen sehr wertvoll, dennoch leidet dieser Stadtgeschichteschwerpunkt an den typischen Problemen von Sammelbänden. Die Breite der Themen reicht von der aktiven Beteiligung von jüdischen Abgeordneten an der Lokalpolitik über Analysen zur Berücksichtigung von Juden im Wahlrecht bis zum Kampf ge-

gen Antisemitismus. Es erfolgt jedoch keine Synthese oder das Erstellen gemeinsamer Muster, auch wenn sich die Hrsg. Hanna Kozińska-Witt und Marcos Silber bemühen, zwei Leitfragen herauszustreichen: Welche Gruppen von Juden waren überhaupt politisch repräsentiert? Was war der Inhalt der Arbeit jüdischer Stadträte? Als weitere allgemeine Analyseebene hätte sich die Etablierung demokratischer Gepflogenheiten in der Lokalpolitik angeboten, etwa die nur sehr unregelmäßig stattfindenden Lokalwahlen im Polen der Zwischenkriegszeit.

Auch der zeitliche und räumliche Rahmen läuft etwas auseinander. Der Untersuchungszeitraum reicht vom 19. Jh. bis zur Zwischenkriegszeit. So klug es ist, das Jahr 1918 nicht als absolute Scheidelinie zu nehmen, so gehen doch nur Silber, Waclaw Wierzbieniec und Gábor Schweitzer auf Kontinuitäten zwischen der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg ein. Die anderen Beiträge beschäftigen sich entweder mit dem Davor oder dem Danach.

Die Hrsg. legten bei der räumlichen Zusammenstellung der Artikel einen Schwerpunkt auf das Gebiet der Zweiten Polnischen Republik. So bleibt der ausgezeichnete Beitrag von Alexis Hofmeister zur Integration von Juden in die politischen und administrativen Strukturen der Stadt Odessa allein und lässt die Frage nach anderen Beispielen aus dem Zarenreich oder der Sowjetunion unbeantwortet. Auch der äußerst aufschlussreiche Beitrag von Schweitzer über die Versuche, in der Zwischenkriegszeit die seit 1870 bestehende starke Repräsentation von Juden in den ungarischen Gemeinderäten durch eine Verbreiterung des Wahlrechts zu reduzieren, passt nicht so recht zum räumlichen Schwerpunkt. Dasselbe gilt für Saulius Kaubrys Artikel zu Litauen in der Zwischenkriegszeit sowie für Albert Lichtblaus Beitrag über drei zionistische Abgeordnete im Wien der 1920er Jahre.

Den Kern dieses Stadtgeschichteschwerpunkts stellen also fünf Beiträge zur Partizipation von Juden in mehrheitlich polnischen Städten dar. Heidi Hein-Kircher beleuchtet die Entwicklung im habsburgischen Lemberg, geht allerdings auch auf die generellen Bestimmungen der Gemeindegesetzgebung in Galizien ein. Ihre Kernthese ist, dass es in Lemberg niemals zu einer vollständigen politischen und rechtlichen Integration der jüdischen Bevölkerung gekommen sei, sondern nur zu einer Einbeziehung der assimilierten jüdischen Oberschicht. Aber selbst diese war bei Fragen städtischen Eigentums nur teilweise mitspracheberechtigt, da die Stadt Lemberg kommunales Eigentum als „christliches Eigentum“ verstand. Besonders verdienstvoll ist, dass Hein-Kircher zeigt, dass selbst nach der bürgerlichen Gleichstellung der Juden durch die österreichische Verfassung von 1867 die Beschränkung der Anzahl jüdischer Abgeordneter im Lemberger Stadtstatut von 1870 rechtlich möglich war.

Wierzbieniec zeigt anhand der drei Städte Lemberg, Przemyśl und Rzeszów den Umgang mit dem galizischen Erbe in der Zwischenkriegszeit. Solange die Funktionsperiode der Gemeinderäte stets nur verlängert wurde – in Lemberg etwa fanden erst 1934 die ersten Wahlen seit 1913 statt –, dominierten Assimilierte und Religiöse die jüdische Repräsentanz in den Gemeinderäten. Nationaljüdische Abgeordnete bekamen häufig erst mit den Sanacja-Regierungen und den sogenannten „Nationalitätenblöcken“ aus Zionisten, ukrainischen Nationaldemokraten und regierungstreuen Polen mehr Gewicht.

Silber und Kozińska-Witt widmen ihre Beiträge der Stadt Warschau. Silber untersucht dabei die jüdisch-polnischen Aushandlungsprozesse unter deutscher Besatzung im Ersten Weltkrieg. Der Warschauer Stadtrat hatte in der zeitgenössischen polnischen Wahrnehmung die Aufgabe, nicht nur die Interessen der Stadt zu vertreten, sondern auch jene eines künftigen Polens. Daher vertraten selbst liberale polnische Politiker die Meinung, dass in einem solchen repräsentativen Gremium Juden nicht entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in Warschau 40 Prozent der Mandate erhalten dürften, sondern maximal 10 bis 15, was eher ihrem Anteil im gesamten Land entsprach. Dass die jüdische politische Elite dieser eklatanten Benachteiligung zustimmte, lag nicht nur an ihrer gesamtpolnischen Solida-

rität, sondern vor allem daran, dass sie an diesem Aushandlungsprozess beteiligt und somit als legitimer Verhandlungspartner anerkannt wurde.

Die Rolle der Juden im Warschauer Stadtparlament in der Zwischenkriegszeit beschreibt Kozińska-Witt. Sie unterstreicht den geringen Handlungsspielraum der Warschauer Kommunalpolitik, da die Stadt direkt dem durchaus interventionsfreudigen Innenministerium unterstellt war und nicht, wie alle andere Kommunen, den jeweiligen Woiwoden. Wenn auch stets ein Jude im Stadtpräsidium, also im kommunalen Exekutivorgan, vertreten war, so war auf Grund der starken Stellung der antisemitischen Rechtsparteien (vor allem der *Endecja*) die Verteidigung jüdischer Interessen schwierig.

Michał Trębacz erweitert die Perspektive um die politischen Strategien des Jüdischen Arbeiterbundes in der Industriestadt Łódź in der Zwischenkriegszeit. Mit rund 20 Prozent aller von Juden abgegebenen Stimmen war der Bund als Einzelakteur zu schwach. Durch Wahlabsprachen und später direkten Kooperationen mit polnischen und deutschen Sozialdemokraten erwies sich der Bund jedoch als durchaus erfolgreich bei der Durchsetzung von Klasseninteressen, v.a. in Bildungs- und Kulturangelegenheiten.

Abschließend lässt sich sagen, dass man nach der Lektüre des Schwerpunkts nicht unbedingt ein klareres Verständnis für die Partizipationsmuster von Juden in den lokalen Selbstverwaltungsorganen Ost(mittel)europas im Allgemeinen hat. Für die jeweiligen Stadtgeschichten sind die Einzelbeiträge jedoch von großem Wert.

Budapest

Börries Kuzmany

**Transforming Rural Societies.** Agrarian Property and Agrarianism in East Central Europe in the Nineteenth and Twentieth Centuries. (Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes, Bd. 2010.) Hrsg. von Dietmar Müller und Angela Harre. StudienVerl. Innsbruck 2011. 227 S. ISBN 978-3-7065-4950-9. (€ 29,90.)

Die Wirkung agraristischer Ideologien und Strategien und ihrer Überführung in Gesetze kann für die Geschichte Ostmitteleuropas im späten 19. und frühen 20. Jh. kaum hoch genug eingeschätzt werden. Zugleich lassen sich die Bedeutung der Überhöhung der Bauernschaft als Kern der Nation im ostmitteleuropäischen Nationalismus, die radikalen Bodenreformen nach dem Ersten Weltkrieg und die Bedeutung agraristischer politischer Eliten für die Etablierung autoritärer Herrschaft während der Zwischenkriegszeit nur in einem vergleichenden Überblick erfassen. Diesen zu liefern ist das Ziel des vorliegenden Bandes, der aus der Konferenz „Tradition and Modernity in East Central European Rural Societies“, die im Juni 2008 in Berlin stattfand, hervorgegangen ist.

Die Hrsg. des Bandes, Dietmar Müller und Angela Harre, deuten den Agrarismus als „Dritten Weg“ sowohl zwischen Faschismus und Kommunismus als auch zwischen Kapitalismus und Kollektivismus. Er habe seine Wurzeln in katholischer Sozialpolitik, russischer *Narodniki*-Bewegung und europäischer Romantik gehabt. Aufgrund der spezifischen Besitzverhältnisse und geringen Urbanisierung spielte der Agrarismus in Ostmitteleuropa zudem im Nationalismus des 19. und frühen 20. Jh. eine herausragende Rolle. Den Höhepunkt seiner politischen Bedeutung erreichte der Agrarismus in Ostmittel- und Südosteuropa in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, als Bauernparteien zu entscheidenden Machtfaktoren wurden und zur Durchsetzung teilweise radikaler Bodenreformen beitrugen. Mit der Durchsetzung autoritärer Herrschaft in der Region in der zweiten Hälfte der 1920er und in den 1930er Jahren sowie mit der Kollektivierung nach dem Zweiten Weltkrieg verlor der Agrarismus schließlich an Bedeutung.

Müller und Alina Bojinică beschreiben in ihrem Beitrag die juristische und geodätische Verwaltung von Landbesitz in Rumänien aus der Perspektive der Professionalisierungsforschung am Beispiel von Verwaltungs- und Bodenreformen des gesamten 20. Jh. Sie kommen dabei zu dem Ergebnis, dass die Landwirtschaft und der ländliche Raum in Rumänien bis heute als „Raum der Ignoranz, als Ort der Kapitalextaktion und als residuale Größe, die es zu penetrieren und in den Dienst von ideologischen Gesellschaftsprojekten

zu stellen gilt“ (S. 23), behandelt werde, was sich im Mangel an einem systematischen Kataster- und Grundbuchsystem widerspiegeln. Cornel Micu betont in seinem Artikel zu Kollektivierung und sozialem Wandel in Rumänien die Bedeutung von Traditionen der Gewaltausübung bei der Durchsetzung von Reformen im ländlichen Raum. Ebenfalls mit Rumänien befasst sich Traian Sandu in seinem Beitrag zur Entwicklung agraristischer Strategien durch den rumänischen Faschismus. Er kommt dabei zu dem Schluss, dass nicht zuletzt das Misslingen der Mobilisierung ländlicher Schichten durch den Faschismus zum Machtverlust der „Eisernen Garde“ 1938 geführt habe.

Da der Agrarismus als Ideologie nur in verhältnismäßig geringem Ausmaß kodifiziert wurde, sind seine Exponenten in der Historiografie bisher kaum untersucht worden. Insofern ist es umso erfreulicher, dass sich Katja Brusch Aleksandr V. Čajanov als Vordenker eines – zumindest vorgeblich – wissenschaftlichen Agrarismus widmet und dabei dessen modernistische Agenda betont. Jovica Luković beschreibt in seinem Beitrag zum linken Agrarismus in Jugoslawien die von Čajanov beeinflusste Gruppe für soziale und kulturelle Aktion (SKA) um Dragoljub Jovanović, die sich durch einen pragmatischen Zugang zum Agrarismus auszeichnete und so den Widerspruch zwischen einer sozialistischen Agrarpolitik und der Beibehaltung bäuerlichen Privateigentums aufzulösen versuchte.

Bezüglich des jugoslawischen Agrarismus in der Praxis kommt Srđan Milošević zu dem Schluss, im Königreich der Kroaten, Serben und Slowenen habe die Landreform nach dem Ersten Weltkrieg weniger eine Produktivitätssteigerung als vielmehr die Lösung sozialer und nationaler Probleme zum Ziel gehabt, wodurch sie zu einer „rein politischen Angelegenheit, anfällig für politische Manipulation und demagogischen Missbrauch“ (S. 59), geworden sei. Johan Eellend hingegen wertet die Formierung eines moderaten und progressiven Agrarismus in Estland vor dem Ersten Weltkrieg als Erfolg, weil er die positive wirtschaftliche Entwicklung des unabhängigen estnischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg entscheidend begünstigt habe.

Berücksichtigt man den ausgesprochen transnationalen Charakter des Agrarismus, dann überrascht es nicht, dass die vergleichenden Beiträge des Konferenzbandes zu den stärksten zählen. Stefan Dyroff untersucht die Wahrnehmung der ostmitteleuropäischen Landreformen in Westeuropa in der frühen Zwischenkriegszeit und beleuchtet die Rolle ethnischer Minderheiten in den neuen Staaten. Dabei hebt er zum einen die enge Bindung an revisionistische Diskurse hervor, zum anderen Strategien von Minderheiten, die Abhängigkeit ostmitteleuropäischer Staaten von Auslandskrediten zu nutzen, um die Gestalt der Landreformen zu beeinflussen. Fredrik Eriksson, Eellend und Piotr Wawrzenuk vergleichen die agraristische Presse in Estland, Galizien und Schweden für den Zeitraum 1890-1917 und stellen fest, dass in allen drei Regionen der Agrarismus Teil eines „gesamteuropäischen agrarischen Kontextes von Modernisierung und Rationalisierung“ (S. 179) gewesen sei. Zudem betonen die drei Autoren den transnationalen Charakter des Agrarismus anhand von „Prototypen“ agrarisch erfolgreicher Staaten (Dänemark, Finnland), des ähnlichen soziokulturellen Hintergrundes von Agraristen sowie deren intensiver Reisetätigkeit. Daniel Brett wiederum vergleicht den Agrarismus in den habsburgischen Teilen der heutigen Staaten Polen und Rumänien und kommt zu dem Schluss, der Agrarismus habe seinen Einfluss in Rumänien nach dem Zweiten Weltkrieg schlagartig an die Kommunisten verloren, während sich die Kommunistische Partei Polens zu Kompromissen mit der im Vergleich zu Rumänien deutlich älteren und einflussreicheren Bauernpartei gezwungen gesehen habe.

Der vorliegende Konferenzband stellt eine wertvolle Ergänzung zur leider noch immer dürftigen Forschungslage zum ostmitteleuropäischen Agrarismus dar. Schade ist lediglich, dass der Band, obwohl sich der Titel ausdrücklich auf Ostmitteleuropa bezieht, geografisch schlecht ausbalanciert ist und beispielsweise Lettland und Litauen, wo neben Estland nach dem Ersten Weltkrieg die wohl radikalsten Landreformen Europas durchgesetzt wurden, ausklammert. Das schmälert die Bedeutung des Buches nicht. Insbesondere die vergleichend angelegten Beiträge, die teils historische Brüche transzendieren, deuten das Poten-

zial an, das eine systematische Studie zu agraristischen Bewegungen und Landreformen in dieser Region Europas hätte. Insofern bietet *Transforming Rural Societies* zahlreiche wertvolle Anknüpfungspunkte für weitere transnationale Forschungen zum Agrarismus.

Birmingham

Klaus Richter

**Markéta Bartos Tautmanová: Eine Arena deutsch-tschechischer Kultur.** Das Prager Ständetheater 1846-1862. (Thalia Germanica, Bd. 14.) Lit. Berlin u.a. 2012. 400 S., 3 Ill. ISBN 978-3-643-11715-1. (€ 34,90.)

Historische Studien zum Theater bzw. zur Darstellenden Kunst erleben in jüngster Zeit nicht nur in den Theaterwissenschaften selbst, sondern vor allem auch in den Kultur- und Geschichtswissenschaften eine gewisse Konjunktur, wovon eine Reihe aktueller Monografien zeugt. Im Zentrum stehen dabei Fragen zu theaterpolitischen Entwicklungen, man findet aber auch Analysen zum organisatorisch-institutionellen Wandel sowie zur Entwicklung des Theatersystems.

Mit dem Vormärz setzt nun die Fallstudie von Markéta Bartos Tautmanová ein, die, ausgehend von der Kulturtransfertheorie am Beispiel des Prager Ständetheaters (Stavovské divadlo) die Beziehungen zwischen der deutsch- und der tschechischsprachigen Theaterkultur in dem bilingualen urbanen Umfeld Prags zwischen 1846 und 1862 untersucht. Dabei geht es um die Organisation der Bühne und der Machtstrukturen in einer Institution, die 1783 als Nostiz-Theater gegründet wurde und durch die Erfolge von Mozarts *Figaro* sowie der Uraufführung des *Don Giovanni* weltberühmt wurde. Die ursprüngliche Intention der böhmischen Stände, ein Bildungstheater mit aufklärerischem Auftrag zu verwirklichen, ließ sich offenbar immer weniger realisieren; das Theater geriet im Vormärz in eine Krise, die eine grundlegende Reform erforderlich machte. Die Stände entschieden sich zwar, das Theater in Eigenregie weiterzuführen, aber eben auch, Subventionen für den laufenden Betrieb bereitzustellen. Somit wurde in Prag 1846 das ältere Modell des Pachtsystems, bei dem ein Theaterunternehmer den Betrieb selbst zu finanzieren hatte und er für alle Defizite aufkam, von dem neuen Subventionsmodell abgelöst. Ferner führte man in diesem Jahr die Position eines Intendanten als Aufsichtsinstanz ein, wodurch offenbar eine Vereinfachung der organisatorischen Abläufe im Theater erzielt werden konnte. Die Vf. nimmt dann die Theaterpraxis, insbesondere die Spielplanpolitik, in den Blick, die durch die politischen und gesellschaftlichen Kontexte, die (bildungspolitischen) Ziele der Stände als Träger der Institution sowie die Erwartungen des Publikums beeinflusst wurde.

Kritisch anzumerken sind bei dieser durchaus verdienstvollen Studie allerdings die zum Teil irrelevanten Schilderungen von Details. Als ein Beispiel sei die umständliche Darstellung des Kartenkaufs genannt:

„Die Tageseintrittskarten kaufte man an der Theaterkasse, die von drei Kassierern und zwei Gehilfen betreut wurde. Der Tageskassierer besorgte den Verkauf der Eintrittskarten bis vier Uhr nachmittags, die restlichen Eintrittskarten wurden an den Abendkassierer übergeben, der mit seinem Gehilfen den Verkauf fortsetzte. Nach Kassenschluss übersandte der Abendkassierer die Tageseinnahmen samt den nicht verkauften Eintrittskarten versiegelt an die Direktionskanzlei. Beigefügt war stets auch ein Kassenabschlusszettel – ein vorgedrucktes Formular, in welches der Kassierer die jeweiligen Tagesergebnisse eintrug.“ (S. 81)

Hinzu kommen sachliche Ungenauigkeiten, wenn z.B. behauptet wird, „Nationalbewusstsein gab es erst seit 1848“ (S. 266), oder wenn mit Hinweis auf die Ereignisse von 1848 die Abschaffung der Leibeigenschaft (gemeint ist die Leibuntertänigkeit) konstatiert wird (S. 89). Schließlich wäre auch eine sehr schematische Übertragung des Kulturtransferkonzepts zu bemängeln, wodurch weiterführende Erkenntnisse leider verschenkt werden. Positiv hervorzuheben sind dagegen die Darstellung der aus den Quellen herausgearbeiteten Abläufe im Theateralltag sowie die Repertoire-Übersichten im Anhang, durch die

man einen genauen Überblick über das Theaterleben in Prag um die Mitte des 19. Jh. erhält. Die Koexistenz eines deutsch- und tschechischsprachigen Theaters in Prag wird ebenso deutlich wie die Separation mit der Gründung des tschechischen Interimstheaters als Vorstufe zum Nationaltheater, dem Národní divadlo, die auf die wechselseitige kulturelle Desintegration in Prag verweist.

Weimar – Jena

Steffen Höhne

**Anatol Schmied-Kowarzik: Unteilbar und untrennbar?** Die Verhandlungen zwischen Cisleithanien und Ungarn zum gescheiterten Wirtschaftsausgleich 1897. Studien-Verl. Innsbruck u.a. 2010. 402 S. ISBN 978-3-7065-4764-2. (€ 49,90.)

Der Ausgleich von 1867 rettete die Habsburgermonarchie aus einer elementaren Staatskrise, barg aber durch seine Ausgestaltung zahlreiche neue Konfliktpotenziale in sich. Schon die unterschiedlichen Haltungen zu der Frage, ob Österreich-Ungarn einen Staat oder ein Bündnis zweier Staaten darstellte, hatten durchaus weitreichende praktische Konsequenzen. Der Gang der alle zehn Jahre stattfindenden Verhandlungen, bei denen es um zentrale, teilweise aber auch sehr detaillierte wirtschafts- und finanzpolitische Regelungen ging, wurde eben nicht nur von Interessengegensätzen und den jeweiligen „innenpolitischen“ Hintergründen geprägt, sondern immer auch von grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Positionen beeinflusst. Nachdem sich Cisleithanien und Ungarn 1877 und 1887 noch über die wichtigsten Fragen einigen konnten, scheiterten die Ausgleichsverhandlungen des Jahres 1897. Bis 1907 wieder Einigkeit über einen neuen Ausgleich erzielt wurde, ist die Gültigkeit der bestehenden Regeln provisorisch um jeweils ein Jahr verlängert worden, was nicht nur die Labilität des Imperiums immer wieder in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit brachte und langfristige Investitionen in die Armee erschwerte, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt haben könnte.

Anatol Schmied-Kowarzik zeichnet im Hauptteil seiner 2001 in Wien verteidigten Dissertation die zwischen Oktober 1895 und Januar 1898 stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Regierungen über die Verlängerung des Zoll- und Handelsbündnisses und zwischen den Deputationen der Parlamente über die Aufteilung der für die gemeinsamen Angelegenheiten notwendigen Staatseinnahmen, die sogenannte Quote, nach. Sinnvoll ergänzt wird diese Darstellung durch eine Analyse wichtiger Debatten in den Parlamenten, in Wahlkämpfen, einem Teil der Publizistik sowie Stellungnahmen der Handels- und Gewerkekammern.

Insgesamt sah sich die cisleithanische Seite von den Verhandlungsergebnissen des Jahres 1896 zur Kontingentierung der Verzehrungssteuer, zur Umstrukturierung der Notenbank und zu den Regelungen über die Rückerstattung des Zollpreises, wenn importierte Rohstoffe weiterverarbeitet und exportiert werden – also dem sogenannten Mahlverkehr –, benachteiligt. Sie betonte daher gegenüber der ungarischen Seite und vor allem auch gegenüber der eigenen politischen Öffentlichkeit, dass sie im Gegenzug eine deutliche Veränderung der Quote, also eine stärkere Beteiligung Ungarns am gemeinsamen Haushalt erwarte. In dieser Frage konnten aber weder die offiziell verhandelnden Deputationen der beiden Parlamente noch die parallel miteinander korrespondierenden Regierungen einen Kompromiss erzielen. Nachdem außerdem der Reichsrat aufgrund der Obstruktionspolitik der deutschen Parteien faktisch handlungsunfähig geworden war und die ungarische Seite aufgrund entsprechender Formulierungen ihres Ausgleichsgesetzes darauf bestanden hatte, nur mit einem „konstitutionell verfassten“ Partner Verträge abschließen zu können, scheiterten die Ausgleichsverhandlungen insgesamt.

Auch wenn diese Zusammenhänge der historiografischen Forschung schon grundsätzlich bekannt waren, ist es ein Verdienst von Sch.-K., die komplexen Zusammenhänge und Eigendynamiken derartiger Junktims aufzuzeigen und die Praxis des die Politik der Habsburgermonarchie und insbesondere der cisleithanischen Reichshälfte generell prägenden Prinzips des „do ut des“ auf der Grundlage eines breiten Quellenstudiums zu schildern.

Dabei erfolgt eine gelungene Mischung aus Originaltexten und gut verständlichen Erläuterungen sowie in der Regel nachvollziehbaren Interpretationen. Wiederholungen ließen sich allerdings nicht ganz vermeiden.

In seiner Einleitung betont Sch.-K., dass die wirtschaftlichen Ausgleichsverhandlungen zwar den Gegenstand seiner Untersuchungen bilden, jedoch wirtschaftshistorische Zusammenhänge oder auch nur die wirtschaftspolitischen Konsequenzen nicht „im Mittelpunkt des Interesses“ stehen würden (S. 16 f.). Die Legitimität dieser Vorgehensweise ist durchaus fraglich, denn das Agieren von Ministern, Regierungsbeamten und Parlamentariern in Verhandlungen über Konsumsteuern, Zollpolitik oder die Kompetenzen einer zentralen Notenbank wurde durchaus auch von ökonomischen Interessen und Zielen, Lobbyismus, der Wahrnehmung sich verändernder weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen usw. beeinflusst. Dieser Umstand wird von Sch.-K. zwar generell beachtet, aber nicht annähernd so detailliert untersucht wie die macht-, verfassungs-, partei- und nationalitätenpolitischen Implikationen. Es wird nur am Rande diskutiert, in welchem Maße das Scheitern der Ausgleichsverhandlungen von 1897 nicht nur auf politische Konstellationen, sondern auch auf das Nachlassen der Überzeugung von der Nützlichkeit des Zoll- und Handelsbündnisses zurückgeführt werden kann. Wenn man aber die These vertritt, dass „die Deutschen Cisleithaniens [...] ihre nationalen über die wirtschaftlichen Interessen“ stellten (S. 313), und konstatiert, dass beide Seiten bereit waren, „für kleine Vorteile oder nationale Fragen die Wirtschaftsgemeinschaft in Gefahr zu bringen“ (S. 315), dann muss man auch die Wahrnehmung von Wirtschaftsinteressen und Wirtschaftsgemeinschaft in die Betrachtung einbeziehen.

Im Anhang finden sich einige interessante Quellen zum Thema. Kritisch muss jedoch angemerkt werden, dass Sch.-K. – mit Ausnahme von drei eigenen Aufsätzen – die nach 2000 erschienene Literatur, also etwa die Studie von György Kövér und Ágnes Pogány über die Österreichisch-Ungarische Bank aus dem Jahre 2002<sup>1</sup>, nicht berücksichtigt hat.

Leipzig

Uwe Müller

<sup>1</sup> GYÖRGY KÖVÉR, ÁGNES POGÁNY: Die binationale Bank einer multinationalen Monarchie. Die Österreichisch-Ungarische Bank (1878-1922), Stuttgart 2002.

**A Pragmatic Alliance.** Jewish-Lithuanian Political Cooperation at the Beginning of the 20<sup>th</sup> Century. Hrsg. von Vladas Sirutavičius und Darius Staliūnas. CEU Press. Budapest – New York 2011. 274 S. ISBN 978-615-5053-17-7. (€ 41,99.)

It is always difficult to discuss interethnic relations between neighbouring groups, especially when they adhere to different traditions, religions and worldviews in general. Even more complicated is to start such a discussion while trying to overcome the long-established ethnocentric historiographical traditions which more often than not tend to interpret, construct and present the past from a “nationally autistic” (in a manner of speaking) point of view: the prevalent ideologies drive the interpretations thus establishing the dominant narratives. Naturally, there are also attempts to find grounds for a common inter-historiographical discourse and the reviewed collection of articles undoubtedly serves as one of such examples.

The purpose of the book is to present political relations between the two national intelligentsias from the middle of the 19<sup>th</sup> century until the mid-1920s. As Vladas Sirutavičius and Darius Staliūnas, the editors of the collection, indicate, this is a pioneering attempt to intertwine the two – Jewish and Lithuanian – historiographical traditions. Although the book is a collection of articles, the compilation is designed with a clear-cut thematic and chronological structure, where the articles interconnect and complement each other. Moreover, the introductory chapter by the editors serves as the cornerstone for the whole narrative, thus providing well-balanced context for the less familiar readers high-

lighting the essential points that are discussed throughout the book. This in turn gives an impression of a rather organic study.

The articles establish the path towards the building of the Jewish-Lithuanian political cooperation. The imperial period contains topics, such as the place of the Lithuanians and the Jews in the Russian empire, the intentions of the Lithuanians regarding the future status of their neighbours within the projected Lithuanian autonomy, the visions of the Jewish political elites regarding the future of their own imagined multi-ethnic country, and the cooperation and confrontation that these political plans caused prior to 1914. Moreover, the importance of the “others” – the Poles or the so-called “Polish factor” and the German military administration – before and during the First World War is analysed. The final chapters cast a look into the early years of the 1920s and the collaborations and problems that the Jewish and Lithuanian politicians were facing in the newly established Lithuanian Republic as well as the specificities of political life within the Polish-controlled Vilnius region.

Among the many topics raised in the articles, one of the main threads stretching throughout the book is the territorial issue. The multiethnicity, multiculturalism and historical significance of the city of Vilnius and its region created numerous dilemmas and conflicts among the national political elites. For example, the insistence of the Lithuanians on having their national territory measured according to ethnographic rather than ethnic criteria (which made the territory bigger, but ethnically much more heterogeneous) was almost solely due to the need of having Vilnius within the projected Lithuania, even though the percentage of Lithuanian-speakers there was very low (only around 2 per cent according to the all-imperial census of 1897; the numbers did not change much until 1918). The Jews, on the other hand, had a very strong presence in the city (40 per cent in 1897), as well as in other urban (as opposed to rural) areas countrywide. During the imperial period and contrary to other nationally organised political groups, most of the Jewish political agenda did not involve the appropriation of one or another territory. They were more concerned in preserving the integrity of the multi-ethnic empire, thus defending peaceful cohabitation between different nations and cultures. From this perspective, local Jews, as the extra-territorial nation, were obvious political allies, especially the Zionists, whose focus was mainly on the emigration and support of the future Palestine. However, young Lithuanian nationalism, traditional conservatism and moderate xenophobia together with the gradually growing economic anti-Semitism hindered closer cooperation. Nevertheless, the resistance against the stronger national, cultural and political opponents such as the imperial Russian administration and nationalistically inclined Polish elites, opened doors for a broader Jewish-Lithuanian dialogue on certain issues, namely the political counterbalancing of the increasing Polish influence and in relation to that establishing stronger coalition during the elections to the imperial Dumas after 1905. As is rather convincingly demonstrated, the lack of trust between the Jewish and Lithuanian national elites was suppressed during times of need, hence the building of a variety of temporary alliances based on pragmatic reasons.

At the end of the study, one also finds several interesting translated documents from Israeli, Lithuanian and Ukrainian archives. Again the intention is to provide first hand complementary material by further exemplifying the cases that are discussed in the articles thus disclosing the dynamics of the alliance building.

This book is to be highly recommended to everyone interested in the topics of interethnic and ethno-political relations in the late Russian empire and Eastern Europe in general. In parallel, the collective study presents and discusses specific cases that demonstrate the approaches to the complex interethnic and intercultural issues as they manifested themselves in this region in the early 20<sup>th</sup> century. The formation of pragmatically-based alliances and the search for compromise that Jewish and Lithuanian politicians were trying to build their coexistence upon, is a reminder of the similar situations that one can observe even today.

Vilnius

Vytautas Petronis



**Annemarie Sammartino: *The Impossible Border.*** Germany and the East, 1914-1922. Cornell Univ. Press. Ithaca/NY u.a. 2010. XIV, 232 S., Ill., Kt. ISBN 978-0-8014-4863-8.

Annemarie Sammartino widmet sich in ihrem Buch der deutschen Ostgrenze in den Jahren 1914 bis 1922. Am Beispiel einer der umstrittensten Grenzen der Zwischenkriegszeit beleuchtet sie so die mit den Grenzfestsetzungsprozessen der unmittelbaren Nachkriegszeit einhergehenden Konfliktherde, die die neue deutsche Ostgrenze zu einer „impossible border“ werden ließen. Damit verbindet ihre Studie unterschiedliche Interessenschwerpunkte, die die gegenwärtige Forschung zur unmittelbaren Nachkriegszeit des Ersten Weltkriegs in Ostmitteleuropa prägen: Territorialität in ethnisch gemischten Gebieten, Gewalt, Migrationsbewegungen und die Hinterfragung und Rekonzeptualisierung von Staat und Staatlichkeit.

S. beginnt ihre Studie mit der These einer „Crisis of Sovereignty“ (S. 3), die sie sowohl Deutschland als auch Europa bescheinigt. Die Gründe dieser Krise lägen in einem instabilen Verhältnis zwischen dem Staat und dem durch ihn kontrollierten Territorium, einer grundsätzlichen Instabilität von Grenzen, einer tiefen politischen Zerrissenheit, die sich nach 1918 entlud, und einer zunehmenden Berufung auf die Größe „Volk“ als Legitimationsquelle sowohl für als auch gegen den Staat auf beiden Seiten des politischen Spektrums. Vor allem jedoch in den Migrationsbewegungen der Kriegsjahre und der unmittelbaren Nachkriegszeit, die eine „world historical“ (S. 2) Dimension angenommen hätten, sieht sie Ursache und Symptom dieser Krise zugleich, da die Migrationsbewegungen die in Europa vorherrschende imaginierte Einheit zwischen Nation, Staat und Territorium erschütterten hätten. Die deutsche Ostgrenze stand im Zentrum dieser Migrationsbewegungen. Die hohe Mobilität der Bevölkerung, folgert S., forderte die Integrität des deutschen Staates in besonderer Weise heraus; die deutsche Ostgrenze entwickelte sich auf diese Weise sowohl zum Symbol als auch zum Symptom dieser Krise.

Die in der Einführung entworfene These handelt die Autorin in acht Kapiteln ab. Im ersten Kapitel untersucht sie die unmittelbare Vorkriegszeit und die Kriegsjahre. Im Mittelpunkt stehen die Debatten um die deutsche Staatsangehörigkeit im Kontext des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913, die deutsche Kriegseuphorie und die territorialen Zugewinne des deutschen Staates im Osten während der Kriegsjahre. Diese Etappen werden kursorisch und im Zusammenhang mit den deutschen Debatten über die Auslandsdeutschen und den Bemühungen, vor allem von Seiten der Alldeutschen, sie im Sinne einer Ausweitung des deutschen Staatsterritoriums zu instrumentalisieren, beleuchtet. Das Kapitel verdeutlicht, wie die deutsche Migrationspolitik und die Einstellung gegenüber den Auslandsdeutschen die sinnvolle Ausgestaltung der deutschen Ostgrenze zu einem unmöglichen Projekt werden ließ: Sie sollte offen sein für die Unterstützung der Auslandsdeutschen und deutsche Expansionsbestrebungen und gleichzeitig verschlossen für ungewünschte Immigranten aus dem Osten (Slawen, Ostjuden). In Kapitel 2 und 3 behandelt S. zwei gescheiterte deutsche Siedlungsbestrebungen im Osten in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Freikorps und die Bewegung Ansiedlung Ost. Trotz eines sehr unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergrundes wurde der Osten von beiden als Ort der Freiheit imaginiert. Für die Freikorps-Kampagne in Lettland waren eine rückwärtsgewandte Sehnsucht nach der verlorenen deutschen Hegemonialstellung im Baltikum und das Versprechen der lettischen Regierung, jedem Freikorps-Mitglied die lettische Staatsbürgerschaft und Siedlungsland zur Verfügung zu stellen, Motivation für das Weiterkämpfen auch nach der deutschen Niederlage. Wie S. größtenteils anhand von Memoiren ehemaliger Freikorpsangehöriger nachzeichnet, war die Kampagne von Gewalteskalationen gekennzeichnet. Dabei hätten sich die Freikorpsmitglieder von einem deutschen Staat distanziert, der sich ihrer Ansicht nach als unwürdig entpuppte, da er die Bedingungen des Friedensvertrags von Versailles akzeptierte. Gleichzeitig imaginierten sie sich zu einer „apotheosis of German identity and its limit“. Indem sie den deutschen Staat und seine Grenzen überwandten, seien sie selbst zur Grenze geworden, zu einem letzten Vorposten eines deutschen Geistes „that had been failed by the state“ (S. 63). Währenddessen strebten die über-

wiegend aus Industriearbeitern bestehenden Mitglieder von Ansiedlung Ost eine industrielle Siedlung in Russland an, die ihnen in Deutschland verwehrt geblieben war. Die Siedlungspläne waren von utopischen Vorstellungen überblendet, die mit der russischen Realität nichts gemein hatten. Das russische Volk galt als rückständig, während die deutschen Arbeiter sich als Boten deutscher Arbeitskultur und -organisation verstanden. Das Scheitern der industriellen Utopie von Ansiedlung Ost führte zu einer Frustration ihrer Mitglieder mit dem Osten und oftmals auch zu einer Hinwendung zu nationalistisch-chauvinistischem Gedankengut. Kapitel 2 und 3 machen deutlich, dass für beide Gruppen die poröse Grenze im Osten eine Möglichkeit bedeutete, den frustrierenden Zuständen in Deutschland zu entkommen. Die Überwindung des deutschen Staates stand dabei in beiden Fällen nicht diametral zu ihrer deutschen Identität, vielmehr scheint gerade die Loslösung vom deutschen Staat mit einer besonderen Kultivierung ihres deutschen Charakters verbunden gewesen zu sein.

In Kapitel 4 und 5 wird die deutsche Ostgrenze unter dem Blickwinkel der Flüchtlingsströme nach Deutschland betrachtet. Kapitel 4 widmet sich den Flüchtlingen aus den an Polen abgetretenen Gebieten und kontrastiert diese mit den ethnisch Deutschen aus dem Baltikum und den Wolgadeutschen. Die Flüchtlinge unterminierten die deutschen Ansprüche auf die abgetretenen Territorien, gleichzeitig beförderten sie eine weitere Zuspitzung der sozialen Situation im Deutschen Reich. Die Autorin zeichnet in diesem Kapitel überzeugend nach, wie die deutschen Behörden die Hilfsbedürftigkeit der Flüchtlinge zu definieren und zu klassifizieren versuchten, um so die poröse Grenze für den Flüchtlingsstrom zu schließen. Hierzu unterschieden sie bei der Gewährung von Beihilfen zwischen ethnisch Deutschen und deutschen Staatsangehörigen polnischer Herkunft aus der Zeit des Kaiserreichs. Dabei wird deutlich, dass die staatlichen Stellen Deutschum immer stärker völkisch definierten. Spätestens nach der Volksabstimmung in Oberschlesien wurde die Flüchtlingshilfe allmählich durch eine umfassende Unterstützung der *in* Polen lebenden Deutschen abgelöst. In Kapitel 5 stellt S. schließlich das grundsätzliche Problem der Kontrolle der grenzüberschreitenden Flüchtlingsströme in den Vordergrund. Trotz aller Versuche schaffte der deutsche Staat es nicht, die Ostgrenze zu kontrollieren. Vor allem die Ostjuden wurden zum Symbol für die ungewollten Flüchtlinge, was antisemitische Stereotypen in der deutschen Bevölkerung beförderte. Während Kapitel 4 und 5 einen ethnischen Blickwinkel auf das Problempaar Immigration/Grenze einnehmen (S. 137), konzentriert sich S. in Kapitel 6 auf die politisch-ideologische Gefahr aus dem Osten, den Bolschewismus. Da diese Gefahr nicht auf einer ethnischen Grundlage beruhte – in Deutschland internierte russische Kriegsgefangene konnten ebenso Träger des Bolschewismus sein wie Deutsche, und ein Übergreifen des Bolschewismus war in beide Richtungen möglich –, konnte ihr nicht einfach nur mit einer verbesserten Kontrolle der Kriegsgefangenenlager begegnet werden. Es musste jeglicher Kontakt zwischen Anhängern und Nichtanhängern des Bolschewismus vermieden werden. Hier wurde also eine symbolisch-ideologische Grenze kontrolliert.

Die letzten beiden Kapitel beschäftigen sich mit der Naturalisierungs- und Staatsbürgerschaftsgesetzgebung und ihrer praktischen Anwendung, ergänzt durch ein allgemeines Bild der deutschen Einstellungen gegenüber Flüchtlingen aus dem Osten, namentlich russischen Emigranten und Ostjuden. Die Debatten um Naturalisierung und Staatsbürgerschaft, so S., hätten als symbolisches Aushandlungsfeld für die Bedeutungen und Definitionen der deutschen Nation durch die Behörden fungiert und gleichzeitig als symbolische Kompensation für die Unfähigkeit des deutschen Staates, die Flüchtlingsströme über die Ostgrenze zu kontrollieren. Bei den Naturalisierungspraktiken kristallisierte sich eine Konkurrenz zwischen einer ethnischen Definition von Deutschum und kulturellen Faktoren heraus. Die deutsche Staatsbürgerschaft sei nur den wenigsten Ausländern gewährt worden. Die meisten von ihnen konnten zwar auf deutschem Staatsterritorium verbleiben, der Zugang zur deutschen „national community“ wurde ihnen jedoch verwehrt (S. 170). In der öffentlichen Wahrnehmung kam es dabei zu einer bemerkenswerten Zweiteilung der Flüchtlings-

gruppen. Während man den Ostjuden größtenteils mit einer zunehmenden Feindlichkeit und Stereotypisierung begegnete, wurden die russischen Emigranten als Teil einer „Schicksalsgemeinschaft“ empfunden.

S. bietet eine kompakte und lesenswerte Studie über den Themenkomplex „Migration/Gewalt/Ostgrenze/Osten“ für die Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Die Arbeit ist auf einen breiten Korpus von Archivalien gestützt, lässt jedoch eine umfassendere theoretische Annäherung an „Grenze“ vermissen. Die Autorin eröffnet einen neuen Blick auf die deutsche Ostgrenze für eine Zeitperiode, die in der Historiografie überwiegend hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenzstreitigkeiten und der deutschen Grenzrevision abgehandelt worden ist. Besondere Stärke gewinnt ihre Arbeit immer dann, wenn S. die in der Historiografie bereits herausgearbeitete deutsche Imagination des Ostens<sup>1</sup> um neue Aspekte ergänzen kann, so etwa in Kapitel 3. Damit leistet sie nicht nur einen Beitrag zu der Forschung über das deutsche Verhältnis zum europäischen Osten, sondern beleuchtet anhand der „unmöglichen Ostgrenze“ auch die vorherrschenden Konzepte der deutschen *imagined community* zu einem Zeitpunkt, als das deutsche territoriale Selbstverständnis zutiefst erschüttert wurde.

Marburg

Agnes Laba

<sup>1</sup> VEJAS GABRIEL LIULEVICIUS: *War Land on the Eastern Front. Culture, Identity, and German Occupation in World War I*, Cambridge 2000; GREGOR THUM (Hrsg.): *Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006; WOLFGANG WIPPERMANN: *Die Deutschen und der Osten. Feindbild und Traumland*, Darmstadt 2007.

**Lutz Raphael: Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation.** Europa 1914-1945. Beck. München 2011. 319 S., Ill., Kt. ISBN 978-3-406-62352-3. (€ 14,95.)

Der im Jahr 2013 mit einem Leibniz-Preis geehrte Trierer Historiker Lutz Raphael vertritt die Auffassung, dass der Durchbruch der Nation „zum primären politischen und kulturellen Bezugspunkt für die wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen“ im Zeitalter der beiden Weltkriege erfolgt sei. Die Mobilisierung der Nationen habe dazu geführt, dass sich bis zur Mitte des 20. Jh. sprachlich und kulturell überaus „homogene Nationalstaaten“ herausgebildet hätten (S. 17).

Die Nationalgeschichten souverän übergreifende Gesamtschau Europas ist in sieben Kapitel und einen Epilog gegliedert. Im ersten Kapitel beschreibt R. Europa als Zentrum mehrerer weltumspannender Imperien um 1900, deren Verfassungen, Gesellschaften und religiöse Zusammensetzung erhebliche Unterschiede aufwiesen. Im folgenden Abschnitt steht der Erste Weltkrieg mit seinen Folgen im Mittelpunkt, wobei nicht nur die Front in Frankreich und Belgien, sondern auch die Balkankriege von 1912/13, die Kriegsschauplätze in Osteuropa, der Massenmord an der armenischen Zivilbevölkerung und die Vertreibungen nach dem griechisch-türkischen Krieg in den Blick genommen werden. Nach über einem Jahrzehnt sei 1923 wieder das erste Friedensjahr in Europa gewesen. Der totale Krieg habe den Nationalismus radikalisiert und in den dafür besonders anfälligen politischen Lagern „Machtphantasien“ zur Blüte gebracht, die sich (weiterhin) verhängnisvoll auswirken sollten. Der auf Osteuropa gerichtete deutsche Expansionismus war demnach eine mittelbare Folge der dort zwischen 1917 und 1919 ausgreifenden Besatzungsherrschaft der Mittelmächte (S. 47). Später wirkte insbesondere der Totenkult in Deutschland als Katalysator für den ersehnten siegreichen Revanchekrieg, zumal die Niederlage kollektiv verdrängt worden sei.

Der dritte Abschnitt thematisiert „Demokratie und Nation unter Dauerbelastung“, der manche Gesellschaften besser (wie etwa die tschechoslowakische), andere mit weniger Erfolg (wie etwa die polnische) standhielten. Sodann werden kulturelle Veränderungen nachgezeichnet, darunter auch eugenische und rassenhygienische Initiativen, ehe – in der Mitte

des Bandes – die Weltwirtschaftskrise und ihre verheerenden Auswirkungen die „Wetterscheide“ (S. 166) des Raphaelschen Narrativs bilden. Danach schlug die Stunde der Diktatoren: Neun weitere europäische Staaten beriefen solche Machthaber bis 1939. Doch nur wenige entwarfen „Modelle radikaler Neuordnung“ (S. 186) – und versuchten, diese auch zu verwirklichen. Dabei sei die Konjunktur der autoritären Herrschaft durch das „Gedankengut des Weltkriegsnationalismus“ begünstigt worden, denn dieser habe „Nationalstolz, defensiven Patriotismus, Chauvinismus und Xenophobie zu einem gefährlichen Cocktail zusammengemischt, der [...] als aggressionsbereiter Nationalismus fortwirkte“ und „über das rechtsnationalistische Lager“ weit hinaus gereicht habe (S. 194).

Im siebten und letzten Kapitel beschreibt R. vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs imperiale Expansionen, Besatzungsherrschaften und Völkermorde wie auch Gegenreaktionen darauf in Form von Widerstand bzw. Untergrundarbeit – und schließlich die Überwindung der Aggressoren durch die Befreiung Europas von Nationalsozialismus und Faschismus. In diesem Zusammenhang würdigt der Vf. aber auch – einmal mehr – die Gewaltverfahrungen der ostmitteleuropäischen Nationen, die ihnen seit dem sowjetischen Einmarsch und der Besetzung ihres Landes 1944/45 abermals zugemutet wurden. Anders als die Verfasser von früheren Darstellungen, die sich auf die großen Staaten konzentrierten, berücksichtigt R. die Entwicklungen in Ostmitteleuropa an zahllosen Stellen mit (dies zeigt schon ein kurzer Blick in das Register am Ende des Bandes). Die hohen Zukunftserwartungen und großartigen Sozialutopien der Vorkriegsjahre gerannen hier bei Kriegsende lediglich zu einem – von außen aufgezwungenen – Realsozialismus sowjetischer Prägung, in dem das national(istisch)e Element konform kanalisiert wurde.

Es steht zu erwarten, dass dieses Buch in Lehre und Unterricht künftig häufig verwendet werden wird. Sinnvoll wäre dies jedenfalls nicht nur deswegen, weil R. sich auf überzeugende Weise auf wesentliche Sachverhalte, kurze zusammenfassende Literaturhinweise und die Datenchronologie im Anhang beschränkt, sondern weil seine innovative gesamt-europäische Übersicht durchweg gut lesbar ist. Etwas verwirrend erscheinen mir lediglich die unterschiedlichen Angaben zu den Opferzahlen deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg (S. 250 f., 261). Auch finde ich, dass es weiterhin nicht angebracht sein sollte, einer platten Gleichmacherei von Kriegstreibern (Tätern) und Opfern der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik Vorschub zu leisten, wie es im Klappentext geschieht, in dem es heißt, zwischen 1914 und 1945 seien „Millionen Europäer [...] ums Leben [gekommen], in den Schlachten der Weltkriege, im Holocaust, im Bombenhagel“.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

**Sebastian Rimestad: The Challenges of Modernity to the Orthodox Church in Estonia and Latvia (1917-1940.)** (Erfurter Studien zur Kulturgeschichte des orthodoxen Christentums, Bd. 6.) Lang, Frankfurt am Main u.a. 2012. 333 S., Kt., Tab. ISBN 978-3-631-62437-1. (€ 59,95.)

In den letzten 20 Jahren sind in Lettland und Estland einige Arbeiten erschienen, die die Geschichte der orthodoxen Kirchen in diesen Ländern beleuchten. Unter diesen findet man jedoch kaum Werke, die sich mit der Zeit der staatlichen Unabhängigkeit 1918-1940 beschäftigen. Außerdem sind die meisten Veröffentlichungen, was die methodische Herangehensweise betrifft, in der traditionellen Kirchengeschichte verfangen. Kaum einmal wird die Kirche in dem politischen und sozialen Kontext der Zeit betrachtet. Die Arbeit von Sebastian Rimestad stellt den gelungenen Versuch dar, diese Tendenzen zu überwinden und die orthodoxen Kirchen Estlands und Lettlands hinsichtlich des oben genannten Zeitraums interdisziplinär – mit religions-, politik-, geschichts- und kommunikationswissenschaftlichen Methoden sowie mit Hilfe der Soziologie und Theologie – zu betrachten. Seine religionswissenschaftliche Dissertation ist 2011 an der Universität Erfurt unter der Betreuung von Vasilios Makrides entstanden.

Das Buch stellt die Auseinandersetzung der orthodoxen Esten und Letten mit den Herausforderungen der Moderne im frühen 20. Jh. dar. In dieser Zeit änderte sich die Stellung der orthodoxen Kirche durch die politische Umwälzung, den Zusammenbruch des Russischen Reiches und die Gründung der Nationalstaaten wesentlich. Der Vf. analysiert den Diskurs des orthodoxen Christentums und seine Bezüge zur Nationsbildung der Esten und Letten. Eines der Hauptziele der Arbeit besteht darin zu zeigen, wie die orthodoxen Kirchen in Estland und Lettland den Herausforderungen der Moderne begegneten (S. 50). Die Arbeit ist auf der Basis gedruckter Quellen verfasst, dabei handelt es sich um orthodoxe Periodika und andere zeitgenössische Publizistik über die orthodoxe Kirche, die laut R. eine präzise Abbildung der sozialen und politischen Kontexte der Zeit vermitteln.

Im ersten Teil „Modernity and Orthodox Christianity“ werden die theoretischen Grundlagen dargestellt. Besonders dem Begriff der Moderne wird viel Aufmerksamkeit gewidmet. Sie wird vom Vf. nicht als historische Epoche, sondern, in Anlehnung an Jim George, als „a complex set of interpretive practices“ bzw. als Art und Weise, wie man die Beziehungen zur Welt aufbaut, verstanden (S. 23). Dem Vf. geht es dementsprechend nicht um die Modernisierung der orthodoxen Kirche selbst, sondern um ihre Reaktion auf den Kontext der gesellschaftlichen Modernisierung. Ferner werden die Herausforderungen der Moderne für die orthodoxe Kirche in Osteuropa im Allgemeinen dargestellt, wobei R. ausführlich die Zusammenhänge zwischen modernen Ideologien und Identität erklärt. Als Beispiele für die Reaktion der Kirche auf die Herausforderungen der Moderne werden einleitend die orthodoxe Kirche des Balkans sowie die russische orthodoxe Kirche vor dem Ersten Weltkrieg dargestellt.

Die Hauptkapitel des Werkes sind den jeweiligen Herausforderungen der Moderne an die Kirche gewidmet. Im zweiten Kapitel „Orthodox Church Structures“, das R. den diesbezüglichen Problemen, die aus der neuen geopolitischen Situation in beiden Ländern erwachsen, widmet, macht der Autor deutlich, wie es zu den unterschiedlichen Anpassungsformen und strukturellen Lösungen in beiden Staaten kommen konnte. So wechselte die estnische orthodoxe Kirche schon in den 1920er Jahren vom Moskauer zum Ökumenischen Patriarchat. Auch die Hintergründe des späteren Wechsels der lettischen orthodoxen Kirche zum Patriarchen von Konstantinopel, der auf Druck der autoritären Regierung erfolgte, werden vom Vf. vorzüglich analysiert und dargestellt. Dabei geht er auch auf die ethnische Komponente beider Kirchen ein und zeigt die Meinungsverschiedenheiten der estnischen bzw. lettischen orthodoxen Gläubigen und ihrer russischen Glaubensbrüder bezüglich der kanonischen Organisation auf.

Im dritten Kapitel „Orthodox Baltic Identity: Language and Tradition“ beschäftigt sich R. mit den Bestrebungen, die Orthodoxie zu estnisieren bzw. zu lettisieren, diese als Element des Estnischen bzw. des Lettischen zu begreifen. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass zu diesem Zweck einige traditionell lutherische Elemente – wie der Gemeindegesang während des Gottesdienstes – benutzt wurden und besonders in der estnischen Kirche weit verbreitet waren. Die Widersprüche, die sich zwischen den russischen und estnischen bzw. lettischen orthodoxen Gemeinden besonders in der Kalenderfrage manifestierten, werden in diesem Kapitel mit treffenden Zitaten veranschaulicht. Das Unterkapitel „External Dimension“ handelt von dem Selbstverständnis der orthodoxen Kirche in einer von Lutheranern dominierten Gesellschaft, aber auch von dem Verhältnis gegenüber den anderen Religionsgemeinschaften und der säkularen Umwelt.

Das vierte und letzte Kapitel „Orthodox Baltic Historiography“ widmet sich der Darstellung der historischen Rolle der orthodoxen Kirche in Estland und Lettland. Dabei zeigt R., wie die jeweiligen Machtverhältnisse in dieser Region auch die historischen Narrative beeinflussten. So verbreitete die deutschbaltische Historiografie die Ansicht, dass die orthodoxen Gläubigen im Allgemeinen über ein niedrigeres intellektuelles Niveau verfügten und die orthodoxe Kirche stets ein Instrument der Russifizierung gewesen sei. Dagegen vertrat die russische Seite den Standpunkt, dass die Orthodoxie die erste Form des Christentums noch vor dem Erscheinen der ersten deutschen Missionare im 12. Jh. im

Baltikum gewesen sei, die dann von den Deutschen mit Gewalt verdrängt worden sei. Die Aufgabe der neuen, nationalen Historiografie der Zwischenkriegszeit war es demnach gewesen, einen Mittelweg zu finden, um die Vorstellung von der Orthodoxie als „russischem Glauben“ zu überwinden. Der Vf. analysiert hierzu einige (populär)wissenschaftliche Werke aus dieser Zeit.

Das Werk von R. ist die erste Studie, die sich gezielt den Nationalisierungstendenzen der Orthodoxen Kirche in Estland und Lettland widmet. Der Vf. benutzt in seiner Arbeit überwiegend lettische und estnische Quellen. Umso wertvoller ist es für die Forschung, dass die Veröffentlichung englischsprachig ist. Dadurch wird allen Interessenten der Blick auf eine unbekannte Seite der baltischen Geschichte eröffnet. Umso bedauerlicher ist der unaufmerksame Umgang des Autors mit der historischen Terminologie und historischen Fakten. So bezeichnet er die Regime, die sich 1934 in Estland und Lettland etablierten und von der allgemeinen Forschung als unumstritten autoritär charakterisiert werden<sup>1</sup>, als „quasi-authoritarian“ (S. 271), woran auch seine Formulierung „the end of liberal order in 1940“ (S. 57) anknüpft. Dass die Herausgabe der orthodoxen Zeitschriften in Estland und Lettland 1940 eingestellt wurde, erklärt R. mit dem Krieg (S. 55 f.), obwohl es eigentlich im Zuge der sowjetischen Besatzung der baltischen Republiken und dem hieraus resultierenden allgemeinen Verbot der freien Presse geschah. Was den wissenschaftlichen Apparat betrifft, so wäre noch anzumerken, dass bei einer derart großen Vielfalt der benutzten Quellen und Literatur bei der Erstnennung der volle Titel des jeweiligen Werkes hätte angegeben werden sollen und nicht nur die Autorennachnamen mit dem Erscheinungsjahr. Lob verdienen kurze Biografien der wichtigsten Akteure im Anhang wie auch eine Zeitabelle, die dem Leser die vergleichende Analyse der die Kirche betreffenden Hauptereignisse in beiden Ländern erheblich vereinfacht. Die Studie bietet viele Denkanstöße und kann zu den wenigen bestens gelungenen Grundlagenarbeiten über die Kirchengeschichte im Baltikum gezählt werden.

Mainz

Svetlana Bogojavlenska

<sup>1</sup> Vgl. z.B. ERWIN OBERLÄNDER (Hrsg.): *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa. 1919-1944*, Paderborn 2001.

**Anne-Christin Saß: Berliner Luftmenschen.** Osteuropäisch-jüdische Migranten in der Weimarer Republik. (Charlottengrad und Scheunenviertel, Bd. 2.) Wallstein-Verl. Göttingen 2012. 493 S., Kt. ISBN 978-3-8353-1084-1. (€ 44,90.)

Zu Beginn der 1920er Jahre wurde Berlin aus einem Durchgangsort für Juden aus Osteuropa nach Westen oder Israel zu einem dauerhaften Aufenthaltsort und entwickelte sich bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu einem wichtigen Zentrum für die jüdische Welt. Das zu besprechende Buch, eine für den Druck geringfügig überarbeitete Fassung der Dissertation von Anne-Christin Saß, stellt die Geschichte dieses Zentrums erstmals aus der Sicht seiner Bewohner in einer bisher nicht gekannten, beeindruckenden Fülle an Aspekten und Details dar. Es geht also um das jüdische Leben in Berlin und nicht, wie der Untertitel suggeriert, in der gesamten Weimarer Republik. Das Grundanliegen der Autorin ist es, jenseits der gängigen und immer noch weiterwirkenden Stereotype vom „Ostjuden“ das Leben der jüdischen Migranten in Berlin von innen heraus so detailliert wie möglich zu beschreiben. Damit leistet S. Pionierarbeit und macht viele Informationen erstmals zugänglich. Beeindruckend ist die Detailfülle des Buchs, wie sie beispielsweise an ausführlichen Tabellen und Statistiken zu den Herkunftsländern oder zu Berufen der Einwanderer deutlich wird. Eine ganz besondere Beigabe sind die Karten des jüdischen Berlins mit einer detaillierten Legende zur Topografie.

Es geht hier nicht einfach um die Beschreibung des Alltagslebens, sondern um die Darstellung einzelner Lebenswelten, da jeder Mensch in unterschiedlichen Funktionen in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen agiert. Ein weiteres Anliegen der Autorin

besteht darin, die Besonderheit des jüdischen Berlins sichtbar zu machen, indem sie darauf hinweist, dass sich gerade hier, in der besonderen Atmosphäre des Vorläufigen und des „Dazwischen-Seins“, spezielle Formen des Alltagslebens herausgebildet haben, die es an keinem anderen Ort jüdischer Präsenz gab. In diesem Zusammenhang ist bedeutsam, dass es zu Spannungen zwischen den jüdischen Ankömmlingen und den bereits vorher anwesenden Berliner Juden kam.

Der Kernteil des Buches gliedert sich in fünf Hauptabschnitte. Zuerst beschäftigt sich die Vf. mit den äußeren Bedingungen dafür, dass in Berlin ein osteuropäisch-jüdisches Migrationszentrum entstehen und bis zum Zweiten Weltkrieg Bestand haben konnte. Hier werden nicht nur die Typen der Migration, die „Wege nach Berlin“ dargestellt, die individuell sehr unterschiedlich sein konnten, sondern auch die rechtlichen und behördlichen Rahmenbedingungen. Zudem lotet S. die Statistiken des Jüdischen Arbeitsamts hinsichtlich der Berufs- und Sozialstruktur der Einwanderer aus. Aufschlussreich ist dabei, wie sich Veränderungen der wirtschaftlichen Situation der Herkunftsländer in der Berufs- und Sozialstruktur der Migranten abbilden. Keineswegs handelte es sich bei den Einwanderern nur um Kleinhändler, sondern auch um Angehörige der unterschiedlichsten Berufsgruppen, die nicht selten auch über eine Ausbildung verfügten. Der hohe Anteil junger Männer weist jedoch auch auf die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen in ihren Herkunftsländern hin.

Die Einwanderungspolitik des preußischen Staates war von dem Gegensatz zwischen einem nationalistischen Klima der Ausgrenzung und gefühlten Überforderung einerseits und einer begrenzten Duldung andererseits gekennzeichnet. Dies zwang die Auswanderer dazu, sich umgehend Aufenthaltserlaubnisse zu beschaffen, was nicht selten dazu führte, dass sie ohne Genehmigung und Visum illegal in Deutschland blieben, was in vielen Fällen geduldet wurde. Juden machten etwa 4 Prozent der Einwohnerschaft von Berlin aus. Ca. 80 Prozent von ihnen wohnten im Zentrum, also im Norden und Osten Alt-Berlins. Der Rest verteilte sich auf die Vororte Charlottenburg, Wilmersdorf, Neukölln, Schöneberg und Lichtenberg. Neben dem sog. „Scheunenviertel“ um die Alte Synagoge und die Gemeindeeinrichtungen, wo überwiegend galizische und rumänische Juden zu finden waren, bildete sich ein weiterer Migrationsschwerpunkt im Westen der Stadt, der überwiegend von rumänischen Juden, Studenten und anderen, besser situierten Juden bewohnt wurde. Typisch für die Einwanderungstopografie in Berlin war, dass es sich hierbei nicht um eine strenge Ghettobildung handelte wie in den Haupteinwanderungsorten London und New York, sondern eher um ein Bevorzugen bestimmter Stadtteile. Anscheinend sei, wie die Autorin darlegt, ein enger Zusammenschluss etwa aufgrund von wirtschaftlichen Zwängen nicht notwendig gewesen.

Das jüdische Berlin war ein besonderer Ort. Einerseits war es ein integraler Bestandteil der Geschichte der jüdischen Migration, wie viele andere Durchgangsstädte auch. Andererseits bildete das jüdische Berlin einen integralen, dauerhaften Teil der Berliner Stadtgeschichte, da viele Juden ihre Pläne einer Weiterreise aufgaben und sich in Berlin niederließen. Es kam zu mannigfaltigen Akkulturationsprozessen, die Anschauungsmaterial für zentrale Phänomene der Migrationsforschung darstellten wie etwa Prozesse des Kulturtransfers, der Identitätsfindung und des Identitätswandels.

S. stellt sich diesen Themen in Form einer vierfachen Herangehensweise an das jüdische Berlin. Im ersten Abschnitt geht es ihr um „Diversifizierung und Gemeinschaftsbildung“. Zunächst zeigt sie hier die räumlichen Grundbedingungen für die Bildung sozialer Zusammenschlüsse auf und isoliert Kommunikationsräume – konkrete Stätten und Einrichtungen, an denen sich bestimmte Gruppen trafen. Aufbauend darauf werden die sich bildenden Netzwerke betrachtet. Diese konnten sozialer, landsmannschaftlicher, parteipolitischer und auch ganz einfach persönlicher Natur sein. Der zweite Abschnitt behandelt die Idee von Berlin als Durchgangszentrum. Folgerichtig thematisiert ein Unterabschnitt den „Blick nach Osten“ als Blick in die Vergangenheit und der nächste Unterabschnitt den Blick nach Westen als Hoffnung auf die Zukunft. Die größte Hoffnung, nämlich die Wei-

terreise in die USA, erfüllte sich allerdings nur für die wenigsten. Migrationen – das wird hier deutlich – gehörten für die Bewohner des jüdischen Berlin wie selbstverständlich zu ihrer Biografie dazu. Hier wird die Bedeutung des jüdischen Berlin als Durchgangsort in besonderer Weise deutlich, und hier liegt sicher auch sein eigentliches Spezifikum und die Unterschiede zu anderen Migranten aus dieser Stadt: Diese dachten wohl an Rück-, kaum aber an Weiterwanderung.

Der dritte Abschnitt widmet sich der Frage, wie sich in der jüdischen *community* alte Identitäten veränderten und neue Identitäten ausbildeten. Die jüdischen Einwanderer richteten sich in Berlin ein. Sie installierten ein differenziertes gesellschaftliches Leben, das über die Organisation der alltäglichen Notwendigkeiten weit hinausging. Berlin – oder wenigstens diejenigen Teile der Stadt, in denen die jüdischen Einwanderer wohnten – wurde spätestens dadurch zu einem weiteren Zentrum der jüdischen Welt. Das jüdische Berlin unterschied sich von anderen Orten jüdischer Präsenz dadurch, dass über Identitätsbildung und Prozesse der Akkulturation intensiv nachgedacht und diskutiert wurde, und zwar deswegen, weil sich die Bewohner des jüdischen Berlin fortwährend mit der Verschiebung der eigentlich geplanten sofortigen Weiterreise auseinandersetzen mussten.

Der vierte Abschnitt schließlich geht den Wechselwirkungen der jüdischen *community* mit der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft nach. Die Bewohner des Scheunenviertels wurden von der deutschen Mehrheitsgesellschaft zumeist als „Ostjuden“ bezeichnet – ein gängiger Begriff, der die großen Unterschiede zwischen den Bewohnern des jüdischen Berlin einebnete und mit dem auch eine pejorative Sichtweise als verarmte Bevölkerung verbunden war. Obwohl die jüdischen Einwanderer sich also in Berlin häuslich einrichteten und nicht nur zum Wirtschaftsleben Erhebliches beitrugen, gelang es ihnen nicht, in der Stadt Fuß zu fassen und die Kultur des jüdischen Berlin zu einem integrierenden Teil der Stadtkultur werden zu lassen. Die jüdischen Bewohner des Scheunenviertels blieben Fremde, und zwar die ganze Zeit seines Bestehens hindurch – nicht erst in den 1930er Jahren, als der aufkommende Nationalsozialismus die Ressentiments der deutschen Mehrheitsgesellschaft für seine Zwecke ausnutzte. Erfahrungen von Ausgrenzung und Gewalt waren daher die Regel, gezeigt wird aber auch, dass es Integrationsversuche und vereinzelt sogar echte Partizipationschancen gab. Diesem Gegensatz widmet die Autorin ihr letztes Kapitel, indem sie auf der einen Seite Erfolgsgeschichten jüdischen Ankommens und jüdischer Integration beschreibt, auf der anderen Seite aber auf die Folgenlosigkeit dieser Erfolge hinweist: Die Bewohner des Scheunenviertels blieben Fremdkörper. Ein Beleg dafür ist die Tatsache, wie wenig bekannt im deutschen Bewusstsein bis heute allein schon die Existenz des Scheunenviertels ist.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass S. eine faszinierende Studie gelungen ist, die nicht nur durch ihre Detailtreue und Differenziertheit besticht, sondern bereits jetzt als Standardwerk über das jüdische Berlin gelten kann. Das Werk ist für die Zeichnung mindestens dreier großer Geschichtsnarrative von Bedeutung: erstens für die Geschichte der europäischen Judenheit und insbesondere ihrer Migrationen in der ersten Hälfte des 20. Jh., zweitens für die Stadtgeschichte Berlins und drittens für die deutsche Geschichte ganz allgemein. Das Buch zeigt eindrucksvoll auf, dass die immer noch in der Allgemeinheit verbreitete Konstruktion einer einheitlich deutschen Gesellschaft mit lediglich marginalen Randgruppen einer grundsätzlichen Revision bedarf.

Bremen

Rüdiger Ritter



**Kateřina Čapková: Czechs, Germans, Jews? National Identity and the Jews of Bohemia.** Berghahn Books. New York – Oxford 2012. XIII, 281 S., Ill., graph. Darst., Kt. ISBN 978-0-85745-474-4. (€ 75,10.)

Kateřina Čapková's detail- und materialreiche Arbeit über jüdische Identitäten in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit ist nun auf Englisch erschienen.<sup>1</sup> Č. versteht dabei die Juden nicht in erster Linie als Opfer des tschechisch-deutschen Nationalitätenkonflikts, sondern konzentriert sich in ihrer Analyse auf die aktiven Akteure jüdischer Identitätspolitik. Die zentralen Kapitel zu deutschen Juden, Tschecho-Juden und Zionisten untersuchen die Verbands- und Vereinsarbeit der verschiedenen nationalen Richtungen sowie der in ihnen engagierten Personen. Dass dabei einzelne Protagonisten in mehreren Vereinen, teils auch in solchen unterschiedlicher Nationalität, eine Rolle spielen, liegt in der Natur der Sache: Die Tatsache, dass es sich um überlappende Identitätskonzepte handelt, die im Einzelfall auch gegeneinander ausgetauscht werden konnten, ist eine der Kernthesen des vorliegenden Buches. Besonders Tschecho-Juden und Zionisten bauten ihre Identitätspolitik auf denselben *building blocks* auf, bezogen sich auf dieselbe gemeinsame Geschichte und teilten grundsätzliche Einstellungen zum tschechischen Umfeld und zum tschechoslowakischen Staat. Die individuelle Wahl für die eine oder die andere Identität, so Č.'s Schlussfolgerung, hing mehr vom persönlichen Umfeld als von prinzipiellen politischen Unterschieden der beiden Konzepte ab.

Die Autorin unterscheidet verschiedene Ebenen nationaler Identität: die Identitätspolitik der Betroffenen, die staatlichen Maßnahmen zur Feststellung und Fixierung von Identitäten sowie die Identifikation mit einer bestimmten Nation von Seiten der nicht-organisierten Mehrheit der Bevölkerung. Č. entscheidet sich dafür, nur die erstgenannte Ebene zu untersuchen, wodurch die Arbeit an methodischer und terminologischer Klarheit gewinnt und den großen Vorteil besitzt, den Handlungen der Protagonisten zu folgen anstatt aus der Position der Historikerin den Subjekten der Geschichte eine bestimmte Identität zuzuschreiben. Nichtsdestotrotz werden Fragen nach individueller Identifikation und vor allem nach staatlichen Rahmenbedingungen in Einleitung und Conclusio sowie in den beiden einführenden Kapiteln zur jüdischen Gesellschaft in Prag und Böhmen sowie zur Stellung der Juden als Minderheit in der Ersten Republik thematisiert.

Weiterhin fällt positiv auf, dass diese Arbeit sich explizit auf die jüdische Gesellschaft in Böhmen bezieht, und nicht auf die gesamte Tschechoslowakei. Im Unterschied zu einer Vielzahl an Studien zu verschiedensten Themengebieten werden die Befunde, die aufgrund von Recherchen zu böhmischen Vereinen gewonnen wurden, eben nicht auf das gesamte Staatsgebiet ausgedehnt. Aufgrund der großen Unterschiede in der demografischen Situation sowie der Geschichte der jüdischen Gemeinden in Böhmen und Mähren, Mährisch-Schlesien, der Slowakei und der Karpatho-Ukraine zieht die Vf. die Letzteren zwar immer wieder zu Vergleichen heran, unterstreicht aber auch die Notwendigkeit eigener vergleichbarer Studien zu diesen Gebieten. Als weitere Vergleichspunkte zu einzelnen Fragestellungen dienen überdies die Nachbarländer Deutschland und Polen; durch diese Vergleiche treten die Spezifika der böhmischen Situation noch deutlicher hervor. Im Unterschied zu den jüdischen Gemeinden in Deutschland oder Österreich waren die böhmischen Gemeinden beispielsweise kaum mit jüdischen Migranten aus Osteuropa konfrontiert: Einstellungen, Lebensweisen und Traditionen eines Großteils der jüdischen Bevölkerung waren daher viel „westlicher“ als in weiter westlich gelegenen Gebieten, wodurch sowohl Assimilationsbewegung als auch Zionismus eine andere Ausprägung erhielten.

Generell beeindruckt das Buch durch den großen Material- und Detailreichtum der Quellen: Herangezogen wurden neben umfangreicher Sekundärliteratur Archivadokumente,

<sup>1</sup> Tschechische Fassung: KATEŘINA ČAPKOVÁ: Čeři, Němci, Židři? Národní identita Židřů v Čechách, Praha 2005.

Briefe und Memoiren aus tschechischen, israelischen und österreichischen Archiven und in tschechischer, deutscher, hebräischer, jiddischer sowie englischer Sprache, ergänzt durch einzelne Texte auf Polnisch und Slowakisch.

Dass es sich bei Identitäten, insbesondere nationalen Identitäten, um Konstrukte handelt, ist mittlerweile in der historischen Forschung beinahe schon zum Allgemeinplatz geworden; Č. zeigt in ihrer wichtigen Studie auf, wie sehr es noch notwendig ist, diese allgemeine Prämisse zum Gegenstand konkreter Analysen zu machen. Ihre Ergebnisse stellen wichtige Grundlagen für zukünftige Untersuchungen zur tschech(oslowak)ischen Geschichte dar.

Bern

Katharina Wessely

**Die Farben des Krieges.** Die Belagerung Warschaws in den Farbfotografien von Julien Bryan/The Colors of War. The Siege of Warsaw in Julien Bryan's Color Photographs. Hrsg. von Aleksandra Janiszewska. Dt. Kunstverl. Berlin – München 2011. 159 S., 141 farb. Ill. ISBN 978-3-422-07098-1. (€ 24,-)

In der Nachkriegszeit präsentierten Bildbände der deutschen Öffentlichkeit zerstörte Städte wie Köln oder Dresden als Kriegsschäden. Demgegenüber zeigt die hier besprochene Buchveröffentlichung erstmals die Folgen der deutschen Angriffe auf die polnische Hauptstadt Warschau im Herbst 1939. Im Deutschen Reich verhinderte das nationalsozialistische Propagandaministerium die Veröffentlichung solcher Bilder, um die Brutalität des eigenen Angriffs auf das Nachbarland zu vertuschen. Die neue Publikation zeigt die von der deutschen Wehrmacht belagerte Stadt aus der Perspektive des US-amerikanischen Fotografen und Dokumentarfilmers Julien Bryan (1899-1974). Er war kein Kriegsberichterstatter der Signal Corps, d.h. der Nachrichtentruppen des US-amerikanischen Militärs, sondern ein freiberuflicher Reisejournalist, der dem amerikanischen Publikum mit Fotografien und Filmen fremde Länder näherbrachte.

Deutschland und Polen hatte Bryan 1936 schon einmal bereist; aus seinen Aufnahmen ging anschließend der in den USA gezeigte Dokumentarfilm *Inside Nazi Germany* hervor. 1939 war er wieder in Europa und fuhr sofort nach Bekanntwerden des deutschen Überfalls auf Polen mit dem Zug über Rumänien nach Warschau. Bryan erreichte die polnische Hauptstadt, kurz bevor sie von den deutschen Truppen eingeschlossen wurde. Dort angekommen bat er den noch amtierenden Bürgermeister Stefan Starzyński um die Genehmigung von Aufnahmen in der belagerten Stadt. Starzyński sah darin eine Chance, die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit zu gewinnen, und stellte Bryan ein Auto mit Fahrer, einen Übersetzer und einen Personenschützer zur Verfügung. Der Gruppe schlossen sich noch zwei Amerikaner polnischer Herkunft an, die Bryan assistierten und mit seiner Ausrüstung fotografierten, wenn er filmte. Bryan hatte eine Filmkamera und drei Fotoapparate – zwei Leicas und eine Speed Graphic – mitgebracht. Zum Fotografieren benutzte er überwiegend die Leicas.

Seine nun veröffentlichten Aufnahmen bezeugen, wie sehr Warschau als erste europäische Großstadt durch Bombardements der deutschen Luftwaffe 1939 zerstört wurde. Sie belegen, dass sich die Angriffe der Luftstreitkräfte – entgegen der Behauptung Adolf Hitlers, es würden nur militärische Ziele angegriffen – in hohem Maß gegen die Zivilbevölkerung richteten. Bryan fotografierte von der deutschen Wehrmacht bombardierte Krankenhäuser, Wohn- und Geschäftsgebäude, flüchtende Zivilisten und Menschen, deren Existenzgrundlagen zerstört worden waren: obdachlos gemachte Kinder und Alte, die nur noch eine Habseligkeit hatten retten können, stundenlang auf Brot wartende Menschen oder auch Frauen, die in zerbombten Wohngebäuden ihren „Hausarbeiten“ nachgehen.

Im Unterschied zu den „arisierten“ (nach „rassischen“ Kriterien selektierten) und vom Goebbels-Ministerium thematisch instruierten deutschen Fotografen der Propagandakompanien der Wehrmacht näherte sich Bryan den polnischen Zivilisten respektvoll und empathisch. Seine Aufnahmen sind frei von jeglicher verächtlichen Attitüde gegenüber den

„Anderen“. Es scheint, als habe er alle Fotografierten zunächst in ein freundliches Gespräch verwickelt: polnische Zivilisten ebenso wie eine Gruppe deutscher Soldaten, die vom polnischen Militär im Pawiak-Gefängnis festgesetzt worden war (S. 122-125).

Noch 1939 publizierten mehrere Illustrierte in den USA, England und Frankreich je einen Bildbericht Bryans aus Warschau. Größte Bekanntheit erreichten seine Aufnahmen eines Mädchens, dessen Schwester beim Suchen nach Kartoffeln auf einem Feld in Warschau von der deutschen Luftwaffe erschossen wurde (S. 103-107). Die polnische Exilregierung nutzte dieses Motiv auf den Titelseiten mehrerer Publikationen zur Versinnbildlichung einer ehrlosen deutschen Kriegsführung.

Der nun zweisprachig – in Deutsch und Englisch – veröffentlichte Bildband enthält 132 farbige Bilder Bryans, die von der Hrsg. Aleksandra Janiszewska mit passenden Zitaten aus seinem 1940 erschienenen Buch *Siege*<sup>1</sup> verbunden wurden. In einer Einleitung informiert Jacek Zygmunt Sawicki über den Fotografen und den Entstehungskontext seiner Aufnahmen. Dieser Text beruht auf Rechercheergebnissen, die vom Institut für Nationales Gedenken (IPN) bereits in polnischer Sprache publiziert worden sind.<sup>2</sup> Die ausschließlich mit schwarzweißen Bildern ausgestattete polnische Veröffentlichung enthält u.a. den vollständigen Text von Bryans Buch *Siege* und Berichte seiner polnischen Begleiter. Beide Buchveröffentlichungen kamen infolge der veränderten Besitzverhältnisse zustande, denen der Bildbestand nun unterliegt. 2003 übergab Julien Bryans Sohn Sam den Nachlass seines Vaters dem United States Holocaust Memorial Museum in Washington D.C. Die nun dort verwahrte Julien Bryan Collection umfasst 141 Filmrollen, 86 Rollen belichteter Kleinbildfilme, 164 handkolorierte Dias, 100 Hefte mit Kontaktabzügen und Vergrößerungen sowie mehrere Schachteln mit persönlichen Dokumenten Bryans. Alle seine Aufnahmen aus Warschau 1939 vertraute das amerikanische Museum dem IPN zur weiteren Bearbeitung an.

Die Veröffentlichung der farbigen Bilder aus dem belagerten Warschau verbinden Janiszewska und Sawicki mit einem ambitionierten erinnerungspolitischen Ziel: Die Aufnahmen Bryans sollen der damaligen deutschen Pressefotografie nicht nur entgegengesetzt werden, sondern an ihre Stelle treten, um den zivilen polnischen Opfern mehr Geltung zu verschaffen. Die Farbigkeit soll den Bildern die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit sichern. Sie als „Farbfotografien“ zu bezeichnen, ist allerdings missverständlich, da es sich mehrheitlich um Schwarzweißfotos im Kleinbildformat handelt, die Bryan anschließend auf Glasplatten vergrößern und dann per Hand kolorieren ließ. Inmitten der sich überstürzenden Ereignisse verließ sich Bryan auf Schwarzweißfilme; ihre höhere Lichtempfindlichkeit erlaubte ihm kürzere Belichtungszeiten. Seine wenigen Farbdia-Aufnahmen sind daher in dem neuen Buch jeweils mit dem Hinweis „Kodachrome“ versehen.

Anhand einer Aufnahme von zwei orthodoxen Juden in Warschau (S. 52) lässt sich exemplarisch verdeutlichen, wie wichtig die Urheberschaftszuweisung und Datierung einer Fotografie aus dem Kriegsgeschehen sein kann. Das Bild ist Teil einer Aufnahmeserie, die Bryan am 9. September im Stadtteil Praga anfertigte. Sie zeigt, dass die beiden Männer sich wie andere Polen am Ausheben von Panzerabwehrgräben beteiligen. Janina Struk hat nachgewiesen, wie willkürlich die Bildredaktionen mit der Beschriftung dieser Fotografie umgingen: Sie wurde der Öffentlichkeit noch zu Kriegszeiten von der polnischen Exilregierung und von der nationalsozialistischen Presse als Darstellung jüdischer Zwangs-

<sup>1</sup> JULIEN H. BRYAN: *Siege*, New York 1940.

<sup>2</sup> JACEK ZYGMUNT SAWICKI, TOMASZ STEMPOWSKI (Hrsg.): *Oblężenie Warszawy w fotografii Juliana Bryana/The Siege of Warsaw in the Photographs of Julien Bryan*, Warszawa 2010.

arbeiter unter deutscher Besatzungsherrschaft präsentiert.<sup>3</sup> Viele Aufnahmen Bryans aus dem belagerten Warschau konnten die polnischen Forscher vor Ort genau lokalisieren. Nur ein Bruchteil seiner Fotografien konnte auf den Tag genau datiert werden, doch die Eckdaten von Bryans Aufenthalt in Warschau sind gesichert: Er begann am 8. September mit Aufnahmen eines kurz zuvor bombardierten Krankenhauses im Stadtteil Praga und verließ die Stadt am 21. September während einer kurzen Waffenruhe.

Bei der Nutzung von Fotografien aus dem Zweiten Weltkrieg in Bildung und Wissenschaft sollte wegen deren oft unzuverlässiger späterer Beschriftung nach der allerersten Version der Aufnahme und deren Originalbeschriftung gesucht sowie Informationen zu ihrem Entstehungskontext gesammelt werden. So gesehen bietet der hier besprochene Band eine hervorragende Einführung in einen Bildbestand, der schon in der Volksrepublik Polen genutzt wurde, um Warschau unter deutscher Besatzung zu veranschaulichen. Das großzügige Layout mit übersichtlich gegliederten Texten bringt die einzelnen Fotografien detailliert zur Ansicht und lädt zum Lesen der die Bilder umrahmenden Texte ein.

Frankfurt am Main

Miriam Y. Arani

<sup>3</sup> JANINA STRUK: *Photographing the Holocaust. Interpretations of the Evidence*, London 2004, S. 38.

**H.G. Adler: Theresienstadt 1941-1945.** Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Mit einem Nachwort von Jeremy Adler. Reprint der zweiten Auflage von 1960. Wallstein-Verl. u.a. Göttingen u.a. 2012. LIX, 926 S., Kt. ISBN 978-3-89244-694-1. (€ 49,-)

Ein zentrales Werk H.G. Adlers (1910-1988) erscheint nach 2005 erneut als Reprint der zweiten Auflage von 1960. Der Wallstein Verlag reagiert damit in dankenswerter Weise auf das ungebrochene Interesse an diesem Standardwerk und Klassiker der Shoah-Forschung.

Es ist in jeder Hinsicht ein immer noch außergewöhnliches Buch. Allein schon dessen Rezeptionsgeschichte und Wirkungsmächtigkeit belegen eindrücklich, dass seine wissenschaftliche Bedeutung weit darüber hinausreicht, eine lokal begrenzte, historiografisch ausgelegte Fallstudie zu sein. „Theresienstadt“ ist A. stets mehr als ein bloßer Appendix brutaler Herrschaftsmechanismen und auch weit mehr als ein ausgesuchtes Experimentierfeld bürokratischer Perfidie. Ihm wird der Ort zum Maßstab, um die ebenso totalitären wie skrupellosen Mechanismen administrierter Macht der NS-Diktatur in ihren institutionalisierten Formen als bloße Willkür zu entlarven und als skrupellose Verbrechen bloßzustellen. Gliedert in die drei Hauptabteilungen Geschichte, Soziologie und Psychologie führt uns A., der dieses und andere Lager überlebend hat, an einen der wohl widersprüchlichsten Orte des Genozids und zeigt uns im Spiegel wissenschaftlicher Reflexion und akribischer Dokumentation das „Antlitz einer Zwangsgemeinschaft“, in dem sich gleichermaßen Angst und Hoffnung ausdrücken. Als Leser werden wir Zeugen von Ereignissen, in denen Menschlichkeit und Unmenschlichkeit, Mut und Verzweiflung, mörderischer Hass und widerständiges Aufbegehren gegen die erlittene Gewalt eine eigenwillige Einheit bilden. Auf der Wannseekonferenz ebenso zynisch wie euphemistisch als „Altersghetto“ propagiert und ideologisch legitimiert, wird Theresienstadt 1941-1945 zum Durchgangslager der SS-Vernichtungsmaschinerie. Insgesamt werden über 141 000 Juden dorthin deportiert. Rund 88 000 werden in Auschwitz und anderen KZ ermordet, mehr als 33 000 sterben in Theresienstadt. Dass diese Menschen nicht – wie viele andere – namenlose Opfer sind, sondern jeder einzelne Deportierte namentlich bekannt ist, verdankt sich auch wesentlich diesem Autor.

Im Versuch, einen angemessenen Namen zu finden, sind Theresienstadt im Verlauf seiner tragischen Geschichte viele Bedeutungen zugemutet worden – „Potemkinsches Lager“, „Vorzeige- und Prominentengetto“ oder „Vorhof zur Hölle“. Dass aber bereits sehr früh Theresienstadt – auch im juristischen Urteil – zu Recht ein „Tatort“ genannt

werden konnte, verdankt sich maßgeblich dem hohen historischen Wahrheitsanspruch dieses Autors. Dennoch tun sich nicht nur die Geschichtswissenschaften nach wie vor schwer damit, zu einer Verständigung darüber zu gelangen, welche Funktion diesem KZ, Durchgangslager und Getto als Instrument des beispiellosen Genozids zukommt.

Auch wenn nicht alle Aussagen und Urteile A.s ohne Kritik und Widerspruch geblieben sind, zeigte er doch unbestritten als Erster, dass der machtpolitische Anspruch dieser Diktatur wie auch das Kalkül administrierter Gewaltverbrechen verwoben sind mit einem bis ins Kafkaeske gesteigerten Legitimationszwang der Täter, der in seiner Wirkungsmacht überzeugend rekonstruiert und dokumentiert wird. In den von A. geretteten Quellen werden dabei – Seite um Seite – die empirisch unumstößlichen Beweise erbracht für die Niedertracht der Täter und die niederen Beweggründe der Tat. Erst wenn man diese evidente Beweisführung ignoriert, lässt sich jener allzu verbreiteten Lesart das Wort reden, dass die historische Tatsache Theresienstadts monokausal sich darin erschöpfe, ein – an ausgesuchte Adressaten der in- und ausländischen Öffentlichkeit gerichtetes – programmatisch angelegtes Täuschungsmanöver der SS-Führung und der NS-Propaganda zu sein. A.s Werk bleibt nicht zuletzt deshalb wichtig, weil sich selbst heute noch die eigentlichen Täter in der Sicherheit wähnen können, noch immer als Produzent, Regisseur und Darsteller für ein medial präpariertes Histotainment jene – heute zumeist farbigen – Bilder von Gestalten, Stimmen und Texten zu liefern. Die medialen Verwerter der Vergangenheit müssen sich mit einigem Recht fragen lassen, ob die in ihren Formaten und Produktionen (z.B. ZDF-History) dokumentierte Sicht auf die Vergangenheit tatsächlich den Maximen einer unvoreingenommenen *public history* folgen oder ob sie nicht – dramaturgisch entsprechend aufgehübscht – Krieg, Verschleppung und Massenmord in die ebenso entrückende wie entwirklichende, am Ende aber stets das Gemüt des Rezipienten beruhigende Harmlosigkeit von Geschichtevents und Historienspektakel nahtlos einpassen.

Reden aber kann man – jenseits von Quellen und Dokumenten – über Theresienstadt eigentlich immer noch nicht; denn scheinbar zeitlos bleibt der von A. schon 1948 ausgesprochene, grundlegende Zweifel, dass „vom Dasein der Verlorenen nichts [...] in eine Sprache zu übertragen [ist], die draußen jemand versteht“<sup>1</sup>. Dennoch den sprachlichen Übergang zu wagen und aus der nicht mitteilbaren Erfahrung des Erlebten ein geschichtliches Wissen und ein historisches Bewusstsein wachsen zu lassen, ist der starke persönliche Antrieb und – für Autor wie Leser – gleichermaßen der rote Faden, der sich thematisch durch das Gesamtwerk zieht.<sup>2</sup>

Der Zeitpunkt für diese Neuauflage könnte kaum besser gewählt sein, denn maßgebliche Akzentverschiebungen der Theresienstadtrezeption – gerade innerhalb des letzten Jahrzehnts – lassen es sinnvoll erscheinen, A.s Beitrag zur NS-Vergangenheit gänzlich neu zu orten und zu bewerten. Diese Verschiebungen beziehen sich dabei weniger auf die weiterhin zu konstatierenden wissenschaftlichen Bemühungen, in der Nachfolge A.s die Erkenntnisse über das historische Geschehen in Theresienstadt zu vervollständigen, so z.B. in den *Theresienstädter Studien und Dokumenten*. Angesprochen ist damit vielmehr ein nicht zu übersehender Trend, das historische Theresienstadt als zugrunde liegenden Text einer *Metaerzählung* ebenso fiktional wie spekulativ zu instrumentalisieren.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> H.G. ADLER: Panorama. Roman in zehn Bildern, Wien 2010, S. 491.

<sup>2</sup> Von diesem Grundsatz her ist heute das hier besprochene Buch zu lesen als erster Halbband einer Trilogie, die sich mit dem zweiten Halbband *Die verheimlichte Wahrheit* (1958) fortsetzt, an die sich *Der verwaltete Mensch* (1974) als zweiter Band anschließt. *Die Freiheit des Menschen* (1976) schließlich aktualisiert und beschließt – zu lesen als Komplementärband – mit einer Reihe von Essays.

<sup>3</sup> So bleiben – um ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit zu wählen – die vielen Lobeshymnen, die Charles Lewinskys 2011 erschienenen Roman *Gerron* preisen, aus

So streiten heute Historiker, Zeitzeugen, Gedenkstätten, Medienmacher und Literaten um die Deutungshoheit und um das Recht an der Wahrheit. Theresienstadt aber wird dabei immer mehr zum Palimpsest, Interpretament und Zankapfel einer ganz eigentümlichen Struktur von Deutungslinien der – wie in der neueren Prosa und in den Dokumentationen der Massenmedien deutlich sichtbar – stetig *wachsenden enthistorisierenden Geschichtszählung*, in der das historische Sujet eben gerade nicht – wie noch in A.s Romanen – in der kunstvollenden Imagination *verfremdet* oder ironisiert, sondern als Ware *verdinglicht* und gleichsam als Fetisch *entfremdet* wird. Das historische Geschehen, „wie es eigentlich gewesen“ (Leopold von Ranke), verschwindet so in einem fantasierten Kontinuum von ebenso Missverständlichem wie Irrtümlichem, Ungefährem wie Abgründigem.

Den *Geist* Theresienstadts zu erfassen heißt, vom *individuierten Geist* des *alteuropäischen „Kulturmenschentums“* (Max Weber) zu sprechen, der im Widerstand – allzu oft vergebens – gegen seine Vernichtung aufbegehrt.<sup>4</sup> Denn was in der Geschichte Theresienstadts unseren höchsten Respekt abverlangt, ist doch dies: Dass in dieser Welt, geprägt von Mord, arglistiger Täuschung, Betrug, Hunger, Brutalität, physischer und mehr noch psychischer Gewalt, gerade hier ein längst nicht mehr zu übersehendes „Kosmion“ (Eric Voegelin) europäischer Intellektualität und Kultur als Leistung des sich empörenden Geistes entstanden ist. Es ist das Kosmion einer „Welt-Als-ob“, das diejenigen mehr als beschämen muss, die von sich selbst behaupteten, ihre vermeintliche „Blutsüberlegenheit“ (Max Weber) böte eine hinreichende Legitimation für alle begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und dieser Widerstand, der – wie auch an anderen Orten – in Theresienstadt sich erhoben hat, lässt sich nur jenseits der Kategorien von *physischer Gegengewalt* ermesen: Es ist die Revolte der aufgeklärten Vernunft, das standhafte Sich-zur-Wehr-setzen und die sichtbare Entschlossenheit zur Negation der Destruktivität. Es ist aber auch ein Widerstand gegen das jede Würde missachtende Ansinnen der Zumutung eines – wie Walter Benjamin es nennt – „bloßen Lebens“, der sich hier aufrichtet und der uns in die rigorose Pflicht nimmt, gleichfalls Widerstand zu leisten, und zwar gegen jeden Versuch, die Tragik und Dramatik dieses unerhörten Lebenskampfes von mehr als 140 000 Menschen unangemessen zerreden oder gar vergessen machen zu wollen.

Soweit es um die juristische oder historische Wahrheit geht, gilt nach wie vor, dass ein Urteil ohne das Studium der beiden Theresienstadt-Bände nicht zu fällen ist. A.s biografisch verbürgte Wahrheit mag an der einen oder anderen Stelle seiner gestrengen Urteile strittig sein; aber gerade seine klaren und unmissverständlich artikulierten Positionen zum Geschehen in Theresienstadt fordern uns – ebenso unmissverständlich – auf, in der diskursiven Auseinandersetzung mit diesem Teil der deutschen Geschichte nicht nachzulassen; denn – auch das lässt sich bei H.G. Adler lernen – die Geschichte Theresienstadts erledigt sich nicht: weder als ein historiografisch bedeutsamer Ort, die NS-Verbrechen weiter aufzuklären, noch als ein wirkungsmächtiges und im heutigen Terezín weithin sichtbares Zeichen des Widerstandes.

Dresden

Ehrhardt Cremers

---

unserer Sicht völlig unverständlich. In dem Roman selbst – wie auch in den Besprechungen des Buches – wird ein Geschichtsbild entworfen, das der billigen Inkaufnahme einer bewussten Geschichtsklitterung gefährlich nahe kommt. Dass der Roman weder der historischen Situation noch der Person Kurt Gerrons, eines in Theresienstadt inhaftierten Regisseurs und Schauspielers, auch nur annähernd gerecht wird, ist dabei noch das kleinste Übel.

<sup>4</sup> Nach Theresienstadt wurden im Zeitraum 1941-1945 mehr als 141 000 jüdische Menschen verschleppt, von denen nahezu 90 000 in andere Vernichtungslager deportiert und ermordet wurden. In Theresienstadt erlitten in diesem Zeitraum über 34 000 Gefangene den Tod.

**Joanna Hrytek-Hryciuk: „Rosjanie nadchodzą“.** Ludność niemiecka a żołnierze Armii Radzieckiej (Czerwonej) na Dolnym Śląsku w latach 1945-1948. [„The Russians are Coming“. Germans and the Soldiers of the Soviet (Red) Army in Lower Silesia 1945-1948.] Inst. Pamięci Narodowej. Wrocław 2010. 264 S. ISBN 978-83-61631-14-9.

Joanna Hrytek-Hryciuk undertakes the complicated task of presenting the situation of the Germans in the Lower Silesia, concentrating on the period between spring 1945 when the Red Army seized the territory and 1948 when most German inhabitants left the territory, Russian troops were withdrawn and the power in the region began being transferred to the Polish administration. The author reconstructs the different and complicated relations between the German civilians and the Red Army and successfully analyses different phases in the policy of the Soviet army and the Polish administration against the Germans.

The first chapters cover the situation in Lower Silesia between 1938 and 1945 with short but very accurate presentations of the Red Army operations in the last phase of the war, as well as of National Socialist anti-Russian propaganda and German evacuations and escapes before the Red Army entered the territory. In the next chapters, the author analyses different phases of the relations between German civilians, Russian Soldiers and the Soviet administration. She also successfully examines the conflict between the Germans, the Soviets and the new Polish administration.

The author successfully points out the main patterns of how Soviet soldiers behaved towards the German civilians. The first phase was short but very brutal: many Germans were killed, their properties were confiscated or destroyed and many women were sexually abused. Germans were also arrested and forced to work for the Red Army. In April/May 1945, a general reorientation of the Soviet policy towards the Germans took place. H.-H. claims this period was a separate phase of German-Soviet relations in Lower Silesia; yet she describes it as a process of changes extending from wartime and postwar brutality to a symbiotic cooperation and presents many examples of how German civilians received assistance from the Red Army officers. The benefit for Germans was not only additional food rations, but also protection from the new Polish administration.

The book features interesting local examples of how the Red Army reacted towards the Polish authorities and German civilians when faced with the question of how to treat the German population. In many cases, the Red Army hindered or prohibited the displacement of Germans from Silesia by the Polish authorities. Using many examples, the author reveals the weaker position of the Polish administration relative to the Russian army commandants. She also broaches the question of economic exploitation of Lower Silesia, and discusses the transportation of goods, parts of infrastructure and factories into the Soviet Union in the context of Soviet policy towards the new territories. The book ends in 1948 when most of the German civilians had been displaced and a large proportion of the Soviet soldiers had returned home. Now Polish administration took most of the responsibility for the new territory and the power of Russian army commandants was weakened.

The book is based on numerous materials from Polish and German archives. In some parts of the book, repetitive examples and citations brake the narration. However, an impressive use of materials is also a strength of the book and gives the reader a detailed view of the life of Germans in Lower Silesia in this period.

Warszawa

Dominik Pick

**Peter Pragal: Wir sehen uns wieder, mein Schlesierland.** Auf der Suche nach Heimat. Piper. München – Zürich 2012. 397 S., 20 Ill. ISBN 978-3-492-05497-3. (€ 22,99.)

Born in Breslau in 1939 and forced to flee into western Germany in 1944, Peter Pragal became known during the Cold War as the first West German newspaper correspondent to live in East Berlin. Amid reports from East Germany, he always retained fascination for the former German lands beyond the Oder and Neisse. Here in his memoirs, P.

reflects on the *Heimat* he knew so briefly in his childhood, joining a diverse cast of prominent expellees who have written similar accounts. Like many of his fellow expellees in the BRD and DDR, he expresses melancholy for the loss of his homeland, ceded by the Allies to Poland as a consequence of Hitler's crimes; but he also accepts the reality of the new border, rejects illusions of return put forth by expellee leaders, and seeks transnational understanding (p. 99).

As in other memoirs, P.'s initial journey back to his *Heimat* is important enough to form the departure point for the entire book. In September of 1980 (officially as part of a delegation from a Catholic reporting agency), P. visited Polish Wrocław for the first time since his forced departure from German Breslau. To be sure, the political journalist wished to see his trip as something other than *Heimweh-Tourismus*. However, in reflections typical of other expellee travel accounts, P. discovered that "the image I had in my head was an idyll, assembled from my parents' stories, books with pictures from the prewar era, and my own childhood memories"; in contrast to this image he yearned for, he felt alienated from the "totally foreign" world he found in its place (p. 9). Disappointed by signs of decay and East Bloc monotony, Polish inscriptions he could not understand, and communist-nationalist mythologies about the region's eternal Polishness, he saw that he had "arrived in reality" and left convinced that Wrocław had nothing in common with the Breslau he remembered. Upon returning to West Germany, he found that his mother wished to hear nothing about the changes, because "she wanted to preserve unblemished the memory of the Breslau she had known" (p. 14). For other West Germans, the former Eastern Territories were not a subject of interest.

The 1980 visit prompted P. to recount his life as an expellee. Peering through picture books, storybooks, and old photos his mother had taken with her in 1944, he jotted idealised memories of an untroubled early childhood in Silesia, followed by bombardment, flight, transit over the Neisse into Görlitz, arrival in the West, and his father's release from POW imprisonment. Under his father's autocratic rule, the family steadily integrated into West Germany's Siegerland, where his father became a doctor and drove a VW. Silesia always loomed large in his parents' memories, however: their bedroom featured a portrait of Breslau's town hall, bookshelves showcased books about Silesia, holidays involved Silesian foods and traditions, and they spoke in the Silesian dialect. Much as his parents reminisced with other Silesians, however, P. asserts that they took a realistic approach to integration without any illusions about return. For his part, P. attests that, much as he felt the collective expulsion to have been an injustice, even in his youth he refused to accept the territorial revisionism of expellee organisations, or to accept that they spoke for the majority of expellees.

P.'s relationship to the former Eastern Territories expanded when, thanks to Brandt's *Ostpolitik*, he became the *Süddeutsche Zeitung*'s DDR correspondent in 1973. "Yearning" overtook him whenever he spied Polish names in place of German ones on street signs pointing to the former Eastern Territories, and he travelled regularly to Frankfurt (Oder) and Görlitz to sit on a bench and gaze out into the neighbouring land (p. 95). Of particular interest here are P.'s encounters with *Umsiedler* in the DDR and reflections on how travel to Poland influenced DDR citizens' impressions of their eastern neighbours.

Post-1989 reflections mingle contemporary memories of further travel to Silesia, historical reminiscences about how borders and peoples entered into their present configuration, and political commentary largely opposing rightwing expellee movements that harm transborder relations and are rejected by most expellees. P. also recounts his recent and extensive contacts with contemporary Silesia's Polish inhabitants who have accompanied him on his latest travels. Meanwhile, although expellee leaders insist that the right to the lost *Heimat* devolves to expellee children and grandchildren, P. observes little sense of Silesian identity among his own relatives. For the young, Silesia is part of Poland and of little interest. The thought of living there, even in lucrative jobs, is impossible for them.



A mix of history, memoir, and memory, P.'s firsthand encounter with the past expresses his contemporary perspective. Raising difficult questions for both the governments involved and the ordinary citizens so profoundly affected, it should be useful as a primary source for any scholar interested in how trans-border actors of the Cold War have grappled with the challenging legacies of border shifts and forced migration in the aftermath of the Second World War.

Birmingham/AL

Andrew Demshuk

**Paulina Bren: The Greengrocer and his TV.** The Culture of Communism after the 1968 Prague Spring. Cornell Univ. Press. Ithaca/NY – London 2010. XIII, 250 S., Ill. ISBN 978-0-8014-7642-6. (€ 21,99.)

In dem anregenden Buch geht es um die tschechoslowakische Gesellschaft in der Zeit der sog. „Normalisierung“ nach dem Prager Frühling von 1968. Zu Recht stellt Paulina Bren fest, dass sich die bisherige Forschung zur Tschechoslowakei schwerpunktmäßig auf Stalinismus, Prager Frühling, Oppositionsbewegung und das Ende des Staatssozialismus beschränke. Dabei werde die Zeit nach 1968 weitgehend vernachlässigt. Die wenigen für diesen Zeitraum vorliegenden Untersuchungen konzentrieren sich auf die Dissidentenorganisation Charta 77 und die Verfolgung ihrer Unterzeichner durch den Staat. Die Chartisten erreichten jedoch nur einen kleinen Teil der Bevölkerung. Wie stand es um den Großteil der „normalen“ Bürger der Tschechoslowakei? Wie verhielten sie sich? Wie funktionierte die Kommunikation zwischen ihnen und dem Staat bzw. der Partei? B. zeigt, dass sich die meisten von ihnen mit den Verhältnissen arrangierten und ein „normales“ Leben führten. Ihr geht es gerade um diese „Normalität“ in der Zeit der „Normalisierung“. Sie benutzt die Institution des Tschechoslowakischen Fernsehens und ausgewählte populäre Serien des erfolgreichen Drehbuchautors Jaroslav Dietl (1929-1985) als Prisma für den Blick auf die 1970er und 1980er Jahre (S. 7).

Im ersten Kapitel wird die Entwicklung in der Tschechoslowakei bis zur Niederschlagung des Prager Frühlings dargestellt. B. wechselt hier zwischen der großen Politik und einem Drehbuch Dietls, das die Ideologische Kommission des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) 1964 ablehnte, da es eine „falsche politische Orientierung“ (S. 12) gehabt habe. Die Schilderung der politischen Entwicklung beginnt mit dem Slánský-Prozess in den 1950er Jahren und der zunächst beschränkten Entstalinisierung in der Tschechoslowakei, die beispielhaft auch an der Zurückweisung von Dietls Drehbuch deutlich wird. Dann schildert sie die Entwicklung zum Prager Frühling mit den Stationen Schriftstellerkongress, Studentenproteste, Rücktritt Novotnýs und dem Regierungsantritt Alexander Dubčeks. Diese Tatsachen sind bekannt und richten sich eher an ein mit der Thematik nicht vertrautes Lesepublikum. Zudem wird auf das Fernsehen eingegangen. Unter seinem Generaldirektor, dem Reformkommunisten Jiří Pelikán, spielte es eine wichtige Rolle im Prager Frühling und setzte sich maßgeblich für die neue Politik ein, die eine allgemeine Politisierung der Öffentlichkeit bedeutete.

Im zweiten Kapitel stellt B. mehrere Protagonisten der ‚Normalisierung‘ vor. Neben dem slowakischen Generalsekretär Gustav Husák sind dies insbesondere die für Ideologie, Kulturpolitik und Massenmedien zuständigen ZK-Sekretäre Vasil Bil’ak und Jan Fojtík sowie der langjährige Generaldirektor des „normalisierten“ Tschechoslowakischen Fernsehens, Jan Zelenka. Die Vf. beschreibt die politischen Säuberungen in der Zeit nach dem Prager Frühling: Zunächst wurden die leitenden Funktionäre ausgewechselt, dann fand eine Überprüfung aller Kader statt. Wollten Kulturschaffende weiter oder erneut wirken, mussten sie sich vom Prager Frühling distanzieren und dem Staat gegenüber ihre Unterstützung aussprechen.

Im dritten Abschnitt geht es darum, wie das Regime nach 1968 mit dem Prager Frühling umging und wie diese Zeit durch die ‚Normalisatoren‘ in Ausstellungen und Medien uminterpretiert wurde. Hierzu betrachtet B. ausgewählte „Kriminalfälle des Majors Ze-

man“: eine Serie, die zum 30. Jubiläum der Korps für Nationale Sicherheit (Sbor národní bezpečnosti, SNB) in den Jahren 1974-1979 entstand und neben eher harmlosen Kriminalfällen auch zahlreiche hoch ideologisierte Sendungen umfasste, in denen die Arbeit der Staatssicherheit gegen „Feinde“ des Regimes in idealisierender Weise dargestellt wurde. Da jede Folge einem Jahr gewidmet war, wurden auch die Krisenjahre 1967-1969 – bereits nach dem neuen Interpretationsmuster – behandelt. Den Prager Frühling präsentierte man als Entgleisung oder Verführung durch westliche und zionistische Intellektuelle. Die Serie wurde von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gesehen und war äußerst populär. Dies lag jedoch weniger an dem ideologischen Inhalt als daran, dass die Fälle spannend und gut inszeniert waren.

Das vierte Kapitel bietet eine Darstellung der Charta 77 und der Anti-Charta. Zudem wird gezeigt, wie sich die KSČ mit Maßnahmen wie der langfristigen Einfrierung der Lebensmittel- und Treibstoffpreise im Dezember 1969 um die Gunst der Bevölkerung bemühte und versuchte, Konsumwünsche zu befriedigen. Ziel dieser Politik war es, Ruhe und Ordnung (wieder)herzustellen. Die Chartisten beschreibt B. als eine kleine, uneinheitliche Gruppe von Intellektuellen, die sowohl ehemalige Reformkommunisten, die den Säuberungen zum Opfer gefallen waren, als auch nicht durch die KSČ kompromittierte Persönlichkeiten wie Václav Havel vereinte. So blieben sie letztlich ein Randphänomen, welches sich nicht zu einer Massenbewegung – wie beispielsweise die Opposition in Polen – entwickelte.

Im fünften Kapitel wird die Institution des Tschechoslowakischen Fernsehens in den 1970er Jahren vorgestellt. 1972 besaßen 80 Prozent der Familien ein Fernsehgerät, Mitte der 1970er Jahre waren es bereits 9 von 10 Haushalten. Zwei Drittel der kollektivierten Bauern sahen die Sendungen, aber nur ein Drittel hörte Radio und nur 11 Prozent lasen Zeitungen. Das Regime war sich der Bedeutung des Fernsehens, mit dem man weite Teile der Bevölkerung erreichte, völlig bewusst. Der Parteiführung blieb aufgrund von Zuschauerbefragungen nicht verborgen, dass die politische Berichterstattung unter den Zuschauern wegen ihrer Phrasenhaftigkeit und Subjektivität unbeliebt war. Die sowjetische Seite empfahl, dem Beispiel der DDR zu folgen und der Bevölkerung „leichte Unterhaltung“ zu bieten. Dieser Rat entsprach den Vorstellungen Zelenkas. Er ließ populäre Sendungen – wie die Familienserien – zur besten Sendezeit nach den Nachrichten ausstrahlen und gewann so auch für das Nachrichtenprogramm zusätzliche Zuschauer. Zelenka fehlten nach den „Säuberungen“ viele fähige ehemalige Mitarbeiter – wie beispielsweise Dietl –, auf die er für die Produktion von guten Sendungen angewiesen war. Deswegen sprach er sich dafür aus, diesen Personen eine neue Chance zu geben, und setzte sich damit bei Husák gegen den konservativ-radikalen Flügel um Bil’ák durch.

In den folgenden beiden Kapiteln beschreibt B. mehrere nach Dietls Drehbüchern produzierte Erfolgsserien wie „Der jüngste aus dem Geschlecht der Hamr“ (1975), „Der Mann im Rathaus“ (1976), „Das Krankenhaus am Rande der Stadt“ (1976-1981), „Die Frau hinter der Theke“ (1977), „Die Ingenieursodyssee“ (1979), „Ein Kreis im Norden“ (1980) und „Die Dilemmata des Kochs Svatopluk“ (1984). Sie waren bei den Zuschauern beliebt und daher äußerst erfolgreich. Mehrere dieser Sendungen zeigten als Hauptfiguren Parteifunktionäre bei ihrer Arbeit. Dietls Meisterstück bestand darin, dass er diese Personen zugleich auch als Menschen mit einem Alltags- und Familienleben sowie ihren Problemen präsentierte. Die Bevölkerung, die sich nach 1968 in eine private, unpolitische Welt zurückzog, erkannte sich in den alltäglichen Szenen und Problemen der Serien wieder. Dadurch waren die Sendungen für sie attraktiv. Der Partei gelang es dabei zugleich, auf dezente Weise politische bzw. ideologische Inhalte zu vermitteln. Die Serienhelden waren sympathisch, menschlich und wollten Gutes.

Dem Regime gelang mit seiner Konsum- und Unterhaltungspolitik eine Stabilisierung der Verhältnisse. Millionen von Tschechoslowaken saßen abends vor ihren Fernsehgeräten und nahmen an den imaginierten Welten ihrer Helden teil, die in einer ihnen vertrauten und alltäglichen Umgebung spielten. B. zeigt überzeugend, wie die durch die Sendungen

transportierten Verhaltensmuster von der Bevölkerung übernommen wurden; selbst Dissidenten wurden von ihnen geprägt. Daran wird auch deutlich, dass der dichotomische Gegensatz von Staat/Partei („sie“) und Opposition/Gesellschaft („wir“) für breite Teile der Bevölkerung nicht existierte. Sie bevorzugten ein ruhiges Leben und hielten sich sowohl von der Partei- als auch der Dissidentenpolitik fern. Damit sagt das Buch viel über das Verhältnis von Politischem und Unpolitischem aus. Darüber hinaus gibt es bezeichnende Kontinuitäten: Viele der von B. besprochenen Serien sind in Tschechien noch heute populär.

Zu kritisieren ist, dass die Vf. dem Leser kein vollständiges Bild des Tschechoslowakischen Fernsehens und seiner Produktion vermittelt. Nach der Lektüre könnte man meinen, es habe – grob gesprochen – nur Dietls Erfolgsserien und die politischen Propagandanachrichten gegeben. Dies greift zu kurz. So wurde eine breite Palette von unpolitischen Sendungen und Filmen (Sport, Musik, Kinderfilme, Dokumentarfilme zur Natur) gesendet, die – wenn man den Zuschauerbriefen glaubt – sehr beliebt waren. Wünschenswert wäre es auch gewesen, mehr über die Entscheidungskompetenzen Zelenkas und seiner Mitarbeiter zu erfahren. Wie und wer entschied über das Programm? Man gewinnt den Eindruck, dass Zelenka relativ unabhängig handelte und somit allem Anschein nach Handlungsfreiräume besaß.

Insgesamt hat B. ein interessantes und gut geschriebenes Buch vorgelegt, dessen Lektüre viel Freude bereitet. Es gelingt ihr, ein differenzierteres und realistischeres Bild der „normalisierten“ Tschechoslowakei zu zeichnen, als dies der in der Tschechischen Republik heute immer noch vorwiegend auf das Paradigma Opposition und Terror und auf politische Geschichte fokussierten Forschung möglich ist. Sie zeigt anschaulich, wie es der KSČ und den Mitarbeitern des Tschechoslowakischen Fernsehens gelang, mit den Serien die Bürger des Landes tatsächlich zu erreichen. Zudem bedient sich die Arbeit gewinnbringend bisher wenig benutzter audiovisueller Quellen und zeigt damit anschaulich deren Potenzial auf.

Münster

Stefan Lehr

**Anna Walentynowicz: Solidarność – eine persönliche Geschichte.** Hrsg. und bearb. von Tytus Jaskułowski. (Berichte und Studien. Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Bd. 62.) V&R Unipress. Göttingen 2012. 209 S., 29 s/w-III. ISBN 978-3-89971-980-2. (€ 19,90.)

Anna Walentynowicz ist in Deutschland nicht erst seit *Strajk*, Volker Schlöndorffs filmischer „Ballade nach historischen Ereignissen“ – so der Regisseur – aus dem Jahr 2007, als Mitbegründerin der Gewerkschaft Solidarność bekannt. Ihre Entlassung aus der Danziger Lenin-Werft im August 1980 löste jene Streikbewegung aus, die letztlich ganz Polen und in der Folge auch den gesamten Ostblock ins Wanken brachte. Mit ihrer Autobiografie liegt nun der deutschsprachigen Öffentlichkeit eine persönliche Geschichte der „Heldin von Danzig“ vor, die selten im bloß Privaten verbleibt. Es ist zugleich eine persönliche, oft einseitige Geschichte der Solidarność – verfasst von einer Frau, deren Leben in gleichem Maß beispiellos wie beispielhaft war. Wenn man mit Pierre Bourdieu davon ausgeht, „daß hinter der autobiographischen Erzählung immer zumindest teilweise ein Interesse [...] am Auffinden einer zugleich retrospektiven und prospektiven Logik“<sup>1</sup> steht, so lässt sich diese im Fall von W. auf die Formel bringen: „sich selbst und allen, die ausgebeutet werden und denen Unrecht zugefügt wird, den Weg zu einem Leben in Würde zu bahnen“ (S. 62). Aus diesem Motto erklärt sich die in ihren Konsequenzen beeindruckende

<sup>1</sup> PIERRE BOURDIEU: Die biographische Illusion, in: DERS.: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt a.M. 1998, S. 75-83, hier S. 76.

Biografie der Vf. – und auch ihre Unversöhnlichkeit gegenüber allen, die in ihren Augen die Ideale von einst verraten hätten.

W. wird 1929 als Anna Lubczyk in Równe, heute in der Ukraine, in einer Bauernfamilie geboren. Nachdem sie zu Beginn des Zweiten Weltkriegs beide Eltern verliert, kommt sie als Magd bei Nachbarn unter, muss hart arbeiten, wird geschlagen. 1945 gelangt sie mit der Familie des Bauern in die Nähe von Danzig (Gdańsk). Sie beginnt sich gegen die Misshandlungen zu wehren. Mit 20 Jahren befreit sie sich. Sie zieht nach Danzig, erlernt den Beruf der Schweißerin und findet Ende 1950 Arbeit auf der Lenin-Werft, in der sie mit Unterbrechungen bis 1991 beschäftigt sein wird. Begeistert von dem Versprechen, dass in der Volksrepublik alle Menschen gleich sein werden, setzt sie große Hoffnungen in den Staat. Sie erfüllt alle Akkordziele und Planvorgaben, engagiert sich, erhält Auszeichnungen. Sie ist eine Vorzeigarbeiterin, doch ihr Sinn für Gerechtigkeit und der Mut, verbriefte Arbeiterrechte einzufordern, bringen sie wiederholt in Schwierigkeiten. 1953 wird sie zum ersten Mal verhört, 1968 steht sie kurz vor der Entlassung. 65 Arbeiter unterzeichnen einen Brief zu ihrer Verteidigung – es ist wohl der erste kollektive Protest auf der Werft. W. wird in eine andere Abteilung versetzt und arbeitet fortan als Kranführerin. Stalins Tod 1953, die Massenproteste in Polen 1956 und 1968, schreibt sie, berühren sie noch nicht (S. 38) – eine politische Ausbildung wird sie erst später durchlaufen. An den Arbeiterprotesten im Dezember 1970 beteiligt sie sich in der Werksküche: „Schließlich musste für 17 000 Menschen viel heiße Suppe zubereitet werden“ (S. 44).

Ab 1978 zählt sie zur politischen Opposition im engeren Sinn, lernt auch den ehemaligen Werftelektriker Lech Wałęsa kennen. Die Werftleitung bemüht sich, W. zu isolieren, am 7. August 1980 wird sie schließlich fristlos entlassen. Eine Woche später treten 16 000 Arbeiter in den Ausstand und fordern die Rücknahme der Kündigung, später auch die Wiedereinstellung von Wałęsa und eine Teuerungszulage. Als es darum geht, sich an die Spitze des Streikes zu stellen, überlässt W. die Führung einem Mann. Die Wahl fällt auf Wałęsa. Erst später wird W. bewusst, dass sie sich damit selbst ins Abseits befördert hat. Nachdem die Werftleitung einlenkt, erklärt Wałęsa den Streik für beendet. Doch W. hält abziehende Werftarbeiter auf und überzeugt sie von der Notwendigkeit, den Protest fortzusetzen: „Was haben wir erreicht? Zwei Personen, die wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können, und ein paar Zloty in der Tasche. Was ist mit der Freien Gewerkschaft?“ (S. 75). In der Nacht klettert Wałęsa der Legende nach über den Werftzaun, um als Streikführer in die Geschichte einzugehen. Ein überbetriebliches Streikkomitee wird einberufen, das die Proteste anleiten und unterstützen soll. Am 31. August 1980 akzeptiert die Regierung alle 21 Forderungen: neben der Zulassung freier Gewerkschaften das Streikrecht, die Rede-, Druck- und Publikationsfreiheit, die Freilassung der politischen Häftlinge sowie zahlreiche soziale Verbesserungen. Es ist die Geburtsstunde der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność*, die zu einem Sammelbecken der oppositionellen Kräfte Polens wird. Aufgrund konzeptioneller Divergenzen und des autoritären Führungsstils Wałęsas nehmen die Konflikte innerhalb der Gewerkschaft zu. Führende Gewerkschafter, darunter W., werfen dem Vorsitzenden Verrat an Programm und Idealen der Bewegung vor, wiederholt ist auch von der Stasi-Mitarbeit des IM „Bolek“ die Rede. Infolge dieser Auseinandersetzungen scheidet W. aus der *Solidarność*-Führung aus.

Im Dezember 1981 verhängt Wojciech Jaruzelski das Kriegsrecht und zwingt die Opposition in den Untergrund. W. wird in den folgenden drei Jahren mehrmals inhaftiert. Nach ihrer Haftentlassung darf sie ihre Arbeit in der Werft nicht wieder aufnehmen, sie erhält auch keine Rente. Doch sie ist weiterhin aktiv, sieht sich aber von Wałęsa an den Rand gedrängt und sympathisiert mit dem radikalen Flügel der *Solidarność*. Mit dem Runden Tisch im Frühjahr 1989 trennt sie sich endgültig von ihren einstigen Weggefährten. Machtausübung und die Machtteilung, die der Runde Tisch mit sich bringt, sind ihre Sache nicht, politischen Realismus lehnt sie ab. Sie versteht sich als Repräsentantin eines Widerstands von unten, der keine Privilegien sucht, sondern eine konsequente Aufarbeitung der Vergangenheit fordert. Im Sommer 1989 versucht sie erfolglos, einen Streik in der Werft

zu organisieren. Seit 1990 arbeitet sie wieder in der Werft, initiiert dort im März 1991 einen weiteren Streik, danach geht sie in Rente, zieht sich aber aus dem öffentlichen Leben noch immer nicht zurück. In den folgenden Jahren nimmt sie jede Gelegenheit wahr, um die Politik ihrer einstigen Mitstreiter zu kritisieren, die Spitzenpositionen in Regierung und Wirtschaft übernahmen, insbesondere Wałęsa, der mittlerweile zum Staatspräsidenten aufgestiegen ist. Sie lehnt die Einladungen zu den Versammlungen der *Solidarność* ab (als 2002 die Arbeiter der Danziger Werft streiken, steht sie aber wieder am Werkstor, um ihre Solidarität zu zeigen), an den Feierlichkeiten zum 25-jährigen Gründungsjubiläum nimmt sie ebenfalls nicht teil. Am 10. April 2010 stirbt sie tragisch in der Flugzeugkatastrophe bei Smolensk – gemeinsam mit dem polnischen Präsidenten Lech Kaczyński und zahlreichen hochrangigen Personen aus der Staats-, Armee- und Wirtschaftsführung.

Umstrittene Thesen und die Entschiedenheit, mit der W. ihren Standpunkt vertrat, machten sie auch nach dem Systemwandel von 1989 unbequem. Auch damit ist zu erklären, dass die erste (1993) und vor allem die zweite Auflage ihrer Erinnerungen *Cień przyszłości* (2005) in Polen ein Erfolg wurde. Es würde aber zu kurz greifen, wenn man dies allein ihrer Abrechnung mit Wałęsa zuschreiben wollte. Das Buch erzählt die Geschichte einer ungewöhnlichen Frau, die jenseits aller politischen Polemik zeigt, wie viel ein Einzelner bewegen und ausrichten kann. W.'s Selbstzeugnis kann diejenigen Leser interessieren, die die politische Entwicklung in Polen ab 1989 in ihren unterschiedlichen Facetten verstehen möchten. Die deutsche Übersetzung fußt auf der letzten polnischen Ausgabe aus dem Jahr 2009. Der Hrsg. Tytus Jaskułowski hat notwendige Anmerkungen eingefügt, die die Einordnung der Namen und Fakten in historische und politische Zusammenhänge erleichtern.

Poznań

Katarzyna Śliwińska

**Elena Temper: Belarus verbildlichen.** Staatssymbolik und Nationsbildung seit 1990. Böhlau. Köln u.a. 2012. 332 S., 52 Ill., 22 Tafeln. ISBN 978-3-412-20699. (€ 49,90.)

Nachdem 1989 ehemals brave Staatsbürger in Ostmittel- und Osteuropa auf die Straßen geströmt waren, zeigte sich, dass die nachfolgenden, komplexen Transformationsprozesse von einem ebenso stürmischen Wandel der staatlichen Geschichtspolitik begleitet waren. Anschließend verlieh diese vielfach einer historischen Erinnerung Ausdruck, die ein autoritärer Staatssozialismus zuvor aus allen öffentlichen (Diskussions-)Foren verdrängt hatte. Im Zuge dieses historischen „Revitalisierungsprozesses“ entwickelten diejenigen gesellschaftlichen Gruppen, die sich der Neuschöpfung ihrer Nation verschrieben hatten, folgerichtig neue „nationale“ Symbole, um den Staat bzw. dessen (nationale) Einheit visuell zu repräsentieren. Diese Selbstdarstellung konnte sich in der Regel eines reichen Schatzes an historischen Mythen bedienen.

Das „nationale Erwachen“ in Belarus setzte jedoch 1990, d.h. nach der Aufwertung des Belarussischen zur Staatssprache – im Januar – und der Erklärung der nationalen Souveränität vom 27. Juni, nicht an einem Nullpunkt an. Bereits Ende der 1980er Jahre etablierten beispielsweise öffentliche Reminiszenzen an das Großfürstentum Litauen und an dessen Wappenfigur „Pahonja“ – eine traditionelle Darstellung eines gepanzerten und bewaffneten Reiters – sowie an die Belarussische Volksrepublik von 1918 und deren weiß-rot-weiße Farben scharfe Kontrastpunkte gegenüber der einseitigen Geschichtsdarstellung in der damaligen Sowjetrepublik. Wie Elena Temper eingangs ausführt, ging es den Protagonisten im Folgenden explizit um eine Abkehr von sowjetischen, aber auch von russischen Traditionen. Immerhin übernahm das unabhängige Belarus 1991 die heraldischen Vorbilder aus Mittelalter bzw. früher Neuzeit („Pahonja“ und die weiß-rot-weiße Flagge). Doch schon 1994 sorgte der neugewählte Präsident Aljaksandr Lukašënka wiederum für eine komplette Abkehr, denn erneut, so T., habe die sowjetische Geschichtsauffassung das zentrale Topos staatlicher Erinnerungs- und Geschichtspolitik dargestellt. Infolgedessen wurden auch das sowjetische Wappen und die rot-grüne Flagge – mit geringfügigen Ände-

rungen – restituiert, während die 1991-1994 gültigen Insignien fortan als Zeichen der Opposition gegolten hätten. Eine der Hauptursachen für diese relativ geräuschlose Restauration habe darin gelegen, dass es 1991 unter der belarussischen Bevölkerung kaum das Bewusstsein einer nationalen, sprachlichen oder kulturellen Identität gegeben habe. Im Ergebnis herrsche bis dato eine antagonistische Geschichtsbetrachtung, deren unterschiedliche Perspektiven häufig auf das politische Bekenntnis schließen lasse. Gleichwohl sei der Prozess der Identitätssuche nach wie vor noch nicht an sein Ende gelangt bzw. noch völlig offen.

Die historische Argumentation stützt sich zunächst auf eine recht spät einsetzende Nationsbildung in der zweiten Hälfte des 19. Jh. Hinzu kamen die stalinistischen Säuberungen unter belarussischen Eliten in den 1920er und 1930er Jahren sowie die nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1941-1944. Die Popularität der Sowjetherrschaft – faktisch bis zum Ende des Imperiums 1991 und darüber hinaus – lässt somit nicht ganz zu Unrecht den Schluss zu, dass Belarus im Zuge der Auflösungstendenzen der UdSSR seine Souveränität eher zufällig und zögerlich zu entwickeln begann.

Unter diesen Vorzeichen vergleicht die Autorin, welcher Symbole, Narrative und Medien sich einerseits die politischen und andererseits verschiedene gesellschaftliche Akteure der Republik Belarus ab 1990 bedienten, um sich, den Staat und ihre diffusen Vorstellungen von der belarussischen Nation historisch zu legitimieren. Trotz der Armut an genuiner Forschung zur belarussischen Nationsbildung gelingt es ihr, manche Klischees zu ermitteln und deutlich zu machen, warum Belarus bis heute ein so eigenwilliges Beispiel abgibt.

Das Buch nähert sich seinem Betrachtungsgegenstand unter kulturhistorischen Vorzeichen, sodass u.a. Begriffe wie „kollektives Gedächtnis“ und „Erinnerungsorte“ nutzbar gemacht werden. Unterschiedliche Texte und Bildmedien, vorzugsweise für den Massengebrauch, wurden dafür mittels der historischen Diskursanalyse sowie der *visual culture studies* ausgewertet. So gehören z.B. Geld, Briefmarken und Denkmäler zu den untersuchten Symbolträgern. Darüber hinaus wird das Augenmerk auf den öffentlichen Diskurs gelegt, wie er sich vornehmlich in Medien und Wissenschaft widerspiegelt. Den engeren Fokus richtet T. darauf, in welcher Weise dort die belarussische (kollektive) „Identität“ oder die „Nation“ verhandelt wird.

Da das Lukašenka-Regime die belarussische Erinnerungskultur insbesondere mit dem Großen Vaterländischen Krieg nachdrücklich thematisch zu dominieren versucht, wendet sich die Autorin im Anschluss exemplarisch diesem Themenkomplex und seiner Bedeutung für das postsowjetische Belarus zu. Davon abgesehen ist es auffällig, dass die langjährige sowjetische Vergangenheit – trotz eines eher positiven Gesamturteils – öffentlich kaum memoriert wird. Dies gilt umso mehr für Kuropaty, einen Schauplatz massenhafter Erschießungen unter Stalin, der T. als ein Beispiel für die blinden Flecken, von denen das staatliche Gedenken durchsetzt sei, dient.

Eine der zentralen Thesen besteht darin, dass die belarussische Erinnerungskultur und deren visuell wahrnehmbaren Repräsentationen davon zeugen, dass sich alle bisherigen Nationsbildungsmodelle für das belarussische Fallbeispiel als obsolet erwiesen haben. Ein wichtiges Indiz dafür sei, dass unter Lukašenka im Wesentlichen der Staat, und nicht etwa die Nation, den Bezugspunkt der (staatlichen) Propaganda bilde. Die konfrontative Gemengelage, innerhalb derer sich dieser Prozess vollziehe, stelle jedoch die Gesellschaft auch zukünftig vor große Herausforderungen. In Anbetracht dieser Prognosen plädiert T. schließlich dafür, unzeitgemäße Nationsvorstellungen zu überwinden und sich stattdessen auf den Aufbau einer politischen Nation zu konzentrieren: „Gerade im belarussischen Fall ist von Identität stets im Plural zu sprechen. Deswegen müssen sich nationale und postsowjetisch-belarussische Identitäten nicht unbedingt ausschließen, sondern sind offen für Koexistenz. Die Anerkennung der die belarussische Gesellschaft kennzeichnenden Mischidentitäten ist heute geradezu ein emanzipatorischer Akt der Befreiung aus dem starren Denken in den Kategorien einer ‚homogenen‘ Nation“ (S. 270). Diese Kritik richtet sich somit auch implizit gegen so manche Hybris auf Seiten der „nationalen“ Opposition.

In formaler Hinsicht ist abschließend zu kritisieren, dass die belarussischen Titel im Literaturverzeichnis nicht ins Deutsche übertragen worden sind. Dem Werk insgesamt ist es dagegen nicht nur gelungen, die virulenten Reibungspunkte zwischen staatlicher Erinnerungspolitik in der heutigen Republik Belarus und davon abweichenden Wahrnehmungsmustern konzise zusammenzufassen und zu deuten; die Vf. liefert darüber hinaus auch bemerkenswerte Denkanstöße, deren Dimensionen die Zukunft Europas als Ganzes betreffen.

Gießen

Rayk Einax

## Anzeigen

*Svetlana Bogajavlenskaja: Die jüdische Gesellschaft in Kurland und Riga. 1795-1915. Schöningh. Paderborn u.a. 2012. 243 S., graph. Darst. ISBN 978-3-506-77128-5. (€ 34,90.)* – Leider schauen auch heute noch viele Geschichtsinteressierte auf Lettland und die Letten mit diametral unterschiedlichen Meinungen hinsichtlich ihrer Beziehungen mit den Juden. Schon seit der Frühen Neuzeit lebte diese Gemeinschaft auf dem Territorium der heutigen Republik Lettland. Während die herrschaftlichen Institutionen (z.B. der Landtag des Herzogtums Kurland) mit den dort wohnenden Juden ein doppeltes Spiel trieben, war im Alltag eine ganz andere Entwicklung zu verzeichnen. Die Juden waren in vielen Adelspalästen willkommen, und auch der lettische Bauer kannte in seinem Alltag Juden als Kleinhändler oder Angehörige anderer Berufe. Das Buch von Svetlana Bogajavlenskaja ist ein Versuch, die Entwicklung dieser Beziehungen zwischen den in Lettland, hauptsächlich im Gouvernement Kurland und in Riga, wohnenden Juden und anderen Gruppen, hauptsächlich Letten und Deutschen bzw. Deutschbalten, zu zeigen. Die Geschichte Lettlands bietet hier eine dankbare Nische – mehr Archivquellen gerade auch zur Geschichte der dortigen Juden sind noch nie von einem Historiker in die Hand genommen worden. Als Quellenbasis dienen die Bestände des Historischen Staatsarchivs Lettlands, zweier Archive in Russland und des Herder-Instituts in Marburg.

Das Buch folgt einem logischen Aufbau – nach einer kurzen Einführung in die Anfänge der Geschichte der Juden in Kurland und Riga folgt ein Überblick über die einschlägige Gesetzgebung im Laufe der Jahrzehnte. Diese Darstellung hilft dem Leser, die Lage der jüdischen Gemeinschaft besser zu verstehen. Weiterhin setzt die Autorin geografische bzw. territoriale Schwerpunkte – am Anfang wird das Gouvernement Kurland unter die Lupe genommen, und dann folgt ein Abschnitt über die Juden in Riga. Die Struktur dieser beiden Teile ist ähnlich – am Anfang wird den wirtschaftlichen Fragen Aufmerksamkeit gewidmet, dann folgt ein Einblick in das kulturelle und geistige Leben der Juden, und abschließend werden die Beziehungen mit den anderen Bevölkerungsgruppen und die Erfolge bzw. Misserfolge der Integration analysiert. Für Riga stellen die Revolution von 1905 und die Situation der Juden während dieser Ereignisse eine gesondert zu behandelnde Frage dar.

B. legt ihre Ziele gut nachvollziehbar dar, doch drängt sich bei einer kritischen Analyse eine Frage auf: Die Autorin hat den Wunsch, „die Wurzeln jüdenfeindlicher Einstellungen unter den Letten aufzudecken und [...] die Toleranz gegenüber allen Minderheiten [zu] fördern“ (S. 14). Bei ihrer Suche nach den Wurzeln der Feindlichkeit konzentriert sich die Vf. jedoch zu sehr auf negative Beispiele und lässt außer Acht, dass die Juden in Lettland seit dem 17. Jh. bis zum Zweiten Weltkrieg insgesamt recht komfortabel leben konnten, was nicht zuletzt in ihrer stetig steigenden Zahl zum Ausdruck kommt. Würde die Toleranz nicht viel besser gefördert, wenn B. sehr viel mehr Beispiele von Zusammenarbeit und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Juden und Letten in ihre Untersuchung aufgenommen hätte? Obwohl B.s. Forschung umfangreich ist und sehr viele Fakten enthält, beschleicht einen mit dem Thema schon etwas vertrauten Leser manchmal das Gefühl, dass ihm die Schlussfolgerungen bekannt vorkommen. Mehrere Historiker haben diese Thematik bereits teilweise erörtert. Schon im 19. Jh. hat

Rechenberg-Linten ein sehr präzises Bild der kurländischen Juden gezeichnet<sup>1</sup>, und da er auch ein Zeitzeuge war, sind seine Beobachtungen umso interessanter. Heutzutage ist der Rigaer Historiker Aivars Stranga ein guter Kenner der Geschichte der Juden in Lettland.<sup>2</sup> Um einen tieferen Einblick in die Geschichte der Juden in Kurland und Riga – hauptsächlich im 19. Jh. – zu bekommen und ihre Beziehungen mit den Letten, Deutschen und anderen Bevölkerungsgruppen zu erforschen, ist dieses Buch eine wertvolle Lektüre, die dem Leser eine Menge neuer Quellen erschließt.

Riga

Gvido Straube

<sup>1</sup> ERNST VON RECHENBERG-LINTEN: *Zustände Kurlands im vorigen und diesem Jahrhundert*, Mitau 1858.

<sup>2</sup> AIVARS STRANGA: *Ebreji un diktatūras Baltijā. 1926-1940* [Die Juden und die Diktaturen im Baltikum. 1926-1940], Rīga 2002; DERS.: *Ebreji Baltijā. No ienākšanas pirmsākumiem līdz holokaustam – 14. gadsimts – 1945. gads* [Die Juden im Baltikum. Von den ersten Ansiedlern bis zum Holocaust – 14. Jahrhundert – 1945], Rīga 2008.

*Europas verlorene und wiedergewonnene Mitte. Das Ende des Alten Reiches und die Entstehung des Nationalitätenproblems im östlichen Mitteleuropa.* Hrsg. von Frank-Lothar Kroll und Hendrik Thoß. (Chemnitzer Europastudien, Bd. 11.) Duncker & Humblot. Berlin 2011. ISBN 978-3-428-13314-7. (€ 68,-) – Aus der 2006 in Chemnitz abgehaltenen Tagung „Das Ende des Alten Reiches und die Entstehung des Nationalitätenproblems im östlichen Mitteleuropa 1806/1815 – 1918/1919 – 1989/2006“ geht dieser von Frank-Lothar Kroll und Hendrik Thoß herausgegebene Band hervor. Gemäß der thematischen Ausrichtung der Reihe *Chemnitzer Europastudien* widmet sich der Band in zwölf Beiträgen der Neubewertung eines für das gegenwärtige Europa wichtigen Phänomens, nämlich Nationalismus und Vertreibung. Die Fragen nach den deutschen Minderheiten nach 1918 und der Vertreibung bilden neben dem Nationalitätenproblem in der Habsburgermonarchie vor 1918 den Kern der Beiträge. Wie Kroll hervorhebt, wurde mit „der Entscheidung von 1804 eine Entwicklungsrichtung eingeschlagen[…], die für die ‚Mitte‘ des Kontinents [...] von teils zentrifugaler, teils atomisierender Wirkung gewesen ist“ (S. 28), ohne damit unbedingt eine Kausalität für die nach 1933 erfolgten Ereignisse zu konstatieren.

Vorab sollte festgehalten werden, dass die Konferenzbeiträge wohl 2007 zuletzt überarbeitet wurden und somit den heutigen Forschungsstand nicht wirklich widerspiegeln. Das ist sehr bedauerlich, da zwischen 2007 und 2011 zu den behandelten Fragen zahlreiche Publikationen erschienen sind. Dennoch handelt sich bei den Beiträgen um gute Überblicksdarstellungen, die vor allem einem politikgeschichtlichen Zugang folgen. Besonders interessant ist Jiří Georgievš Artikel zum böhmischen Adel nach 1918, der die innere Spaltung zwischen tschechoslowakischen, österreichischen und reichsdeutschen Positionen in dem neuen Staat beschreibt. Die Frage nach der Staatsloyalität vor dem Ersten Weltkrieg behandelt auch Miloš Havelka, der anmerkt, dass sich die nicht-nationalistischen Projekte – obwohl sie sich nicht durchzusetzen vermochten – nach 1989 sowohl in der Historiografie als auch in den politischen Diskussionen wiederfanden. In eine andere Richtung geht der Beitrag von Miloš Řezník, der die historiografischen Nationalismuskonzepte analysiert und fordert, Romantik und moderne Nation „als Antworten auf dieselben sozialen und kulturellen Phänomene [zu] verstehen“ (S. 113), statt sie als getrennt wenn auch interdependent aufzufassen.

Die Dynamik des politischen Geschehens rund um die Frage der Aussiedlung beschreiben eingehend Ralph Schattkowsky (nach 1918, vor allem bezüglich Polens) und Manfred Kittel (nach 1945). Während Schattkowsky den Bedeutungsverlust bilateraler Verträge angesichts transnationaler Verhandlungen unterstreicht, schreibt Kittel, natürlich unter deutlich anderen Vorzeichen, mehr über die Rolle von Hitler und Stalin als Personen, deren Taten und Entscheidungen das Ereignis prägten. Zwei Beiträge (Thoß, Alexander Brakel) behandeln die NS-Zeit. Thoß beschäftigt sich mit der Lage der jüdischen Bevölkerung und konzentriert sich dabei auf die Pläne für ihre Ausgrenzung und Vertreibung; angefangen von den aufkommenden Rassengedanken bis hin zur Shoah. Brakel dagegen widmet sich der Rückführung der deutschen



Minderheiten aus Ostmitteleuropa in der NS-Zeit und konstatiert abschließend „das weitgehende Ende deutscher Siedlungen in Osteuropa“ (S. 196).

Abgesehen von der bereits erwähnten Problematik hinsichtlich des Forschungsstandes ist der Band von hoher Konsistenz und guter Qualität. Es finden sich allerdings einige kleinere Fehler, so wird etwa der Absagebrief von František Palacký an den Frankfurter Fünfziger-Ausschuss einmal mit dem 11. April 1848 (S. 60), einmal aber auch mit dem falschen Datum 11. April 1849 (S. 20) angegeben. Als Einstieg in das Thema „Nation“ und vor allem „Aussiedlung und Vertreibung nach 1918“ – was sich dem Titel nicht unbedingt entnehmen lässt – ist der Band dennoch nützlich.

Marburg

Jan Surman

*Włodzimierz Jastrzębski: Die deutsche Minderheit in Polen im September 1939. Nicolaus-Copernicus Verlag. Münster 2012. 207 S. ISBN 978-3-924238-43-8.* – Der Bromberger Historiker Włodzimierz Jastrzębski untersucht in dieser Übersetzung seiner ursprünglich auf Polnisch erschienenen Monografie<sup>1</sup> über die deutsche Minderheit in Polen deren Situation im Septemberfeldzug 1939 in Polen. Dafür wertete J. neben unzähligen Akten der Woiewodschafts- und Kreisbehörden aus den Staatsarchiven in Bromberg, Danzig, Posen und Kattowitz auch zeitgenössische Zeitungen wie den *Dziennik Bydgoski*, die *Gazeta Pomorska* oder den *Kurier Pomorski* aus. Als erster polnischer Historiker untersuchte er Berichte von deutschen Zivilisten aus dem Bestand der „Ostdokumentation“<sup>2</sup> des Bundesarchivs in Bayreuth.

Im ersten Kapitel des Buches werden die Voraussetzungen für den Mord an den Bromberger Deutschen am 3. und 4. September 1939 beschrieben. Dazu zählt der Vf. vor allem die „anti-deutsche Psychose“ (S. 12-30) unter der polnischen Bevölkerung und den polnischen Soldaten, die maßgeblich vom polnischen Sanacja-Regime hervorgerufen worden sei. Im weiteren Verlauf werden neben den Schikanen (Misstrauen, Morddrohungen oder Entzug der polnischen Staatsbürgerschaft im Falle der Desertion), denen Deutsche in der polnischen Armee ausgesetzt waren, die Deportationen der deutschen Minderheit aus verschiedenen Woiewodschaften nach Łowicz geschildert. Das vierte Kapitel widmet sich ausschließlich den in der nationalsozialistischen Propaganda zum „Bromberger Blutsonntag“ stilisierten Ereignissen vom 3. September 1939 und erläutert zunächst dessen Voraussetzungen, wie z.B. die Niederlage der polnischen Armee in der Tucheler Heide, um schließlich die Ereignisse vom 3. und 4. September detailliert zu beschreiben und mit einer Bilanz abzurunden. Im letzten Kapitel geht der Vf. auf die verschiedenen Rückzugsrouten der polnischen Soldaten ein und beschreibt abschließend einzelne an der deutschen Minderheit verübte Verbrechen aus den Kreisen Mogilno, Gnesen und Wreschen, wie das Plündern von deutschen Gutshöfen oder vereinzelte Morde an Deutschen.

Trotzt der breiten Quellenbasis widerspricht sich J. mehrfach, wenn er beispielsweise im ersten Kapitel behauptet, die deutsche Minderheit sei nur marginal an den Sabotageakten in Polen beteiligt gewesen, um im zweiten Kapitel die hohe Anzahl der deutschen Organisationen in Polen zu nennen, die mit NS-Behörden kollaboriert hätten. Auch erscheinen seine Ausführungen des Öfteren sehr „deutschfreundlich“ und sind von einer subjektiven Sichtweise bestimmt, in der die deutsche Minderheit zu pauschal als Opfer und die polnischen Soldaten und Zivilisten als Täter stilisiert werden. So verschweigt der Vf. die Ermordung von über 200 polnischen Zivilisten, die von Wehrmachtssoldaten und Einheiten der deutschen Ordnungspolizei als Vergeltung für den „Bromberger Blutsonntag“ am 4. September durchgeführt wurde. Dazu muss man wissen, dass J. bis 1990 einen genau entgegengesetzten, nationalpolnischen Standpunkt vertrat<sup>3</sup>, so z.B. die

<sup>1</sup> WŁODZIMIERZ JASTRZĘBSKI: *Mniejszość niemiecka w Polsce we wrześniu 1939 roku*, Toruń 2010.

<sup>2</sup> Bedauerlicherweise geht J. nicht auf die quellenkritische Problematik dieser Berichte ein. Sie entstanden erst in den 1950er Jahren und verzerren bzw. verschweigen manche Ereignisse.

<sup>3</sup> WŁODZIMIERZ JASTRZĘBSKI: *Hitlerowskie wysiedlenia z ziem polskich wcielonych do Rzeszy 1939-1945* [Die nationalsozialistischen Aussiedlungen aus den in das Reich einver-

These von der deutschen Minderheit als der „5. Kolonne“. Seitdem jedoch argumentiert er, dass nicht Angehörige der deutschen Minderheit, sondern polnische Bewohner Brombergs auf die sich zurückziehenden polnischen Soldaten geschossen und dass marodierende polnische Soldateneinheiten als Rache für die erlittenen Niederlagen deutsche Bewohner Brombergs ermordet hätten. Diese These, die J. auch in Zeitungsartikeln und Radiointerviews vertrat, stieß in Polen auf erheblichen Widerspruch und „erschütterte das Dogma, wonach die deutsche Bevölkerung Brombergs als ‚fünfte Kolonne‘ des Dritten Reiches aus lauter Saboteuren bestanden habe und den von der Wehrmacht zerschlagenen und sich über die Stadt zurückziehenden Abteilungen der polnischen Pommerellen-Armee in den Rücken gefallen sei“<sup>4</sup>. Persönlich schließe ich mich der Forderung Jochen Böhlers<sup>5</sup> an, das Thema ruhen zu lassen, da alle relevanten Archive von beiden Seiten durchsucht wurden und keine eindeutigen Beweise für Schüsse von Deutschen oder Polen auf polnische Soldaten und Zivilisten gefunden werden konnten. Nichtsdestotrotz wirft diese Monografie ein neues und helleres Licht auf die Situation der deutschen Minderheit in Polen im Septemberfeldzug 1939, auch wenn die einseitig deutschfreundliche Sichtweise problematisch erscheint.

Marburg

Sebastian Bojarski

lebten polnischen Gebieten 1939-1945, Poznań 1968; DERS.: Terror i zbrodnia. Eksterminacja ludności polskiej i żydowskiej w rejencji bydgoskiej w latach 1939-1945 [Terror und Verbrechen. Die Ausrottung der polnischen und jüdischen Bevölkerung im Bromberger Regierungsbezirk in den Jahren 1939-1945], Warszawa 1974; DERS.: Polityka narodowościowa w okręgu rzeszy Gdańsk-Prusy Zachodnie (1939-1945) [Die Nationalitätenpolitik im Reichsgau Danzig-Westpreußen (1939-1945)], Bydgoszcz 1977.

<sup>4</sup> PETRA SCHIRREN, GERHARD OLTER: Zeitgeschichte: Dogma hinterfragt. Polnische Historiker untersuchen „Bromberger Blutsonntag“, in: Ostpreußenblatt vom 1.11.2003.

<sup>5</sup> JOCHEN BÖHLER: Der Überfall. Deutschlands Krieg gegen Polen, Frankfurt a.M. 2009, S. 119 f.: „Nachdem mittlerweile alle einschlägigen Archive nach Belegen für oder gegen eine deutsche Aufstandsbewegung gesichtet worden sind, wäre es an der Zeit, die Akte zu schließen.“

*Drahomir Jančík, Eduard Kubů, Jiří Šouša: Arisierungsgewinnler. Die Rolle der deutschen Banken bei der „Arisierung“ und Konfiskation jüdischer Vermögen im Protektorat Böhmen und Mähren (1939-1945). (Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 21.) Harrassowitz. Wiesbaden 2011. 428 S., Ill., graph. Darst. ISBN 978-3-447-06432-3. (€ 29,80.)* – Nach den Studien, die über das Wirken der großen deutschen Privatbanken in den besetzten Gebieten vorgelegt worden sind, folgt nun eine Darstellung zum Zugriff des NS-Regimes auf tschechische Kreditinstitute. Die drei Autoren knüpfen nicht nur an die Vorarbeiten der wissenschaftlichen Projekte zur Deutschen Bank (1995), Commerzbank (2004) und Dresdner Bank (2006) an, sondern auch an einzelne Beiträge zum Reichsprotektorat, z.B. von Christopher Kopper und Harald Wixforth. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen die Arisierungen, d.h. die Enteignung sog. jüdischer Vermögenswerte im Reichsprotektorat sowie die personellen Umbrüche und die Vermögenskonfiskationen in den beteiligten Banken. Die vielfältigen Archivreihen stammen aus den Beständen der größeren deutschen und tschechischen Banken sowie aus Staats- und Regionalarchiven in beiden Ländern sowie in Österreich. Zunächst wird die Reorganisation des Bankensystems als Voraussetzung für die Arisierung behandelt. Hierbei werden Einblicke in den nationalsozialistischen Zugriff auf Gold- und Devisenreserven der tschechischen Banken gewährt. In Bezug auf die Banken wird sodann unter dem Begriff der „inneren Arisierung“ die Entlassung von Personen sowie der Zugriff auf jüdisches Vermögen behandelt. Jüdische Manager hatten bei den größeren tschechischen Banken zwei Drittel der leitenden Direktorenposten inne. Als im März 1939 die Entlassungen einsetzten, handelte es sich um eine Entwicklung, die in Eigenregie verlief und sich als vorauseilender Gehorsam qualifizieren ließe. Wenn man sich die gestaltende Rolle der Akteure vergegenwärtigt, erscheint es fraglich, ob man im Fazit von einem „logisch zwingenden Schritt im allgemein einsetzenden Prozess der Verdrängung der jüdischen Bevölkerung“ (S. 335) sprechen sollte. Nur wenigen Familien gelang es, ihre Kapitaleinlagen in andere Länder zu transferieren. Wie in den

Fällen der Rothschilds und Petscheks waren meist nur die reichsten Anleger erfolgreich. Die der deutschen Annexion folgenden Konfiskationen bezogen sich jedoch nicht allein auf jüdisches Vermögen, sondern betrafen im Zuge der Germanisierungsstrategien auch tschechisches Kapital.

Eine wesentliche Rolle spielten die Banken bei den Unternehmensenteignungen. Die Autoren teilen – der NS-Logik hierin folgend – die Kreditinstitute in „volksdeutsche“ und „tschechische“ ein. Während Erstere an den Arisierungsgeschäften partizipierten, blieben die Zweitgenannten davon ausgeschlossen. Für die einen erschloss sich zeitweilig ein neuer Kundenkreis, die anderen erlebten bis auf eine Ausnahme das Kriegsende nicht. Zur Leitung der enteigneten Betriebe setzte die NS-Besatzungsverwaltung Treuhänder ein, die fast immer Zwangsverwalter deutscher Herkunft waren. In den meisten Governancefragen unterlagen sie einer direkten Weisungsbefugnis von Seiten der deutschen Protektoratsbehörden. Organisatorische Fragen liefen in der Prager Dienststelle des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens zusammen. Gleichzeitig eröffneten sich Gewinnmöglichkeiten für die Treuhänder, die z.B. Provisionen für Veräußerungen und andere finanzielle Transaktionen erhielten.

Als Käufer konfiszierter Betriebe traten reichsdeutsche Firmen auf, wie eine Liste von 62 arisierten Unternehmen belegt, die als „jüdisch“ klassifiziert den Besitzer wechselten. Für die Aufbringung des Verkaufspreises war die Aufnahme sogenannter „Arisierungskredite“ möglich. Außerdem zählte das Instrument der Reichsbürgschaft zu den Finanzierungshilfen für deutsch geleitete Unternehmen. Die staatlich abgesicherten Kredite nutzten die Industrie- und Gewerbebetriebe des Protektorats, um Investitionen zu tätigen oder Liquiditätsengpässe zu überbrücken. Mithin ließ sich das Kreditgeschäft als Mittel zur Durchführung der „Germanisierung“ im Wirtschaftssektor einsetzen. Den deutschen Banken attestieren die Autoren dabei eine rücksichtslose „Profitjagd“ (S. 340). Die ambitionierte Studie gewährt eine materialreiche Einsicht in das Innen- und Geschäftsleben der unterschiedlichen Bankentypen sowie in die Strategien des Reiches, die rassische Auslese mittels der „Finanzwaffe“ voranzutreiben.

Lyon

Marcel Boldorf